Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207. | Dresden, Mittwoch den 7. September 1910. | 21. Jahrg.

Die Landeskonferenz.

Lebhafter als allgemein erwartet wurde, gestalteten sich die Verhandlungen der diesjährigen Landesversammlung in Leipzig. Scharf platzten die Meinungen oft aufeinander, doch hielten sich trotzdem die Auseinandersetzungen in leidlich sachlichen Grenzen. Es mag dabei vielleicht nicht alles nach Berechnung gegangen sein. Hatten doch auch wir, wie noch in unserem Begrüßungsartikel ausgeführt wurde, mit einem recht ruhigen Verlaufe der Verhandlungen gerechnet. Wer wollte aber bedauern, daß es anders geworden ist? Ein lebhafter, geistig frischer Zug belebte die Beratungen. Der Meinungsstreit mag sie verlängert haben, aber er hat doch wohl auch viel zur Klärung der Sache beigetragen. Manche vorgefaßte Meinung ist erschüttert, manche falsche Ansicht zerstört worden. Das kann freilich in keinen Resolutionen zum Ausdruck kommen, besonders nicht, wenn sie so allgemein gehalten sind, wie die von der Landeskonferenz angenommenen. Auffällig war vor allem die sachliche Ruhe, mit der die Konferenz auch die Ausführungen der Redner anhörte, die Ansichten der Minderheit vertraten. Gerade dadurch ist es möglich geworden, daß die Konferenz trotz der lebhaften Debatten einen durchaus würdigen Verlauf genommen hat.

Der erste Tag verlief ohne erhebliche Auseinandersetzung. Der Vorsitzende des Zentralkomitees konnte ein glänzendes Bild von der Entwicklung der sächsischen Parteiorganisationen in den letzten zehn Jahren geben. Die Zahl der organisierten Genossen hat sich vervierfacht, die Einnahme war siebenmal höher. Auch sonst ist es vorwärts gegangen. Der glänzende Wahlsieg in Zschopau-Marienberg, der ebenfalls gebührend gewürdigt wurde, ist zum großen Teil ein Resultat dieser Entwicklung. Dieses erfreuliche Bild vervollständigte der Kassierer der sächsischen Partei, Genosse Braune, der besonders darauf hinwies, daß die sächsischen Parteigenossen im letzten Geschäftsjahre über 60 000 M. an die Parteihauptkasse abliefern konnten. Als außerordentlich erfreulich ist auch die auf der Landeskonferenz hervorgehobene Tatsache zu bezeichnen, daß der viel umstrittene 10-Pfennig-Beitrag in nächster Zeit in allen sächsischen Reichstagswahlkreisen zur Durchführung gekommen sein wird. Damit ist eine Reform im Beitragswesen der Partei beendet, die nötig war, die aber in vielen Kreisen auf unverständlichen Widerspruch stieß. Jetzt, wo sich in allen Wahlkreisen gezeigt, daß die zahlreichen Prophezeiungen vom Mitgliederrückgang sich nicht nur nicht erfüllt haben, sondern allenthalben ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen war. Freilich zu wünschen blieb auch noch mancherlei. Die mit der Größe der Partei wachsenden Anforderungen sind solche, daß nur dringend gewünscht werden kann, daß die Opferwilligkeit die alte bleiben möge. Denn sie ist es nicht zuletzt gewesen, die uns über manche schwere Aufgabe hinweggeholfen hat. Eine Mahnung zu eifriger Mitarbeit wurde besonders an die Parteigenossen gerichtet, die auch in Arbeitersport- und Arbeitergesangvereinen tätig sind, und an die organisierten Arbeiter, die Schrebergärten besitzen. Verschiedene Beobachtungen ließen diese besondere Mahnung berechtigt erscheinen. Die Debatte über den Geschäftsbericht drehte sich um organisatorische Einzelfragen, um kleine Schmerzen lokaler Natur.

Wesentlich lebhafter gestalteten sich die Verhandlungen, die sich am Montag an den Bericht der Landtagsfraktion knüpften. Schon in einem umfassenden schriftlichen Berichte, der von keiner Seite beanstandet worden war, hatte der Referent zu dieser Angelegenheit, Genosse Nitzsche, die Tätigkeit unserer Genossen im Landtage geschildert. Dieser schriftlichen Darstellung fügte er auf der Landeskonferenz noch einen mündlich erstatteten Situationsbericht bei, in dem er die Parteiverhältnisse im Landtage und die Haltung unserer Fraktion zu verschiedenen wichtigen Fragen kennzeichnete und besonders auch den Unterschied in der Zusammensetzung der Kammer von früher und jetzt und die sich daraus ergebende veränderte Sachlage hervorhob. Scharf kennzeichnete er dabei auch die Haltung der Fraktion zu verschiednen Fragen, hob aber auch die Punkte hervor, die in der Landtagsfraktion zu Meinungsverschiedenheiten geführt hatten, wobei er auch seiner persönlichen Meinung Ausdruck gab. Das galt besonders von der Vizepräsidentenfrage, wo er die Ansicht vertrat, daß man die von liberaler Seite gestellte Bedingung, wonach ein sozialdemokratischer Vizepräsident an der feierlichen Eröffnung des Landtags teilnehmen solle, akzeptieren könne, wenn das von der Verfassung vorgeschrieben sei, denn dann handle man durchaus im Sinne der Dresdner Resolution. Ferner stellte es der Referent als fraglich hin, ob es richtig gewesen sei, den Schriftführerposten in der Zweiten Kammer abzulehnen und jede Reform der Ersten Kammer dadurch zu verhindern, daß unsere Genossen im Landtage gegen alle Anträge auf eine andere Zusammensetzung der Ersten Kammer gestimmt hätten.

Diese Punkte wurden auch in der Landeskonferenz in erster Linie umstrittene Fragen, gleichzeitig wurde auch der im letzten Landtage nicht erledigte Wahlrechtsantrag mit erörtert. In dem ausführlichen Berichte über die Landeskonferenz können unsere Leser nachlesen, in welcher Weise die Ansichten zum Ausdruck kamen. Dabei war die Mehrzahl der Redner der Ansicht, daß der Vizepräsidentenposten zwar gefordert werden könne, aber keinerlei Bedingungen erfüllt werden dürften, und eine Reform der Ersten Kammer für uns ausgeschlossen sei, weil wir deren Beseitigung forderten. Zum letzten Punkte wurde auf der einen Seite scharf betont, daß es unmöglich sei, zu Reformen einer reaktionären Einrichtung die Hand zu bieten, deren Beseitigung in unserem Programm gefordert wird. Von anderer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß wir wohl die Beseitigung der Ersten Kammer in erster Linie fordern, dagegen aber, wenn wir damit nicht durchdringen, auch von liberaler Seite gestellte Anträge unterstützen könnten, die eine fortschrittliche Reform in der Palrsstube fordern. Im andern Falle besorge man die Geschäfte der konservativen Reaktion, die die erste Kammer in ihren jetzigen Zustande erhalten wissen wollte, um an ihr selbst einen sicheren Rückhalt für ihre volksfeindliche Politik zu haben.

In der Vizepräsidentenfrage wurde der Streitpunkt oft verschoben, indem man den Rednern, die die Ansicht verfochten, man könne dann unbedenklich an der Landtagseröffnung teilnehmen, wenn die Verfassung es vorschreibe, ohne weiteres sagte, sie wollten zu Hofe gehen. Eine Behauptung, die natürlich von der Minderheit wieder entschieden zurückgewiesen wurde. Ausschlaggebend war aber, daß auf der Landesversammlung die Ansicht vorherrschte, daß durch die Verfassung einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten irgend welche Verpflichtungen nicht vorgeschrieben würden.

In teils recht bewegter Weise wurden diese Fragen umstritten, bis schließlich eine Resolution angenommen wurde, die von der Landtagsfraktion die Beibehaltung der bisherigen Haltung in der Vizepräsidentenfrage fordert und verlangt, daß auf Beseitigung der Ersten Kammer hingewirkt werden solle. Da über die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Vizepräsidentenfrage nur dann verschiedene Ansichten herrschen können, wenn die Frage bejaht wird, daß die Teilnahme eines Vizepräsidenten durch die Verfassung vorgeschrieben ist, was nicht der Fall war, weil die Forderung auf Beseitigung der Ersten Kammer etwas Selbstverständliches ist, wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Sicher hätte sich aber eine erhebliche Minderheit dagegen gewandt, wenn in der Resolution die Forderung enthalten gewesen wäre, alle bürgerlichen Anträge für eine fortschrittliche Reform der Ersten Kammer niederzustimmen.

Die Beratungen über die Reform der Volksschule brachten zunächst ein zweistündiges Referat des Genossen Schulz, der alle unsere zumeist schon bekannten Volksschulforderungen in klarer Darstellung zusammenfaßte. Neues konnte natürlich nicht gesagt werden. Was der Referent ausführte, war knapp in einer Resolution zusammengefaßt, die zwar viel umstritten, schließlich aber angenommen wurde. Es würde hier zu weit führen, über Einzelheiten in der Resolution, besonders über die Einleitung, Erwägungen anzustellen. Als Ganzes genommen ist sie wohl geeignet, den Genossen im Kampfe um die Volksschulreform zur Richtschnur zu dienen. Ob sie nötig war, darüber kann man verschiedener Ansicht sein, denn was sie besagt, ist zumeist schon in unserem Kommunalwahlprogramm und der Mannheimer Resolution enthalten.

Es kamen in der Debatte auch Bedenken der angedeuteten Art zum Ausdruck, doch wurde die Resolution als Ganzes für eine Errungenschaft betrachtet und schließlich einstimmig angenommen, nachdem betont worden war, daß eine Resolution noch kein Programm sei. Dringend zu wünschen ist aber, daß die Parteigenossen im Lande der Volksschulfrage die größte Aufmerksamkeit zuwenden, sich in Versammlungen damit beschäftigen und auch sonst alles aufbieten, eine fortschrittliche Reform der Volksschule zu fördern. Beachtlich ist jedenfalls auch die Anregung des Genossen Göhre, einen Petitionssturm für die Volksschulreform einzuleiten. Doch darüber werden noch die Parteiinstanzen zu beschließen haben.

Blicken wir auf die Landeskonferenz zurück, können wir es mit Befriedigung tun. Zwar verlief sie nicht so schiedlich und friedlich, wie manche es gewünscht haben; doch sind die Meinungsdifferenzen, wenn auch in scharfer Weise, so doch sachlicher ausgetragen worden als auf manchen anderen Parteitagen. Zeitigte auch der Kampfeseifer noch manchen unnötigen Hieb, so blieb die Debatte doch von jedem persönlichen Gezänke ganz frei. Auf einem höheren Niveau bewegten sich die ganzen Verhandlungen. Das ist bis zuletzt so geblieben. Ein solcher Meinungsaustausch kann uns niemals schaden, er kann nur klären. Geradezu ein Unglück wäre es, wenn keine Meinungsverschiedenheiten bei uns herrschten, und wenn man sie unterdrücken wollte. Ist aber der Streit dann ausgefochten, ist die Marschrichtung für die nächste Zeit festgelegt, dann gilt es auch sie einzuhalten. Dann ist die einheitliche Kampfesweise gegen den Feind in geschlossener Kolonne und konzentriertem Vorstoß die wichtigste Aufgabe. Dazu wollen wir uns aber jetzt unter Verbannung aller Meinungsverschiedenheit vom Kampfplatze rüsten. Denn es harren unserer wichtige Aufgaben und bedeutungsvolle Kämpfe. Dabei soll und muß die sächsische Sozialdemokratie ebenso schlagfertig wie geschlossen aufmarschieren.

Deutsches Reich.

Im heiligen Pommern.

In dem pommerschen Städtchen Stolp wurde am Montag ein Kaiserdenkmal enthüllt. Wilhelm II. hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, die wenigstens in der Form, in der sie der Oeffentlichkeit überliefert wurde, keinen Anlaß zu Bemerkungen bietet. Trotzdem ist auch das Stolper Kaiserdiner, das der Einweihungsfestlichkeit folgte, nicht ohne rhetorischen Bombeneffekt geblieben. Der Oberpräsident der Provinz Pommern Freiherr v. Maltzahn führte nämlich in seinem Trinkspruch auf das Kaiserpaar u. a. folgendes aus:

Wenn wir auf die letzten 14 Tage zurückblicken, so ist uns manches begegnet, das uns recht wenig sympathisch ist. Wenn das Groß unserer deutschen Zeitungen, redigiert von jungen Leuten, die zum größten Teil noch nicht trocken hinter den Ohren sind (Bravorufe), sich herausnimmt, unserm allerhöchsten Herrn den Mund zu verbieten, so wird das hier sicher nicht gebilligt werden. Wir wollen, daß unser allerhöchster Herr nicht eine Figur im Schematismus ist, sondern daß er ein Mann ist, der seine Anschauungen auch vertritt wie ein Mann. Dessen wollen wir uns erfreuen.

Ganz abgesehen davon, daß die sozialdemokratische Presse offenherzige Kaiserreden mit ganz besonderer Zärtlichkeit behandelt und nicht im Traume daran denkt, „unserem allerhöchsten Herrn" den Mund zu verbieten, ist es auch nicht ganz richtig, daß es das „Gros der Presse" war, das Wilhelm II. den Mund verboten hat. Das haben vielmehr im November 1908 die Konservativen und Fürst Bülow zu tun versucht, da sie vom Redeeifer des Kaisers Schaden für die Monarchie befürchteten.

Nach diesen sachlichen Feststellungen kann es sich höchstens noch darum handeln, sich mit den angenehmen Umgangsformen zu beschäftigen, deren sich der Herr Oberpräsident auf dem Stolper Kaiserdiner befleißigte. Er hat dem Gros der deutschen Presse unter lautem Beifall der erlauchten Festversammlung vorgeworfen, sie werde von jungen Leuten redigiert, die noch nicht trocken hinter den Ohren seien. Wir können als unparteiische Dritte versichern, daß dieses Urteil im großen ganzen nur auf die offiziöse Presse zutrifft, deren Personal ja auch naturgemäß das einzige ist, das der Herr Oberpräsident kennt. Sonst kann man wohl sagen, daß die meisten einflußreicheren Stellungen in der deutschen Journalistik von Leuten eingenommen werden, die längst über das Alter hinaus sind, in dem der Kronprinz und einst der Kaiser selbst ihre berühmtesten Reden gehalten haben.

Wir leben mit dem „Gros der deutschen Zeitungen" in stetem Kampf und kennen daher ihre Fehler viel besser als irgendein preußischer Verwaltungsbeamter. Gerade darum sind wir berechtigt auszusprechen, daß in der bürgerlichen Presse immer noch bedeutend mehr Intelligenz und Tüchtigkeit steckt, als im preußischen Verwaltungskörper.

*

„Vorgeschrittene Kaiserstimmung" will die streng loyale Tägl. Rundschau an dem pommerschen Oberpräsidenten Maltzahn bemerkt haben, als er seine Rede gegen die Presse hielt. „Der freiherrliche Redner", schreibt sie, „war zwar selbst in so vorgeschrittener Kaiserstimmung noch sehr vorsichtig, nur vom Gros der deutschen Presse zu behaupten, daß es von jungen Leuten redigiert werde, die noch nicht trocken hinter den Ohren sind." Und weiter: „Ob Herr Maltzahn heute als am „Lendemain" (das heißt am folgenden Tage) seiner famosen Rede nicht vielleicht selber das Gefühl hat, daß er nicht etwa die deutsche Presse, sondern sich selber lächerlich gemacht hat?"

Man soll niemanden daran hindern, sich lächerlich zu machen. Am allerwenigsten pommersche Oberpräsidenten.

Königsrecht und Arbeiterrecht.

Der Zufall, der oft seltsam spielt, wirft in einem großen Berliner bürgerlichen Blatt die beiden folgenden Telegramme nebeneinander:

Gnesen, 5. September. Wegen Majestätsbeleidigung verurteilte heute die Gnesener Strafkammer den Redakteur des Lech Karpinski zu 9 Monaten Gefängnis. Die Majestätsbeleidigung wurde gefunden in dem Artikel „Der arme preußische König", der aus Anlaß der Erhöhung der Zivilliste des Königs im Lech erschienen war. Die vier Wochen Untersuchungshaft, die Karpinski erlitt, wurden nicht in Anrechnung gebracht.

Görlitz, 5. September. Wegen Mißhandlung eines Arbeiters, der eine Lohnerhöhung forderte, verurteilte das Schöffengericht in Löbau den Rittergutspächter v. Gizewsky in Oberherwigsdorf zu 50 M. Strafe.

Wer die Erhöhung der Zivilliste kritisch behandelt, fliegt für Monate ins Gefängnis.

Wer Arbeiter, die um eine geringe Erhöhung ihres Hungerlohnes nachsuchen, prügelt, „sühnt" seine Heldentat mit ein paar Mark, die für einen Rittergutspächter eine Lappalie bedeuten . . .

Die Fleischnot.

Der Hansabund hatte für Montag die Obermeister der Fleischerinnungen und Verbände Groß-Berlins zu einer informatorischen Konferenz über die Ursachen der Fleischteuerung einberufen. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß nur eine Oeffnung der Grenzen und Herabsetzung der Zölle stetige, mäßige Preise gewährleistet. — Die Deutsche Tageszeitung, das Organ der Fleischwucherer, bemerkt dazu: „Diese Meldung über die besondere Stellung der führenden Hansabündler zu den Viehzöllen und dem Seuchengesetz schafft völlige Klarheit darüber, daß der Hansabund nicht einmal, wie manche linksstehenden Kreise es aus taktischen Gründen tun, versuchen will, zunächst nur den Schutz eines Teiles der landwirtschaftlichen Pro-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

duktion zu zerstören, sondern daß er **die gesamte deutsche Landwirtschaft des nötigen Schutzes berauben will.**"

•

Montag abend fanden in Hamburg und den Vororten 13 Versammlungen statt, die sich mit der Kaiserrede und der herrschenden Lebensmittelteuerung beschäftigten. Die Versammlungen waren durchgängig überfüllt. Tausende fanden keinen Platz, weil die Säle abgesperrt waren. Neben den einheimischen Referenten sprachen in jeder Versammlung ausländische Genossen, die vom Internationalen Kongreß zurückkehrten und die in ihren Ansprachen die Solidarität der Arbeiter aller Länder kundgaben. Scharfe Resolutionen gegen den Absolutismus und die junkerliche Volksausbeutung fanden überall einstimmige Annahme.

•

In einer Eingabe an den Frankfurter Magistrat macht die Handelskammer in Frankfurt a. M. darauf aufmerksam, daß die Fleischteuerung eine sehr große sei und die Fleischpreise sich auf einer so unverhältnismäßigen Höhe hielten, daß die Frage entstehe, ob nicht die **Volksernährung und die Volksgesundheit** unter diesen Umständen **Schaden erleiden.** Von der Regierung sei allerdings eine vorübergehende Ermäßigung der Eisenbahntarife zugestanden worden. Diese Maßnahme habe sich auch im Inlande zugunsten der Viehzüchter bewährt, genüge aber nicht, die Einfuhr ausländischen Viehs zu fördern, weil die Aufhebung des Einfuhrverbotes und die Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle nicht möglich sei. Es bleibe nur möglich, die Einfuhr ausländischen Schlachtviehs, dessen direkter Versand nach den Schlachthöfen bestimmt ist, möglichst zu erleichtern. Die Handelskammer richte; daher an den Magistrat das Ersuchen, einen entsprechenden Antrag bei der Regierung zu stellen.

•

Bei einer am Montag in Mannheim abgehaltenen Versammlung gegen die Fleischteuerung nahm auch der praktische Arzt Dr. Friedmann das Wort. Seine Ausführungen über die Folgen der Unterernährung wirkten geradezu erschütternd. Er sagte:

„Früher habe man nur bei jungen Mädchen Blutarmut und Entkräftung festgestellt, jetzt sei sie gang und gäbe auch in der männlichen Arbeiterschar infolge **Unterernährung** ... Bei dieser Unterernährung sei trotz aller energischen Maßnahmen die Tuberkulosezisser nicht gesunken, im Gegenteil, sie nehme zu, weil diese unterernährten Leute völlig widerstandslos sind. Im vorigen Winter sei eine Frau zu ihm gekommen, die bei ihrem Eintritt ins Sprechzimmer ohnmächtig zusammengebrochen sei. Nachdem die völlig entkräftete Frau sich durch Speise und Trank etwas erholt habe, habe sie angegeben, ihr Mann sei mehrere Wochen krank gewesen, sie habe denn durch ihrer Hände Arbeit die Kinder durchschleppen müssen; sie selbst, eine Frau, die sich im achten Monat der Schwangerschaft befand, habe sich mit Kartoffelschalen ernährt! ... Welchem schlecht ernährten Wesen müßte eine solche Frau das Leben geben. Kein Wunder, daß sich die Skrofulose unter den Kindern ganz gewaltig verbreitete. An den Königsberger Herren Professoren sei es gewesen, hier einmal zu dem Kaiser ein offenes Wort über die Lebensmittelteuerung zu sagen, aber leider habe man hierzu nicht den Mut gefunden. **Jeder, der einen Einblick in diese tieftraurigen Verhältnisse erhält, würde notwendig zum Sozialdemokraten.**"

Allensteln.

Eine Art Nachspiel zum Allensteiner Schönebeck-Prozeß wird demnächst die Strafkammer des Magdeburger Landgerichts beschäftigen. Auch wir hatten mitgeteilt, daß die Schneiderin Strehlau und ihr Verlobter, der Bureauangestellte Groger, gegen den Hauptmann Schmoock in Allenstein, der die Zahlung von Alimentationsgeldern verweigerte, einen Prozeß angestrengt hatten, in dessen Verlauf der Leutnant Eicke beschwor, daß er zur fraglichen Zeit gleichfalls mit der Klägerin intimen Verkehr gehabt habe. Das Mädchen verlor darauf natürlich den Alimentationsprozeß. Sie erstattete gegen den Leutnant Eicke eine Anzeige wegen wissentlichen Meineids und ihr Verlobter unterstützte ihre Bemühungen, zu ihrem Rechte zu kommen, durch einige Briefe an den Hauptmann und an den Regimentskommandeur, wodurch er sich die Anklage wegen Erpressung und Verleumdung zuzog.

Das Potsdamer Gericht verurteilte die Angeklagte zu einem Monat und ihren Verlobten zu sechs Monaten Gefängnis.

In einem Artikel „Das andere Allenstein" stellte die Magdeburger Volksstimme kritische Betrachtungen über diese Mädeltragödie an, die sie in Vergleich zu der Allensteiner Damentragödie stellte. Gegen den Genossen Wittmaack von der Volksstimme ist nun ein Verfahren wegen Beleidigung des gesamten Allensteiner Offizierkorps eingeleitet worden. Besonders sollen die beiden obengenannten Offiziere, deren Namen jetzt erst durch die Vernehmung Wittmaacks bekannt geworden sind, beleidigt worden sein. Es ist also Aussicht vorhanden, daß in einer Gerichtsverhandlung die Frage zur Erörterung kommt, ob es in Offizierskreisen in Liebesangelegenheiten zweierlei Moral gibt, je nachdem, ob es sich um eine Dame oder um ein Mädel handelt. Daneben wird noch manches andere erörtert werden, da unser Genosse, falls es zur Verhandlung kommt, natürlich beabsichtigt, zu seiner Verteidigung einen großen Zeugenapparat aufzubieten.

„Bund der deutschen Intelligenz."

So benamset sich das neueste Produkt des doch wirklich nicht übermäßig hundstagsheißen Sommers. Der Bund soll sich gegen die „drei schlechten und offenbaren Krankheiten des deutschen Staatsorganismus" wenden: gegen die Verquickung von Staat und Kirche, gegen das Schulkonzentum und gegen das erbliche Mandarinentum in Verwaltung, Regierung und Heer. Er soll eine freie und vollständig zwanglose Vereinigung sein. Wählendes Mitglied kann jeder Reichsdeutsche werden, der mit seiner Persönlichkeit „eine bestimmte Sicherheit für seine Zugehörigkeit bietet. Wählbares Mitglied kann nur der werden, der mit irgendeiner „mannhaften und den Geist des Fortschritts atmenden Tat" in der Oeffentlichkeit hervorgetreten ist und dessen Persönlichkeit den Bund ebenso auszeichnet wie der Bund ihn. Die Geschäftsstelle befindet sich in Werder bei Berlin. Der Bund gibt unter dem Titel „Reichstag 1911" eine Halbmonatsschrift heraus.

Breitenbach amtsmüde? Die Nachricht, daß der Minister v. Breitenbach im Herbst von seinem Amte zurücktreten werde, taucht wieder auf. Die Deutschen Nachrichten wollen sogar ganz besondere Anzeichen für den baldigen Rücktritt entdeckt haben. Am letzten Sonntag sei der Eisenbahnminister zusammen mit dem Oberpräsidenten v. Günther Gast des Kaisers bei der Frühstückstafel gewesen. Hierzu komme noch, daß der Kaiser für die kurze Reise nach Stolp den Chef seines Zivilkabinetts, v. Valentini, mitgenommen habe.

Der Chor der Rache. Die Vertrauensleute der konservativen Partei des Bezirks Karlsruhe hielten am letzten Sonntag eine Versammlung ab, in der sie sich scharf gegen die Aeußerungen des Ministers des Innern v. Bodman in der Ersten badischen Kammer über die Sozialdemokratie wendeten. In einer langen Resolution bitten sie die Großherzogl. Regierung auf das dringendste,

„endlich mit aller Entschiedenheit der Verdemokratisierung unseres Staatswesens entgegenzuarbeiten und den Zusammenschluß aller streng monarchisch gesinnten Ordnungsparteien behufs Eindämmung der auf den Umsturz zielenden Bestrebungen zu fördern."

Die badischen Edlen und Stützen des Thrones und Altars sehen das Ende der Welt nahe ...

Dekorierte „Helden". 25 Beamte der königl. Polizei in Kiel haben am Sedangedenktage preußische Ordensauszeichnungen erhalten. Wie die Kieler N. N. erfahren, wies der Polizeipräsident Schröder bei der Ueberreichung der Orden darauf hin, daß der Kaiser Anstoß genommen habe, durch die Ordensauszeichnungen den Beamten für ihre Tätigkeit und ihr Verhalten während der schwierigen Zeit des Ausstandes der städtischen Arbeiter und der Wahlrechtsdemonstration seine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Es ergebe sich daraus, daß man höheren Ortes den damals getroffenen Maßnahmen und dem Verhalten der Beamten durchaus zustimmte.

Solche Anerkennungen werden kaum dazu beitragen, in den Polizeibeamten das Gefühl zu stärken, daß sie als Schutzleute zu fungieren haben ...

Der Wahrheits-Bruhn. In der Affäre Bruhn finden in München neue Vernehmungen statt. Die Untersuchung nimmt infolgedessen einen größeren Umfang an, als es noch vor kurzem erschien. Der Prozeß dürfte im Oktober stattfinden. Anklage ist nicht nur gegen den Verleger der Wahrheit, den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bruhn, erhoben, sondern auch gegen dessen Bruder Paul Bruhn, den Inseratenakquisiteur Sommer und den früheren Redakteur Weber.

Kleine politische Nachrichten. Wie verlautet, hat die russische Regierung aus Anlaß der immer mehr um sich greifenden Cholera-Epidemie beschlossen, bereits im Januar 1911 eine internationale Cholerakonferenz nach Petersburg zu berufen. Die Vorbereitungen werden sofort beginnen und gleichzeitig Einladungen an alle Staaten der Erde ergehen, um genügend Zeit zu haben, überall das wichtigste Material für den Kongreß zu sammeln. — Nach einer Privatdepesche aus Konstantinopel hätte die türkische Admiralität erfahren, daß ein englisches Geschwader vom 15. September an im Archipel kreuzen werde. Man hat in Konstantinopel den Eindruck, daß es sich um eine nicht mißzuverstehende Kundgebung Englands handelt, um die Türkei vor jedem feindlichen Schritte gegen Griechenland zu warnen. — In Pfortekreisen verlautet, die Pforte werde die Gelegenheit des Zusammentritts der griechischen Nationalversammlung benutzen, um eine definitive Lösung der Kretafrage zu verlangen. Der griechische Gesandte überreichte der Pforte eine neuerliche Note, in der nochmals eine Entschädigungssumme von 20 Mill. Frank für den jüngsten Boykott verlangt wird.

Ausland.

Schweiz.

Z. Zürich, 5. September. Im Winterthurer Wahlkreise ist im zweiten Wahlgang der „freisinnige" millionenreiche Webereifabrikant Gujer in Uster mit 8617 gegen 7822 Stimmen, die auf unsern Genossen Professor Dr. Schenkel fielen, in den Nationalrat gewählt worden. Gujer bekam rund 3000, Schenkel 2500 Stimmen mehr als im ersten Wahlgang am 14. August. Die Demokraten hatten ihren Kandidaten, der im ersten Wahlgang 5500 Stimmen erhalten hatte, zugunsten Gujers zurückgezogen. Diese Stimmen verteilten sich zur größeren Hälfte auf Gujer und zur kleineren auf Schenkel, so daß sie mitgeholfen haben, einen politischen Reaktionär und sozialrückständigen Industriellen zum Siege zu verhelfen. In der Stadt Winterthur und ihren Vororten erhielt Schenkel die große Mehrheit, ebenso im ganzen Bezirk Winterthur mit 5225 gegen 4929 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Rumänen und Magyaren.

Budapest, 6. September. Die Agitation unter der rumänischen Bevölkerung gegen die auf Anregung des Grafen Tisza und einiger Führer eingeleitete Versöhnungsaktion mit den Ungarn nimmt gewalttätige Formen an. In Hermannstadt wurde ein rumänischer Vikar insultiert. In mehreren Gemeinden, wo die rumänische Bevölkerung trotz des Verbots demonstrativ mit rumänischen Farben einhergeht, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Gendarmerie. In einem Orte wurden zwei Rumänen getötet, vier Bauern und zwei Gendarmen schwer verwundet. Verschiedentlich wurden die Gendarmerie und das Militär verstärkt.

Spanien.

Zur Streikbewegung.

Madrid, 6. September. Zum Generalausstand wird mitgeteilt, daß in einigen Städten die Arbeit wieder aufgenommen wurde, so in Madrid und teilweise in Barcelona. In Sevilla wird dagegen eine weitere Ausdehnung des Ausstandes erwartet.

Rußland.

Der Sumpf.

Petersburg, 6. September. Senator Medem hat bei der Revision der Intendanturverhältnisse in Omsk neue **haarsträubende Mißstände** aufgedeckt. Sämtliche Beamten, darunter General Lang, wurden dem Gericht übergeben. Unter anderem hatten die betrügerischen Beamten ein großes Krondepot, das vier Millionen Mark repräsentierte, teils im Auktionswege zu Schleuderpreisen verkauft, teils verderben lassen.

In Petersburger diplomatischen Kreisen zirkuliert das Gerücht, der Marineminister wolle seine Demission einreichen, weil gegen seinen Wunsch statt der Senatorenrevision der Schiffsbauverwaltung eine Untersuchungskommission mit weniger weitgehenden Kompetenzen eingesetzt worden ist.

2. Internationale Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen.

Kopenhagen, 5. September.

Zum Punkt Jugendschutz begründet Martin Olsen (Dänemark) die vom 1. Internationalen Jugendkongreß in Stuttgart angenommene Resolution, die ohne Debatte einstimmig bestätigt wird. Sie schildert die besondere Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter infolge des kapitalistischen Systems, der breiten Verwendungsmöglichkeit jugendlicher Arbeitskräfte durch die Einführung der Maschinen, der Lehrlingszüchterei und Lehrlingsausbeutung durch den Verzweiflungskampf des Kleingewerbes. Sie fordert vom Gegenwartsstaat als Schutzmaßregeln für die arbeitende Jugend 1. Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahre, unter gleichzeitiger Ausdehnung der Schulpflicht bis zu diesem Alter, 2. sechsstündiger Maximalarbeitstag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahren; für dieselben 3. Verbot der Nachtarbeit, 4. 36stündige ununterbrochene Sonntagsruhe, 5. Verbot des Kost- und Logiszwanges, 6. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts mit Tagesunterricht, 7. Abschaffung des Züchtigungsrechts, 8. Anstellung besonderer Inspektoren, 9. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Handwerksbetriebe und die Hausindustrie, 10. Beschränkung der Lehrzeit auf zwei Jahre, 11. Verbot der Lehrlingsverwendung zu häuslichen und überhaupt außergewerblichen Zwecken, 12. leichtere Löslichkeit des Lehrverhältnisses und 13. Erhöhung der Strafen für die Arbeitgeber, die die Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen überschreiten.

Die Gewerkschaften sollen beim Abschluß von Tarifverträgen nach Möglichkeit auf die Erfüllung dieser Forderungen drängen und die Jugendorganisationen selbst Schutzkommissionen für die jugendlichen Arbeiter schaffen, welche die Aufgabe haben sollen, darauf zu achten, daß die Schutzvorschriften erfüllt werden und auch den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen können.

Es erhält sodann Dr. Karl **Liebknecht** das Wort zu seinem Referat über Militarismus. Er stellt die Entwicklungsgeschichte und die Psychologie des Militarismus dar und gelangt zu dem Schluß, daß der heutige Militarismus nicht als Einzelerscheinung in der Gesellschaft, sondern als ein Glied des Kapitalismus betrachtet und bekämpft werden müsse. Der kapitalistische Militarismus ist, soweit er sich nach außen richtet, in erster Linie eine Waffe im internationalen Konkurrenzkampfe. Die internationale militärische Konkurrenz verbessert die Technik und vermehrt die Größe der bewaffneten Macht. Durch die neuerdings in Riesenschritten vorwärts eilende Eroberung der Luft ist ein neues Element in die militärische Organisation eingetreten, das in absehbarer Zeit eine vollkommene Umgestaltung des Heer- und Kriegswesens zur Folge haben kann. Der durch den äußeren Militarismus bedingte Umfang der Heeresorganisation ist bestimmt durch den Grad der Spannung, in dem sich der einzelne Staat infolge der internationalen kapitalistischen Konkurrenz befindet. Die Form der Heeresorganisation ist in allen Ländern des Hochkapitalismus schon wegen der größeren Schlagfertigkeit im Angriff das stehende Heer. Auch in den Ländern mit einer lockeren Heeresorganisation (Miliz und dergleichen) werden die stehenden Kaders allenthalben vergrößert. Die idealen Kulturaufgaben verkümmern unter dem Druck der materiellen Lasten des Militarismus. Mit der Zunahme der kapitalistischen Konkurrenz steigert sich die internationale Spannung. Der heuchlerisch als Friedensbort gepriesene äußere Militarismus wird trotz aller Monarchenbesuche und Bündnisse „zur Erhaltung des Friedens" zu einer immer ernsteren, ständigen Kriegsgefahr.

Auch die Bedeutung des inneren Militarismus nimmt mit der Fortentwicklung des Kapitalismus schnell zu. Die wachsenden Klassengegensätze nötigen die herrschenden Klassen immer mehr, ihre oligarchische Herrschaft auf das Gewaltmittel des Militarismus zu stützen. Das letzte und stärkste Gewaltmittel ist die Armee; sowohl in den wirtschaftlichen wie in den politischen Kämpfen gegen das Proletariat wird sie als ultimo ratio in täglich sich steigerndem Maße verwandt. Das System des stehenden Heeres ist dem inneren Militarismus am meisten angepaßt, und zwar noch angepaßter als dem äußeren Militarismus, weil dieses System am ehesten die Möglichkeit gewährt, den Mannschaften die erforderliche Psychologie einzuflößen. Die Herausbildung eines hündischen Kadavergehorsams und eines Landsknechtsübermutes gegen die Masse der Zivilbevölkerung soll die Soldaten geeignet machen, bei wirtschaftlichen und politischen Konflikten auf die eigenen Klassengenossen auf Vater, Mutter und Geschwister zu schießen.

Das Proletariat, der Träger der internationalen proletarischen Solidarität und des Völkerfriedens, ist der geborene Feind des Militarismus. Die im Kampfe gegen den Militarismus grundlegenden Methoden sind: unermüdliche Aufklärung über das wahre Wesen des Militarismus und seine Helfershelfer; unablässige Brandmarkung der militaristischen Schädlichkeiten und Ausschreitungen; Propaganda für alle zur Abschwächung des Militarismus geeigneten Maßnahmen (Schiedsgerichte, Abrüstung, Volksheer) und Erziehung des Proletariats im Geiste des Sozialismus zur internationalen proletarischen Solidarität. Die Erziehung der Jugend in diesem Geiste ist eine der wichtigsten Aufgaben des kämpfenden Proletariats, und die selbständige proletarische Jugendbewegung ist das wirksamste Mittel zu dieser Erziehung. Ueber die Art der Erziehung hat unter Innehaltung der im Beschluß des Stuttgarter Kongresses niedergelegten Grundsätze die Arbeiterbewegung eines jeden Landes je nach ihren Verhältnissen zu entscheiden. In diesem Sinne wird in Uebereinstimmung mit dem Stuttgarter Beschluß, den sich die Jugendinternationale in allen Punkten zu eigen macht, die proletarische Jugend zum Kampf gegen den Militarismus in allen seinen Formen aufgerufen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Liebknecht legt im Sinne dieses Referats Thesen vor.

In der Diskussion führt **Skala** (Böhmen) Beschwerde, daß das internationale Sekretariat bei der serbisch-österreichischen Krise kein Manifest gegen den Krieg erlassen habe.

Skatula (Böhmen) wünscht ebenfalls, daß vom internationalen Sekretariat eine stärkere antimilitaristische Propaganda unter den Deutschen in Oesterreich entfaltet werde.

Danneberg verteidigt die Haltung des internationalen Bureaus in der serbisch-österreichischen Frage und glaubt Skatula versichern zu können, daß sein Wunsch bald in Erfüllung gehen wird.

Krogh (Norwegen) wünscht, daß in den von Liebknecht vorgeschlagenen Thesen bestimmte Mittel zur Bekämpfung des Militarismus und zur Abschwächung der Kriegsgefahr, besonders die Forderung der Abrüstung, aufgeführt werden, die von der schwedischen Bewegung erfolgreich angewendet worden sind.

Nach Ansicht **Christensens** (Dänemark) entsprechen die Erfolge der antimilitaristischen Propaganda in Schweden allerdings den gebrachten Opfern nicht.

Nach längerer Diskussion werden die Thesen Liebknechts unter Streichung der Forderung nach Schiedsgerichten, Abrüstung und Volksheer und Hinzufügung der allgemeinen Forderung: Propaganda für die Abschaffung des Militarismus einstimmig angenommen.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung: die internationale Organisation der sozialistischen Jugend, teilt **Danneberg** einen Beschluß des Internationalen Bureaus in Brüssel mit, wonach sich das Internationale Jugendsekretariat dem Internationalen Bureau in Brüssel als Unterabteil angliedern soll. Die Konferenz erklärt sich hiermit einverstanden. Bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit wird ein aus Danneberg (Oesterreich) als Sekretär und de Man (Belgien), Höglund (Schweden), Skatula (Böhmen) und Krogh (Norwegen) als Beisitzer bestehendes provisorisches Sekretariat eingesetzt. Dem aus dem Sekretariat ausscheidenden Genossen Karl Liebknecht wird eine Ovation bereitet.

Dann schlossen die Verhandlungen unter stürmischen Hochrufen auf die internationale Jugendbewegung und mit dem begeisterten Gesang der Internationale.

• • •

Der Internationale Holzarbeiterkongreß

ist heute, am 5. September, im Volkshaus, Enghavevej, in Kopenhagen, zusammengetreten, demjenigen der vier Volkshäuser der Stadt, von wo aus die Delegierten des Internationalen Sozialistenkongresses den Demonstrationszug nach dem Söndermarken-Park am vorigen Sonntag vorüberziehen sahen. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht außer dem Bericht des Sekretärs der Internationalen Holzarbeiterunion, Leipart, in erster Linie die Organisationsfrage in den Vertretungsgebieten benachbarter Länder, und zweitens die Erfahrung, die die Organisationen mit dem Gegenseitigkeitsverhältnis bei dem Uebertritt und bei der Unterstützung der Mitglieder im Ausland gemacht haben. Wir werden über die Verhandlung kurz berichten.

•

2. Internationale Konferenz der Arbeiter in öffentlichen Betrieben.

In der Sitzung vom Montag wurde zunächst der Bericht vom Internationalen Sekretariat entgegengenommen, den Mahs erstattete. In der Diskussion war man sich darüber einig, daß zur besseren Ausgestaltung der Internationalen Beziehungen eingehende Pflege der Statistik über die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Ländern, sowie eine bessere finanzielle Fundierung des Internationalen Sekretariats notwendig seien. Zur Ausgestaltung des Internationalen Sekretariats im speziellen legte dann Mahs folgende Anträge des internationalen Sekretariats vor, die auch die Billigung des Deutschen Staats- und Gemeindearbeiterverbandes gefunden haben:

1. Anschlußberechtigt an das Internationale Sekretariat sind alle Organisationen der Arbeiter öffentlicher Betriebe, die eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder durch Anwendung der Kampfesmittel der modernen Arbeiterbewegung erstreben.

2. In Anbetracht des derzeitigen Standes unserer internationalen Verbindungen steht die zweite Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe von einer bestimmten Regelung des Unterstützungswesens bei Lohnkämpfen ab, empfiehlt aber den einzelnen Bruderorganisationen mehr wie bisher in der finanziellen Unterstützung größerer Kämpfe zu tun und die Gelder durch das Internationale Sekretariat gehen zu lassen, damit eine Uebersicht der vollzogenen Leistungen ermöglicht wird. — Bei Streiks und Aussperrungen im eigenen Lande verpflichten sich die angeschlossenen Verbände dem Internationalen Sekretär sofort Mitteilung von diesen Konflikten zu machen, sowie nähere Details anzugeben über die Ursachen derselben und den sonstigen Stand der Dinge, insbesondere über Ausdehnung des Kampfes und Einstellung von Arbeitswilligen.

3. Die Mitteilungen des Internationalen Sekretariats erscheinen nach Bedarf. Alljährlich ist ein gedruckter Geschäftsbericht herauszugeben.

4. Die Konferenzdelegation bleibt den einzelnen Organisationen überlassen. Bei der Abstimmung über Anträge ist jedoch die wirkliche Mitgliederzahl maßgebend. Hierbei wird nach dem Grundsatze verfahren, daß jeder Organisation mit einem Mitgliederbestande bis zu 2000 eine Stimme eingeräumt wird. Von 2000 bis 5000 Mitgliedern wird eine weitere Stimme und für jede ferneren 5000 Mitglieder je eine Zusatzstimme eingeräumt. Für die Berechnung der Mitglieder

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

...l werden die gezahlten Beiträge — 13 Wochen oder 3 Monate pro Quartal — zugrunde gelegt.

5. Zur Bestreitung der Unkosten des Internationalen Sekretariats sind pro Mitglied und Jahr 3 Pf. vorschußweise an das Sekretariat zu zahlen. Der hierdurch entstehende Fonds dient dem Sekretariat zur Deckung der Unkosten. Im übrigen werden die Kosten des Sekretariats durch Umlageverfahren gedeckt.

Die Debatte über diese Vorschläge wurde heute noch nicht beendet.

Bericht der sozialdemokrat. Reichstagsfraktion an den Magdeburger Parteitag.

(Fortsetzung.)

Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung.

In der Begründung zu den vorstehend genannten Gesetzentwürfen wird einleitend hervorgehoben, daß unter den Reichsjustizgesetzen des Jahres 1877 von Anfang an die Strafprozeßordnung am wenigsten befriedigt hat. Trotzdem ist bis jetzt eine Reform nicht zustande gebracht worden. Die schärfsten Kritiker der mangelhaften Justizgesetze mußten im Reichstag von Anfang an die Sozialdemokraten sein als Vertreter der unter der Klassenjustiz schwer leidenden Arbeiterschaft. Im Wesen des Klassenstaates ist es begründet, daß die vorgeschlagenen Reformen nur in sehr geringem Umfange den Beifall des Proletariats und die Zustimmung der parlamentarischen Vertreter desselben finden können. Der Staatssekretär des Reichsjustizamtes rühmte bei der ersten Lesung der Entwürfe am 13. Januar ...liche Verbesserungen, als welche er unter anderem anführte, die Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile, die Zuziehung von Laienrichtern bei den Strafkammern, die Gewährung von Diäten an Schöffen und Geschworene, die Anwendung des Legalitätsprinzips bei der Erhebung von Anklagen, die Verbesserung des Vorverfahrens, den Ausbau der Jugendgerichte. Abgeordneter Stadthagen ließ am 13. Januar nur gelten, daß der Entwurf Lob verdiene wegen der ...ren Sprache und der übersichtlichen Motive. Die Klassenjustiz werde bleiben. Der Entwurf entstamme einer Vorkommission, „in der Vertreter der Arbeiter nicht waren, zu der alle politischen Parteien zugezogen waren mit Ausnahme . . . von Sozialdemokraten, deren Aufgabe also auch gewesen ist, ein Produkt zu machen, das als Instrument der Klassenjustiz gebraucht werden kann.“ Stadthagen zeigte, wie ...reiche Aenderungen keine Verbesserung, sondern zum Teil wesentliche Verschlechterung des geltenden Rechtes bringen werden. Besonders die Arbeiter würden schwer benachteiligt. „Wenn der Entwurf zum Ziele gehabt hätte, den Strafprozeß so zu gestalten, daß er als besonders schwere Waffe **gegen** die Arbeiter gebraucht werden kann, so daß das Strafverfahren noch verschlechtert wird gegenüber dem bestehenden Zustand, so hat der Entwurf in der Tat diesen Zweck vollkommen erreicht. . . . Der vorliegende Entwurf hat der arbeitenden Klasse die Garantien, den Rest der Garantien, der in dem bestehenden Strafprozeß für eine gerechte und unparteiische Rechtsprechung geblieben ist, vollkommen entzogen. Es ist die Bahn für eine reine Klassenjustiz noch mehr geebnet, als der bestehende Strafprozeß zuläßt.“ Unser Redner forderte unter anderem Beseitigung der Staatsanwaltschaft, Trennung der Justiz von der Verwaltung, Unabhängigkeit der Richter. Er erklärte: „Wollen Sie unabhängige Richter haben, meine Herren, dann müssen Sie Laienrichter nehmen, Laienrichter aus allen Teilen des Volkes und gewählt vom Volke.“ Aber auch Frauen seien zum Schöffen- und Geschworenenamt zuzulassen. „Aus welchem Grunde sollen die Frauen, gegen die ja das Gesetz ebenso gilt wie gegen andere, nicht dasselbe Recht haben, als Richter mit zu fungieren und darzulegen, wie die Zustände sind, zumal sie gerade die Verhältnisse insbesondere der weiblichen Angeklagten besser kennen, als es die männlichen Richter tun können?“ Das Wesen der heutigen Rechtsprechung charakterisierte Stadthagen dahingehend: „Strafrecht und Strafprozeß werden von den herrschenden Klassen gemißbraucht, um als Instrument angewendet zu werden gegen die aufstrebenden und nach Teilnahme an den Errungenschaften der Kultur lechzenden Klassen.“ Die Sozialdemokraten seien selbstverständlich wie in früheren Jahren bereit, in der Kommission Vorschläge auf Beseitigung der vorhandenen Mißstände zu machen. Diese Kommission hat in diesem Augenblick ihre Arbeiten noch nicht beendet; es ist deshalb nicht angängig, in diesem Berichte darauf einzugehen. Stadthagen schloß seine Rede mit der Warnung an die bürgerlichen Parteien: „Ueberspannen Sie die Klassenjustiz nicht!“

Haftung des Reiches für seine Beamten.

Der Gesetzentwurf war schon im Jahre 1909 dem Reichstage vorgelegt worden. Damals hat Abgeordneter Stadthagen am 5. Mai ausführlich den Standpunkt der Fraktion dazu dargelegt. Die Grundlage des Gesetzes entspricht einem alten Verlangen, das die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten gestellt haben. Noch bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches 1896 wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die volle Haftung des Staates für die Handlungen aller Beamten verlangt, abgelehnt. Ein Mangel des Gesetzes ist, daß die Haftung nur für die Reichsbeamten beschlossen wurde. Vergeblich traten unsere Abgeordneten dafür ein, durch Reichsgesetz die Haftung für alle Beamten festzulegen. Ernsten Bedenken gaben bei der zweiten Lesung am 27. April die Abgeordneten Heine und Ledebour Ausdruck darüber, daß die von der Kommission beschlossene Haftung für Handlungen farbiger Beamten in den Schutzgebieten durch einen Zentrumsantrag wieder umgestoßen wurde. Die Fraktion stimmte dem Gesetz zu.

Schutz des Urheberrechts.

Ausführung der revidierten Berner Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst. Am 18. Mai 1909 ist der revidierten Berner Uebereinkunft vom Reichstage zugestimmt worden. Die meisten Aenderungen stimmten mit den bestehenden Reichsgesetzen über das Urheberrecht überein. Der Gesetzentwurf, dessen erste Lesung am 12. April 1910 stattfand, hat den Zweck, die mit den Gesetzen nicht übereinstimmenden Vorschriften damit in Einklang zu bringen. Es handelt sich in der Hauptsache um Schutz für Werke auf dem Gebiete der Kinematographie und den Schutz der Werke der Tonkunst gegen Wiedergabe durch mechanische Musikinstrumente. Abgeordneter Dietz gab der Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Schutzfrist nicht von 30 bis auf 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers verlängert wurde, wies auf die Auswüchse im Kinematographenwesen hin, verurteilte die Tantiemenspitzelei der Tonkünstler, trat für Schutz deutscher Werke in Rußland ein, regte Verbesserungen des Gesetzentwurfs an und machte die Zustimmung der Sozialdemokraten davon abhängig, daß die Industrie mechanischer Kunstwerke existenz- und exportfähig bleibe, sowie daß verschiedenen anderen drohenden Schäden vorgebeugt werde, so daß die Interessen der Autoren, der Verleger und der Industrie gewahrt würden. Nach der Kommissionsberatung legte Dietz bei der zweiten Lesung am 3. Mai dar, die sozialdemokratische Fraktion werde für das Gesetz in der Kommissionsfassung stimmen, weil es Ordnung auf einem Gebiete schaffen wird, auf dem es bisher recht verwildert ausgesehen hat. — Auch der Versuch des Erbprinzen Hohenlohe, die Schutzfrist von 30 auf 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers zu erweitern, wurde bekämpft und vom Reichstag mit großer Majorität abgelehnt.

Fernsprechgebühren-Ordnung.

Im Zeitalter des Verkehrs leben wir nach einem häufig zitierten Kaiserwort. Die deutsche Reichspostverwaltung unter der Leitung des Staatssekretärs Kraetke bemüht sich in einer Richtung, daß man an der Richtigkeit des Satzes zweifeln möchte. Der in der vorigen Session eingebrachte Entwurf einer Fernsprechgebührenordnung war durch die Kritik der Presse, der Organisationen für Handel und Industrie und schließlich auch durch die Redner fast aller Parteien im Reichstage bei der Beratung des Postetats so heruntergerissen worden, wie selten bisher eine Regierungsvorlage. Um einen großen Ueberschuß der Reichspost für Rüstungszwecke verwenden zu können, ist kürzlich das Ortsporto erhöht worden. Mehreinnahmen sind dadurch in dem erwarteten Umfange nicht erzielt worden, weil an Stelle der Postkarte und des Briefes im Ortsverkehr das Telephon trat. Riesig ist die Zunahme der Telephongespräche. Die neue Fernsprechgebührenordnung soll, wie die Postverwaltung in der Begründung eingesteht, die Zahl der Gespräche wesentlich vermindern, hat also scharf ausgeprägt verkehrsfeindlichen Charakter.

Zur Beratung in der Budgetkommission war dieses Produkt bureaukratischer Verranntheit nicht gelangt, weil allseitig keine Neigung dazu vorhanden war, sich damit zu befassen. Deshalb hätte erwartet werden können, daß die Regierungen darauf verzichten würden, erneut den Entwurf an den Reichstag gelangen zu lassen, oder aber, daß doch eine totale Umarbeitung der Vorlage erfolgen würde, wenn schon eine Reform der Gebührenordnung für unumgänglich notwendig gehalten wurde. Mit absoluter Wurstigkeit hat Herr Kraetke die gesamte Kritik hingenommen und den Entwurf abermals unverändert dem Reichstage zur Beschlußfassung zugehen lassen. Erst am 20. April beschäftigte sich das Plenum mit dem Wechselbalg, der vorsieht, daß die Pauschgebühren fortfallen und nur Gebühren erhoben werden sollen nach Grundgebühr und Gesprächszahl, wobei besonders auf die Interessen des platten Landes Rücksicht genommen wird. Es ist fast überflüssig, zu betonen, daß die Agrarier durch den Abgeordneten Graf Westarp noch viel weitergehende Forderungen aussprechen ließen. Für die sozialdemokratische Fraktion betonte Abgeordneter Dr. Südekum, daß sie jeden Versuch, den Verkehr zu erschweren und zu verteuern und dabei auch noch überdies neue agrarische Vorrechte zu schaffen, ganz entschieden verwerfe, aber bereit sei, zu prüfen, ob nicht solche Teilnehmer am Fernsprechverkehr, die weit über dem Durchschnitt von der Einrichtung Gebrauch machen, stärker zu den Kosten herangezogen werden können. Die segensreiche Einrichtung des Fernsprechers müsse auch dem platten Lande im größeren Maße zugänglich gemacht werden. Das Fernsprechwesen in Deutschland stehe durchaus nicht auf der Höhe. Die Reform dürfe aber nicht in den Händen der jetzt amtierenden Postverwaltung gelassen werden. Wenn etwas Ordentliches geschaffen werden solle, müsse es der Reichstag, die mit der Bearbeitung der Materie betraute Kommission tun. — Die Budgetkommission, an die der Entwurf erneut verwiesen wurde, trat in die Beratung nicht mehr ein. In mehreren freien Besprechungen von Kommissionsmitgliedern versuchte man, gewisse Grundsätze aufzustellen, nach denen bei der Reform zu verfahren sei. Schließlich wurde die Verhandlung bis zum Herbst verschoben.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 6. September. Das preußische Kriegsministerium hat für die kommende, vom 9. bis 16. Oktober in Berlin stattfindende Nationale Flugwoche einen Preis von 25000 M. gespendet, der ungeteilt vergeben werden soll. Allerdings knüpfte das Kriegsministerium hieran die Bedingung, daß sich jemand findet, der als zweiten Preis noch 10 bis 15000 M. stiftet. Ferner hat das Kriegsministerium weitere 9000 M. für die Flugwoche zur Verfügung gestellt.

Berlin, 6. September. In dem Prozeß des Rechtsanwalts Braun als Vormund der Frau von Schönebeck-Weber gegen ihren Gatten, den Schriftsteller A. O. Weber, auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung zur Entziehung der Verwaltung und Nutznießung des Vermögens seiner Gattin, erkannte heute das Landgericht Berlin 3 auf Abweisung des Antrages mit der Begründung, der Streitgegenstand könne nicht Veranlassung sein, den Antrag auf die einstweilige Verfügung zu rechtfertigen. Es müsse dem Kläger anheimgestellt bleiben, seine Klage auf dem Wege des Zivilprozesses geltend zu machen.

Breslau, 6. September. Seit 24 Stunden regnet es in Schlesien in Strömen. Die Oder steigt und vom Gebirge wird starkes Hochwasser gemeldet.

Gleiwitz, 6. September. Der hiesige Rangiermeister Hiwalsch kam unter einen Bahnzug und wurde von der Lokomotive förmlich zermalmt. Er war sofort tot.

Torgau, 6. September. Hier wurde heute früh der Ziegeleiarbeiter Friedrich Schulze, der im Mai d. J. seine Geliebte, das Dienstmädchen Weißbrodt in Hillmersdorf Kreis Schweinitz, in bestialischer Weise ermordete, durch den Scharfrichter Krioepler aus Magdeburg im Gefängnishofe hingerichtet.

Delitzsch, 6. September. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde in dem Nachbarorte Dammdorf der 60jährige Invalid Winkler von 2 Männern, die sich das Gesicht mit Ruß geschwärzt hatten, im Bett überfallen. Sie beraubten ihn seiner Ersparnisse in Höhe von über 600 Mark und entkamen unerkannt.

Köln, 6. September. Der 17jährige Bursche Klosterhalfen aus Köln-Lindenthal, der unter dem Einfluß der Lektüre von Schundromanen vor etwa zwei Jahren im hiesigen Stadtwalde einen neunjährigen Knaben mit einer Schnur, die er ihm um den Hals gelegt, erwürgt hatte und zu einer Gefängnisstrafe von 15 Jahren verurteilt worden ist, hat heute in der Gefangenanstalt in Siegburg, wo er seine Strafe verbüßt, durch Erhängen Selbstmord begangen.

Darmstadt, 6. September. Nach bis jetzt vorgenommenen amtlichen Erhebungen beziffert sich der im Ried (Starkenburg) angerichtete Hochwasserschaden auf rund 2800000 Mark.

München, 6. September. Nach längerer Pause unternahm gestern nachmittag der „Parseval“ trotz ungünstiger Witterung vom Münchner Ausstellungsplatz aus eine Fahrt. Auf dem Flugplatz Puchheim, wohin sich das Luftschiff wendete, stieg bei seinem Herannahen der dort trainierende Aviatiker Lindpaintner empor, um 300 Meter hoch in den Lüften den „Parseval“ zu begrüßen. Lindpaintner fuhr dann unter dem Luftschiff durch, letzteres machte mehrere Schleifen und landete nach einer fast zweistündigen Fahrt, während der es gegen Wind und Wetter anhaltend kämpfte, glatt bei der Ballonhalle in München.

München, 6. September. Aus den Bergen kommen Nachrichten über ungeheure Schneemassen, die in der letzten Nacht niedergegangen sind. Auch neues Anschwellen der süddahrischen Flüsse wird gemeldet, so daß Hochwassergefahr wieder in Aussicht steht.

Zürich, 6. September. In den Bergen schneit es. Gleichzeitig schwellen die Flüsse nördlich vom Gotthard unheimlich an. Von der Südseite des Gotthard wird prächtiges Sommerwetter gemeldet.

Brüssel, 6. September. Gegen eine Meldung, daß heute nachmittag ein Brand in der internationalen Maschinenhalle der Ausstellung ausgebrochen, aber sofort gelöscht worden sei, erklärte das Exekutivkomitee auf Anfrage, daß sich lediglich Abfälle entzündet hätten und daß die Alarmierung der Feuerwehr deshalb erfolgt sei, um zu sehen, ob der neugeschaffene Dienst tadellos funktioniert.

Paris, 6. September. Aus Constantine in Algerien wird gemeldet, daß der Minendirektor Bacheley, als er mit seiner Gattin auf der Veranda seines Landhauses in Mohuna beim Mittagessen saß, erschossen worden ist. Man vermutet, daß das Verbrechen von Eingeborenen aus Rachsucht verübt worden ist.

Saloniki, 6. September. Drei Touristen aus Lissabon, welche von Cattari in Albanien nach Elbassan unterwegs waren, badeten in einem Flusse. Zwei wurden von der Strömung sofort fortgerissen und ertranken, der dritte wurde gerettet.

Neuyork, 6. September. In einem abgelegenen Teil der Grafschaft Clark im Staate Georgia kam es zwischen einem Polizeiaufgebot und fliehenden Negern zu einem blutigen Kampf. Fünf Neger wurden erschossen. Die Neger waren in ein Komplott verwickelt, das den Zweck hatte, die Familie des Richters Juff zu ermorden und dessen Haus niederzubrennen. Einer der Neger legte ein Geständnis ab. Mehrere der verfolgenden Schutzleute wurden von den Negern durch Schüsse verwundet.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden
für den 8. September 1910.

Nördliche bis nordöstliche Winde; veränderliche Bewölkung; zeitweise aufheiternd; Temperatur wenig geändert; noch immer zeitweise Niederschläge.

Dresdner Polizeibericht vom 7. September.

An der Ecke der Hechtstraße und des Bischofsplatzes wurde am Sonntag ein radfahrender Klempnergehilfe durch eigenes Verschulden von einem Straßenbahnwagen umgerissen, wobei er unter den Vorderperron zu liegen kam. Er war bewußtlos und wurde von Wohlfahrtspolizeibeamten nach der nächsten Wache getragen. Hier erholte er sich wieder so weit, daß er ohne fremde Hilfe seine Wohnung aufsuchen konnte. Außer Hautabschürfungen und einigen Beulen am Kopfe waren weitere Verletzungen an ihm nicht wahrzunehmen.

Auf der Prager Straße fiel vor einigen Tagen die Ehefrau eines Bierausgebers beim Aufspringen auf einen stadtwärts fahrenden Straßenbahnwagen zu Boden und blieb liegen. Ein Gendarm brachte sie nach ihrer Wohnung, wo ein hinzugezogener Arzt an der Gestürzten eine leichte Gehirnerschütterung und einige Hautabschürfungen feststellte.

Gewarnt wird vor einem Einmieterdieb, der in der Regel schon bei Besichtigung der Wohnung stiehlt. Er gibt sich als Dr. jur. oder Dr. med. aus und benimmt sich sehr gewandt, ist etwa 25 Jahre alt, mittelgroß, dunkelblond und soll mit blauem Jackettanzug und zeitweilig mit graubraunem Gummimantel bekleidet sein. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Kriminal-Abteilung erbeten.

Beim Absteigen von seinem Wagen glitt vorgestern im Hofe des Hauses Nr. 26 der Weißeritzstraße ein Kutscher aus und erlitt einen Bruch des rechten Knöchels. Er fand Aufnahme im Krankenhaus.

Einen Bruch des rechten Unterschenkels zog sich dieser Tage ein Arbeitsbursche beim Steigenlassen eines Drachens auf der zwischen der Pennricher- und Klopstockstraße gelegenen Wiese dadurch zu, daß er unversehens in eine Vertiefung geriet und zu Fall kam.

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke
vom 7. September, mittags 12 Uhr.

Barometer 750. Veränderlich.
Thermometer + 18° R.
Thermometergraph. Min. + 14, Maxim. + 16.
Hygrometer 81%.
Wasserstand + 6. Wasserwärme + 13°.

Letzte Telegramme.

Die Fleischnot.

Wien, 7. September. 25 Beamtenvereine hielten eine gemeinsame Versammlung ab, deren Organisationen insgesamt mehrere hunderttausend Mitglieder angehören. Auf der Tagesordnung stand die Fleischfrage. Die Versammlung erklärte, daß die österreichische Beamtenschaft mit der passiven Resistenz einsetzen oder den Generalstreik proklamieren werde, wenn die Regierung nicht binnen Monatsfrist die Einfuhr von argentinischem Fleisch durchführe. Beim Zusammentritt des Parlaments wollen die Beamten vor dem Reichstagsgebäude eine Massendemonstration veranstalten.

Zur belgischen Kabinettskrise.

Brüssel, 7. September. Senator Berryer ist zum Minister des Innern und Abgeordneter de Broqueville zum Verkehrsminister ernannt worden.

Zur Verhaftung des Spionage-Offiziers.

London, 7. September. Die heutigen Morgenblätter behandeln die angebliche Spionage-Angelegenheit sehr skeptisch. Mehrere Blätter geben der Verwunderung Ausdruck, daß ein Offizier von Objekten Skizzen aufgenommen habe, die er in sehr guten Photographien und auf Postkarten genügend abgebildet erhalten könnte. Die Daily News behandeln die Sache in scherzhaftem Tone und weisen darauf hin, daß der angebliche Offizier gar keinen Versuch gemacht habe, sich seiner Verhaftung zu entziehen. Die Blätter verzeichnen auch Zweifel, ob es sich überhaupt um einen Offizier und namentlich um einen solchen deutscher Nationalität handle. Der Preß-Association geht ein bestimmter Bericht zu, der Verhaftete sei ein Zivilist.

Englisch-amerikanische Unstimmigkeiten.

London, 7. September. Das hiesige Auswärtige Amt ist auf Ersuchen sämtlicher englischen Handelskammern bei der amerikanischen Regierung wegen der neuen Tarifbedingungen vorstellig geworden, nach denen die Fabrikanten bei Jahresanfang die Muster ihrer Textilstoffe einsenden müssen. Nur solche Stoffe dürfen importiert werden. Selbstverständlich hat dieses Vorgehen hier große Entrüstung hervorgerufen, da auf diese Weise den Amerikanern Gelegenheit gegeben wird, sich jedes neue Muster anzueignen und die englischen Waren zu unterbieten.

Drusenkämpfe.

Konstantinopel, 7. September. Nach einer Depesche aus Damaskus hat gestern abend ein ernster Zusammenstoß von Truppen mit einer 50köpfigen Drusenbande stattgefunden. 20 Drusen wurden getötet und die übrigen gefangen genommen. Die Truppen hatten acht Verwundete.

Aus Persien.

Teheran, 7. September. Der Medschlis hat fast einstimmig im Gegensatz zu früheren Entscheidungen beschlossen, als Ratgeber des Finanzministers anstatt Franzosen Amerikaner zu berufen.

Amerikanische Wahlen.

Boston, 6. September. Die ersten Gouverneur- und Kongreßwahlen in den Neuenglandstaaten wurden heute vorgenommen. Die bisher eingetroffenen Nachrichten über die Wahlergebnisse in Vermont, wo die republikanische Mehrheit gewöhnlich über 20000 Stimmen betrug, zeigen, daß die Republikaner in diesen Staaten die Mehrheit behaupten und sowohl den Gouverneur als auch ihre beiden Kongreßkandidaten gewählt haben. Die ersten Ergebnisse der Gouverneurswahlen in Neuhamshire zeigen einen Vorsprung des Kandidaten der fortschrittlichen Republikaner mit 807 Stimmen vor dem Kandidaten der regulären Republikaner mit 316 Stimmen. Man nimmt an, daß das Verhältnis dieser Zahlen die Stärke des neuen Flügels der republikanischen Partei zum Ausdruck bringen wird.

Aviatik.

Paris, 7. September. In der Nähe des Dorfes Briot, Departement Oise, wurde anläßlich der großen Manöver ein Luftschiffpark errichtet, der 2 Schuppen für Lenkballons, 3 Schuppen für Aeroplane, eine Fabrik für Wasserstofferzeugung und mehrere Benzin- und Oelmagazine umfaßt. Dieser Luftschiffpark untersteht dem Leiter der Manöver, General Michel. Außerdem wird noch in Poix und einem anderen noch zu bestimmenden Orte je ein Luftschiffpark errichtet werden, deren einer dem Korpskommandanten Picquart, der andere dem Korpskommandanten Meunier zur Verfügung stehen wird.

Paris, 7. September. Der Stadtverordnete Quentin-Bauchart kündigte an, daß er im Pariser Gemeinderat und im Generalrat des Seinedepartements den Antrag stellen werde, zu einem Rundwettfluge durch Frankreich (Paris-Bordeaux-Toulouse-Lyon-Paris) einen Preis von einer Viertelmillion Frank zu stiften. Der Rundflug soll ein internationaler sein und alljährlich stattfinden.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Partei-Sekretariat: Döhlen, Bezirk Dresden, Dresdnerstraße Nr. 77 G, 1. Etage.

Sozialdemokr. Verein
für den 6. sächs. Reichstagswahlkreis.

Bureaustunden: Werktags von 8 bis 1 Uhr und 3 bis 6 Uhr, Montags bis 7 Uhr abends.

Mittwoch den 14. September, abends 8½ Uhr

Kreis-Versammlung

im **Bürgergarten** in Löbtau, Lübecker Straße.

Tages-Ordnung:

Bericht vom Internationalen Kongreß.
Bericht von der Landesversammlung.

Zu jedem Punkt Debatte.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in dieser Versammlung anwesend zu sein.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.

Freitag den 9. September, abends 8½ Uhr
im Volkshaus, Ritzenbergstraße Nr. 2

Bauschlosser-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht über die Verhandlungen des Gesellen-Ausschusses mit dem Innungsvorstand über den eingerichten Tarifvertrags-Entwurf.

Es ist Pflicht aller Gesellen, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Es muß eventuell Beschluß über Arbeitsniederlegung gefaßt werden. **Mitgliedsbücher mitbringen!**

Bauschlosser-Vertrauensleute! 7½ Uhr, vor der Versammlung. **Sitzung** im Zimmer 6 u. 7.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Dresden.

Sonntag den 11. September, von **nachm. 3 Uhr** an

Großes Herbstfest

im Garten des **Restaurants „Zur Aussicht“,** Markgraf-Heinrich-Straße 21.

Darbietungen: Instrumentalkonzert, Gabenverlosung Pfefferkuchenrad, Kinderbelustigung usw.

Karten à 10 Pf. sind bei den Beitragskassierern zu haben.

Das Komitee.

Zoologischer Garten.

Nur kurze Zeit: **„Samoa“.** Vorstellungen 11½, 4 und 6 Uhr. Nach der 4-Uhr-Vorstellung: **Sensationeller Wasserrutsch der Männlein und Weiblein.**

Imperial-Tonbild-Kino Theater

3 Moritzstrasse 3 — 3 Moritzstrasse 3

Grösstes Etablissement am Platze.

Saison-Eröffnung

Sonnabend den 10. September.

Neues erstklassiges Programm! Fachmännische Leitung!

Achtung! Vorstadt Löbtau-Naussitz und Umg.

Meiner geehrten Kundschaft und der geehrten Einwohnerschaft zur gefl. Kenntnis, daß ich mit dem heutigen Tage mein **Friseurgeschäft mit Puppenklinik** schrägüber, **Kesselsdorfer Str. 68,** direkt **Haltestelle: Süd- und Saalhausener Straße,** verlege.

Für die mir bis jetzt zuteil gewordene Unterstützung bestens dankend, bitte ich, dieselbe mir auch in mein neues Geschäftslokal übertragen zu wollen. Indem ich wie bisher **exakteste** und **sauberste Bedienung** zusichere, zeichne

Hochachtungsvoll **Hermann Birnstein, Friseur.**

Schluß des Gastspiels 15. September 1910.
Königl. rumän.

CIRCUS

200 Personen. **César Sidoli** **130 Pferde.**
Münchner Platz **Dresden** **Münchner Str.**

Mittwoch den 7. September: **2 grosse Vorstellungen 2.**
Um 4 Uhr: Ausnahme-Matinee bei halben Preisen für groß u. klein.
Um 8¼ Uhr: **Grosser Novitäten-Abend.**
Donnerstag den 8. Sept. — Freitag den 9. Sept.
Gr. Monster-Vorstellungen
mit einem Programm von 50 Nummern.
Zu jeder Vorstellung neues Programm. **8 Leotardy, Tourbillon-Truppe. 8 Gebr. Cassi, v. Valiberg.**
Billett-Vorverkauf: **Havanna-Haus Wolff,** Seestraße, Postplatz und König-Johann-Straße.

Abvis! Zu den interessanten täglichen (außer Sonntags) stattfindenden **Proben** ist der Zutritt gestattet. Entree für Erwachsene **20** Pf., Kinder **10** Pf. Sonntags von 11 bis 1 Uhr: **Stallbesichtigung.** Entree für Erwachs. **20** Pf., für Kinder **10** Pf.

Die Sensation der

Winter-Saison

Eröffnung: 24. Septbr.

Sonntag den 11. u. Montag den 12. Sept.

Große Möbelmesse bei

Möbel-Liebig, Cotta

Pennricher Straße 32

im neuerbauten Lagerhause. Schlafzimmer, **modern, hell,** von 165 M. an mit Matr. Schöne Küchen von 38 M. an. Graue, moderne, herrliche Malerei. Schränke, Vertikos mit Stecherei oder Intarsien. Tische, Stühle, Spiegel in großer Auswahl. Sofas mit Umbau von 78 M. an. Büffetts von 68 M. an.

KLEINE KIOS-CIGARETTE 2½ & 3½ Pf.

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o E. Robert Böhme, Dresden.

Heilmann **Lustspiel- und Possenduett**

Hur — Rezitator und Vortragskünstlerin

Dres — Werderstrasse 8, I. Tel. 4784

h in konkurrenzlosem Programm.

Rote Schänke, Döhlen.

Unseren lieben Gästen zur Mitteilung, daß wir **kein Plauensches Lagerkellerbier** führen.

G. Dittrich u. Frau.

Gasth. Serkowitz-Radebeul.

Gebe hiermit bekannt, daß ich seit Anfang des Streiks **kein Bier mehr vom Plauenschen Lagerkeller** habe.

Ernst Huhle.

A. Grahls Restaur.

Laubegast, Leubener Str. 25

Empfehlen unsere Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Gut bür. art. Mittag-tisch. Ff. Biere.

Hochachtungsvoll **A. Grahl u. Frau.**

Spanische Weine

insbesondere

Medizinische Weine

vorzügliche Qualität, empfiehlt zu billigsten Preisen

Franziska Benzel, Potschappel.

Leuben.

Diesen Freitag sowie von jetzt an wieder regelmäßig **jeden Freitag**

frischen Schellfisch.

Erstes Leubener Fischhaus

Bahnhofstr. 37. **Richard Thie s.**

Varieté Musenhalle

Auf besonderen Wunsch, jedoch nur noch bis Freitag

Sein 25jähr. Meisterjubiläum. Chrenalterfüd in 2 Teilen. **Zeppelin kommt.** Hochkomische Burleske.

Ab Sonnabend

Ein Sohn des Volkes oder **Der Reichtum des Arbeiters.**

Lebensbild in zwei Abteilungen. **Neu für Dresden.**

Anfang täglich abends 8 Uhr. Vorzugskarten Gültigkeit.

E. PASCHKY

Pillnitzer Str. 14,	Tel. 3102.	**Kesselsdorfer Str. 47**	Tel. 4114.
Alaunstraße 4,	„ 2257.	**Wettinerstraße 17,**	„ 1836.
Bismarckplatz 13,	„ 4162.	**Rosenstraße 43**	„ 1736.
Röllnerstraße 12,	„ 2806.	**Hechtstraße 27,**	„ 4596.
Bienertstraße 11,	„ 4871.	**Torgauer Straße 10,**	„ 1536.
Warthaer Str. 14,	„ 4050.	**Trompeterstraße 5,**	„ 2967.
Pfotenhauerstr. 24,	„ 3970.	**Kesselsdorfer Str. 18,**	„ 4114.

Kontore, Lagerreien, Versand: **Wölfnitzstr. 1. Tel. 1634.**

Frische Seefische

richtig zubereitet (wie Fleisch) mit grünem oder trocknen Gemüse genossen, sind nicht nur

bei den jetzigen hohen Fleischpreisen

sondern überhaupt eine

vorzügliche kräftige Nahrung.

Donnerstag vormittag in lebensfrischer Ware direkt aus den Fischdampfern eintreffend:

Eine Waggonladung

wovon wegen großer Fänge sehr preiswert und schön:

Goldbarsch, ohne Kopf — **80 Pf.**
zart wie Zander, fett wie Karpfen . . . 5 Pfund
für ausw. bei mind. 50 Pfd. à 12 Pf., Postkolli 160 Pf.

Schellfisch, „Helg.“ — **80 Pf.**
vorzüglich zum Backen . . . . . 5 Pfund
für ausw. bei mind. 50 Pfd. à 12 Pf., Postkolli 160 Pf.

Seelachs, ohne Kopf — **18 Pf.**
in prächtigen, fetten Fischen . . . . . Pfund
für ausw. bei mind. 50 Pfd. à 14 Pf., Postkolli 175 Pf.

Kabljau, ohne Kopf — **22 Pf.**
in großen fleischigen Fischen . . . . . Pfund
für ausw. bei mind. 50 Pfd. à 16 Pf., Postkolli 225 Pf.

Schellfisch, „Helg.“ — **25 Pf.**
in mittelgroßen, fleischigen Fischen . . . . Pfund
für ausw. bei mind. 50 Pfd. à 18 Pf., Postkolli 250 Pf.

Seehecht, ohne Kopf — **35 Pf.**
in hochfeinen, fleischigen Fischen . . . . . Pfund
für ausw. bei mind. 40 Pfd. à 28 Pf., Postkolli 350 Pf.

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Für unsere Verwaltungsstelle suchen wir einen weiteren

Beitrags-Kassierer

Die Anstellung erfolgt am 1. Oktober 1910. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Die Bewerbungsschreiben, die nur die genauen Personalien des Bewerbers enthalten brauchen, müssen unter Beilegung des Mitgliedsbuches bis spätestens Montag den 12. September 1910 an das Verbandsbureau eingesandt werden.

Die Ortsverwaltung.

Geübte Schürzen-Näherinnen

außer dem Hause, finden lohnende und dauernde Beschäftigung. Vorzustellen mit Einwohnerschein und eventl. Probearbeit bei

Hans Kappes, Leipziger Straße 224.

Junges, kräft. Hausmädchen

wird bald gesucht.

Konditorei Müller, Dresden-Gruna.

Pollerer

für Holzleisten verlangt **Tischlerei,** Berlin-Rixdorf, Mahlower Str. 24.

Kohlen, Briketts

nur beste Qualität, empfiehlt die **Holz- und Kohlenhandlung** von **Paul Beger,** Poststr. 29.

Guterh. Sieger-Sportwagen mit Gummireifen zu verkaufen.

Stollestraße 26, 2. I.

Frauen-Pulver
Tee
Mutterspritzen
Katalog gratis.
R. Freisleben
Postplatz.

Billigste Kaufgelegenheit

in g. herrsch. getr. wie n. neuen D.- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kinderachen usw. g. Verleihen

10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Fleißner, Dresden
Verantwortlich für den Inseratenteil: Robert Leuthold, Dresden-Striesen.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207. | Dresden, Mittwoch den 7. September 1910. | 21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Berichterstattung über die Landeskonferenz

ist diesmal eine besonders ausführliche, soweit die offiziellen Berichte über die Verhandlungen in Betracht kommen; wir können auf Grund eigener Wahrnehmungen hinzufügen, daß sie auch ein durchaus objektives Bild von den Verhandlungen geben. Auch soweit die sächsische Parteipresse durch Betrachtungen bisher Stellung genommen hat, ist das in sachlicher und objektiver Art geschehen, wenn natürlich dabei auch der besondere Standpunkt zu einzelnen Fragen zum Ausdruck kommt. Eine Ausnahme von der jetzt beobachteten Regel hat der Berichterstatter des Vorwärts gemacht, und zwar eine ganz besonders traurige. Was in diesem Bericht an tendenziöser Entstellung geleistet worden ist, war wohl noch nicht da. Von den Verhandlungen wird nur ein Zerrbild gegeben, das zu der Wirklichkeit paßt wie die Faust aufs Auge; es werden den Rednern Aeußerungen angedichtet, an die sie nicht gedacht haben. So wird dem Genossen Nitzsche als Teil seines Berichts in den Mund gelegt:

Der Alles-oder-Nichts-Standpunkt müsse aufgegeben werden, die höfischen Verpflichtungen müsse der Vizepräsident erfüllen. An Stelle der Beseitigung der Ersten Kammer müsse die Reform angestrebt werden. Für die erste Auffassung berief sich der Redner auf die Resolution des Dresdner Parteitages (?), für die zweite Sache gar auf die sozialdemokratischen Grundsätze. Er schloß aber seinen Bericht dann mit den Worten: Große Hoffnungen auf positive Erfolge, große Fortschritte seien nicht zu erwarten.

Das ist eine unerhörte tendenziöse Entstellung. Im Zusammenhange mit der Vizepräsidentenfrage ist vom Alles-oder-Nichts-Standpunkte überhaupt nicht gesprochen worden. Niemals ist einem Redner eingefallen, zu fordern, daß höfische Verpflichtungen erfüllt werden. Genosse Nitzsche hat nur betont: Wenn wir zu der Ansicht kommen, daß die Verfassung die Teilnahme an der Eröffnung des Landtags durch den Vizepräsidenten vorschreibt, dann können wir auch diese Bedingung akzeptieren, wenn sie uns gestellt wird, um einen Sitz im Präsidium zu erlangen. Dann handeln wir im Sinne der Dresdner Resolution. Von einem Hofgange könne aber dann keine Rede sein. Niemals ist irgendeinem Redner eingefallen, zu fordern, an Stelle der Beseitigung der Ersten Kammer deren Reform zu fordern. Nur von der Beseitigung der Ersten Kammer schrittweise zu ereifern und nicht jeden Fortschritt durch unsere Haltung unmöglich zu machen, wurde von einigen Rednern, und auch von Genossen Nitzsche, die Ansicht vertreten, Anträge nicht niederzustimmen, die einen ernstlichen Fortschritt anbahnen.

Die angeführten falschen Behauptungen werden im Vorwärts-Bericht in Sperrdruck hervorgehoben. Es kann sich also um keinen Lapsus handeln. Aber auch sonst ist vieles tendenziöse Mache. So werden dem Genossen Niem Worte in den Mund gelegt, die das Gegenteil von dem behaupten, was er gesagt hat, während dem Genossen Keimling das Verdienst zugeschrieben wird, festgestellt zu haben, daß eine Minderheit in der Fraktion den freisinnigen Antrag auf Reform der Ersten Kammer habe unterstützen wollen. Sodann werden Genossen Keimling folgende Worte in den Mund gelegt: „Wenn man hier so tue, als ob dies nicht wahr sei, so sei dies aus den Umständen erklärlich.“ Durch diesen Satz soll offenbar die Ansicht erweckt werden, der Referent über den Landtagsbericht oder andere Redner der Minderheit hätten diese Meinungsverschiedenheit vertuschen wollen. Tatsächlich richtete sich die Bemerkung Keimlings nur gegen eine irrtümliche Behauptung des Genossen Sindermann, der scharf gegen die Minderheit Stellung genommen hatte.

So ist vieles andere noch in unerhörter Weise durch den Vorwärts-Berichterstatter einseitig entstellt worden. Daß die Redner der Mehrheit viel ausführlicher im Vorwärts zu Wort kommen wie die der Minderheit, ist nichts besonders Auffälliges; daß man aber die wenigen Worte, die man den Rednern der Minderheit gönnte, noch ins Gegenteil verdreht, ist ein starkes Stück des Leipziger Vorwärts-Berichterstatters, der übrigens noch die sonderbare Laune gehabt hat, den Genossen Seger-Leipzig im Vorwärts besonders ausführlich zu lassen.

Außerordentlich muß bedauert werden, daß das Zentralorgan der Partei in solcher Weise mit entstellten Berichten bedient worden ist.

Die „Nationalen“ und die Fleischnot.

Nach der Beendigung des ersten sächsischen nationalen Arbeiter- und Gehilfentages traten, so berichtet die bürgerliche Presse, die Delegierten des Landesverbandes der deutschen Gewerkvereine (H.-D.) im Königreiche Sachsen in Dresden zu einer längeren Beratung zusammen. Nach der Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten wurde die gegenwärtige Fleischteuerung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Einstimmig war man der Ansicht, daß schon heute weite Kreise der deutschen Bevölkerung an einer in sozialer wie nationaler Hinsicht gleich schwer schädlichen Unterernährung leiden. Die Fleischteuerung, wie sie jetzt in die Erscheinung trete, erhöhe diese Kalamität in bedeutendem Maße, und zwar deshalb, weil die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die industrielle, besser genährt sein müsse, weil ihre heutige Tätigkeit einen weit größeren Nervenverbrauch mit sich bringe und daher mehr und mehr qualifizierten Ersatz der verbrauchten Kräfte fordere. Infolgedessen protestieren die anwesenden Delegierten gegen die von der sächsischen Regierung vertretene Ansicht, eine Fleischnot existiere nicht, und man müsse sich darauf beschränken, bei dieser Kalamität eine abwartende Stellung einzunehmen. Die deutschen Gewerkvereine verlangen vielmehr sofortige Gegenmaßnahmen. Sie beauftragten den Vorstand des Landesvereins, eine Protestresolution an die sächsische Regierung abzusenden in dem Sinne, daß die Oeffnung der Grenzen, die Aufhebung der sächsischen Fleischsondersteuer, die Herabsetzung der Zölle auf die Einfuhr von Futtermitteln usw. gefordert wird. Außerdem verpflichteten sich die anwesenden Delegierten, bei der nächsten Reichstagswahl nur für solche Kandidaten einzutreten, die Gegner der Lebensmittelverteuerungspolitik sind und sich verpflichten, für die Herabsetzung der Steuern und Zölle auf die lebensnotwendigkeiten mit allen Kräften wirken zu helfen.

Nach der Wahlschlacht.

Eine scharfe Absage richtet der Bezirkslehrerverein Olbernhau an das konservativ-agrarisch-antisemitische Wahlkomitee und den Kandidaten Fritzsche: „Nachdem der Wahlkampf vorüber ist, sieht sich der unterzeichnete Bezirkslehrerverein zu folgender Erklärung veranlaßt: Auf konservativ-reformerischer Seite hat man es nicht unterlassen können, noch am letzten Tage vor der Wahl die Lehrerschaft wegen ihrer Bestrebungen zur Hebung und Förderung des Schulwesens im allgemeinen, wie zur Reform des Religionsunterrichts im besondern zu verdächtigen, um dem Kandidaten der Liberalen, der fälschlicherweise als „Lehrerkandidat“ bezeichnet worden ist, Stimmen zu entziehen. Diese hinterlistige Kampfweise richtet sich selbst und wird wohl auch von jedem anständig Denkenden verurteilt. Die Lehrerschaft wird sich durch solche Angriffe in ihren Bestrebungen nicht irremachen lassen. Der Bezirkslehrerverein Olbernhau. Rich. Müller, Oberlehrer, zurzeit Vorsitzender.“

Ein Kommunalskandälchen.

Wie wir schon in einer der letzten Nummern berichteten, droht in Brunndöbra i. V. ein Kommunalskandal auszubrechen, der dadurch hervorgerufen worden ist, daß beim Weggang des 17 Jahre im Gemeindedienst gewesenen ehemaligen Gemeindekassierers Meinel ein Fehlbetrag in den Gemeindekassen von einigen tausend Mark entdeckt wurde. Nachdem die Staatsanwaltschaft Plauen die Einleitung des Strafverfahrens gegen Meinel abgelehnt hatte, da keine Beweise dafür vorhanden seien, daß er das „verschwundene“ Geld in seinem Nutzen verwendet habe, sitzt Meinel auf dem hohen Roß und greift den Gemeinderat und die Gemeindebeamten öffentlich fortgesetzt an und droht fortgesetzt, in dem vom Gemeinderat angedrohten Zivilstrafverfahren — „Verschiedenes“ aufdecken zu wollen. Da der Gemeinderat die Aussagen Meinels vor dem Untersuchungsrichter in Plauen in seinem letzten Sitzungsbericht veröffentlicht hat, legt jetzt Meinel in der Klingenthaler Zeitung von neuem los und schreibt da u. a.:

„. . . . Meine vom Gemeinderat veröffentlichten Aussagen sind richtig; nur befremdet es nicht nur mich allein, sondern auch viele Einwohner der Gemeinde Brunndöbra, daß der Name des betreffenden Schutzmannes nicht ausgeschrieben erscheint, auch wenn meine Aussagen „wörtlich“ wiedergegeben sind. Zufälligerweise sind gerade in der Gemeinde Brunndöbra drei Angestellte vorhanden, deren Familiennamen den angeführten Anfangsbuchstaben tragen, und ich nehme mit Bestimmtheit an, daß mit der vorbezeichneten kleinen Namensbezeichnung wohl der Schutzmann gemeint sein soll, der mir in Plauen einige Male gegenübergestellt wurde. All die von Anfang der Sache bis zur Stunde entstandenen Widerwärtigkeiten wären sicherlich nicht vorgekommen, wenn ich die vor langen Jahren wahrgenommenen Dienstgeschäfte des Betreffenden meinem dereinstigen Vorgesetzten, Herrn Gemeindevorstand Trommer, hätte kund tun können. In dieser Hinsicht will ich an dieser Stelle nicht sprechen. Sämtliche Sachen der Angelegenheit sollen der Oeffentlichkeit überwiesen werden und ich ersuche die Herren Mitglieder des Gemeinderates, dahin zu streben, auch alle Aussagen wörtlich bekannt zu geben, die Herr Gemeindevorstand Trommer bisher in der Sache zu Protokoll gegeben und in meiner Gegenwart vor dem Herrn Untersuchungsrichter in Plauen getan hat. . . . .“

Auf Grund dieser Angriffe ergreift nun auch in derselben Zeitung der Schutzmann Tenner das Wort, und aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß, sobald die Sache zur gerichtlichen Verhandlung kommt, man sich noch auf ganz sensationelle „Enthüllungen“ gefaßt machen kann. Der Schutzmann schreibt:

Wenn der ehemalige Kassenverwalter Meinel während seiner 17jährigen Dienstzeit ein so tüchtiger und gewissenhafter Beamter gewesen sein will, so befremdet es mich um so mehr, daß er bei seiner Abreise seine Mitarbeiter noch mit in das Spiel zieht und dieselben beschuldigt, einen vor seiner Abreise vorhandenen Geldbeutel mit 600 M. Inhalt entwendet zu haben. (!!) Deshalb wurde Herr Expedient Salveter (jetzt in Bärenstein) wiederholt vor dem Gericht vernommen. (!) Meinel schreibt wohl in seinem Eingesandt, daß er dem Schutzmann vor dem Untersuchungsrichter gegenübergestellt wurde, aber vom Vorhalt, der ihm getan wurde, veröffentlicht er nichts, auch über das schweigt er sich aus, was er für „unwahr“ erklärt hat und auf Vorhalt des Untersuchungsrichters zugestehen mußte. Ich sehe ebenso der Sache ruhig entgegen, wie der ehemalige Kassierer Meinel es tun zu können glaubt.

Brunndöbra, am 27. August 1910. Tenner, Schutzmann.

Zu bedauern ist, daß die Klingenthaler Zeitung seine Spalten nunmehr in dieser, für die weiteste Oeffentlichkeit interessanten Angelegenheit geschlossen hat. Dadurch ist es dem Gemeindevorstand Trommer nicht möglich, mit seinen „Enthüllungen“ zum Worte kommen zu können. Immerhin verspricht die Sache, sobald es zur gerichtlichen Verhandlung kommt, noch ganz interessant zu werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Als die 73 Jahre alte Witwe Ernestine Fiedler in Mildenau im Begriff war, den Ofen zu heizen, fiel ein Funke unbemerkt in ihre Kleider. Als die Frau ins Freie hinaustreten wollte, schlugen die Flammen plötzlich an ihrem Rücken empor. Obwohl Leute sofort zu Hilfe herbeieilten, war die Verunglückte bereits schwer verbrannt und ist inzwischen unter qualvollen Schmerzen verschieden. — Beim Fußballwettspiel erlitt in Plauen i. V. ein Spieler bei einem Zusammenstoß einen schweren Unterschenkelbruch und mußte ins Krankenhaus gefahren werden. — Im Stadtteil Haselbrunn in Plauen i. V. stürzte der Markthelfer Leisner von einer Schiffsschaukel und wurde gegen eine Holzplanke geschleudert. Er erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — In Abwesenheit der Eltern fiel beim Spielen das ¾ Jahre alte Kind eines Färbereiarbeiters in Frößen in einen mit Wasser gefüllten Eimer und ertrank. — Ein bedeutender Juwelendiebstahl, der am letzten Mittwoch in Warnsdorf verübt worden war, hat jetzt in Zittau seine Aufklärung gefunden. An dem genannten Tage waren einem Fräulein Prasse in Warnsdorf Juwelen im Werte von 1800 Kronen auf unerklärliche Weise entwendet worden. Die Juwelen wurden jetzt in dem Pfandleihgeschäft von Wiedemuth in Zittau ermittelt. Dort hatte sie der Dieb für 10 M. verpfändet. — In Großdessa wurden dem Knopffabrikarbeiter Liebchen durch einen zu früh losgegangenen Böllerschuß zwei Finger der linken Hand weggerissen. — Bei Dornreichenbach wurde ein 18 Jahre alter Ziseleurlehrling aus Wurzen beim Wildern betroffen. Er war mit Jagdgewehr und Patronen ausgerüstet. Beim Herannahen des Jagdpächters ergriff der Lehrling die Flucht und ließ über hundert Stück Patronen zurück. Das Geld zu der Ausrüstung hatte sich der jugendliche Wilderer dadurch zu verschaffen gewußt, daß er auf das Konto seines Vaters 165 M. von der Bank abhob. — Eine folgenschwere Revolverschießerei trug sich in dem Hotel Zur Stadt Reichenberg in Grottau zu. Dort war in vorgerückter Stunde noch eine Gesellschaft junger Männer bei einem Zechgelage versammelt, als einer der Beteiligten, der Fabrikbesitzer Hans Müller aus Grottau, mit einem Revolver auf die Zimmeruhr zu schießen begann. Dabei trat der in den 20er Jahren stehende Student Dunzmann zufällig in die Schußlinie und wurde durch eine Kugel in den Unterleib getroffen und schwer verwundet. Er wurde nach Zittau in die Klinik gebracht, wo eine bösartige Darmverletzung festgestellt wurde, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Stadt-Chronik.

Unangemessene Schülerbehandlung.

Vor dem Schöffengericht zu Döhlen hatte sich gestern wegen Mißhandlung von Schulkindern bezw. Ueberschreitung des Züchtigungsrechts der Oberlehrer Uhlich von Jauckerode zu verantworten. Ueber einen der zur Verhandlung stehenden Fälle berichteten auch wir vor einigen Monaten unter der Ortsbezeichnung Potschappel. In der betreffenden Notiz wurde gesagt, daß Uhlich der zehnjährigen Liska Weikert während der Pause auf der Treppe eine Ohrfeige gab, weil das Kind aus Versehen ihn anstieß. Die Folge davon sei eine Gehirnerschütterung, Zerreißung des Trommelfells, Bluterguß und Verlust des Gehörs gewesen. Durch diese Notiz fühlte sich auf Anraten des Schulrats Fink der Lehrer Uhlich veranlaßt, die Staatsanwaltschaft um Erhebung der Anklage wegen Beleidigung gegen unseren verantwortlichen Redakteur im öffentlichen Interesse zu ersuchen. Dieses Verfahren schwebt gegenwärtig noch.

Zu der Verhandlung gegen den Oberlehrer Uhlich war ein großer Zeugenapparat aufgeboten worden — zumeist Schulkinder und deren Eltern. Die Anklage legt dem Oberlehrer vier Fälle von Körperverletzung zur Last. Der eine Fall betrifft die erwähnte Ohrfeige; im zweiten Falle soll ein Konfirmand unschuldig eine Ohrfeige erhalten haben, daß ihm der Backen dick aufschwoll. Der dritte Fall betrifft ein Mädchen, das ganz unmotiviert drei Ohrfeigen bekam, und der vierte den siebenjährigen Bruder des Mädchens, der mit dem Stocke so geschlagen wurde, daß er dicke Striemen auf dem Gesäß, auf dem Rücken und auf der Schulter aufwies. In dem ersten von uns berichteten Falle bestreitet U., überhaupt eine Ohrfeige gegeben zu haben, den zweiten Fall gibt er zu, im dritten Falle will er nur eine Ohrfeige und im vierten Falle nur einen leichten Stockschlag verabreicht haben.

Die Zeugenvernehmung brachte ein anderes Resultat. So bekundete der 15 Jahre alte Arbeiter Pippner, er habe ohne jeden Anlaß kurz vor Ostern vom Angeklagten eine solche Ohrfeige bekommen, daß ihm der Backen anschwoll. Es waren irgendwelche Dummheiten gemacht worden. Oberlehrer U. sagte zu dem Zeugen: „Nun, was hast du denn da gemacht?“ Der Zeuge antwortete: „Ich weiß nichts.“ Darauf erhielt er mit den Worten: „Du willst wohl schon wieder lügen!“ die Ohrfeige. Dieser Fall wurde dahin aufgeklärt, daß der Bruder des Geschlagenen zu den Uebeltätern gehörte und der Zeuge irrtümlich bestraft wurde. — Die Mutter des Zeugen bekundete, daß sie noch zur selben Stunde zu dem Angeklagten gegangen sei, um ihn zur Rede zu stellen. Durch den Schreck habe sich ein Blasenleiden bei ihrem Sohne sehr verschlimmert. Die Augen waren infolge des Schlags ganz verschwollen; er konnte am andern Tage nicht in die Schule gehen. — Der siebenjährige Schulknabe Rudolf Nagel erzählte, auf das Gesäß und auf die Schultern mit dem Stock geschlagen worden zu sein, daß er Schwielen hatte. Der Junge ist ein kleines, schwächliches Kind. Seine Mutter bekundet, daß ihr Kind damals Unterhosen anhatte. Trotzdem hätte es noch lange Zeit danach an den Wirbelknochen Schwielen gehabt. Sie hat öfters bei dem Knaben Schwielen auf dem Gesäß, auf dem Rücken, auf den Schultern und auf den Beinen gefunden. Ihr Mann wollte schon früher Anzeige erstatten, hat es aber immer wieder gelassen, bis er schließlich die Geduld verlor. Sie hat die letzte Mißhandlung dem Pfarrer Schimpf als dem Ortsschulinspektor angezeigt und diesem auch noch Spuren von Stockschlägen gezeigt. — Der Pfarrer Schimpf ist kommissarisch vernommen worden. Er hat Schwielen festgestellt und ist der Ansicht, daß eine solche Züchtigung nicht angebracht gewesen sei; eine Ermahnung des Kindes hätte auch ausgereicht. Früher seien ihm mehrfach Klagen über Uhlich zugegangen, in der letzten Zeit, außer einem Falle im Jahre 1907, keine. — Die neunjährige Gertrud Nagel wollte ihren Bruder bei dem Oberlehrer entschuldigen. Sie klopfte bei ihm an. Da keine Antwort erfolgte und nicht geöffnet wurde, glaubte sie, ihr Klopfen sei nicht gehört worden. Sie klopfte noch einmal stärker. Da sei der Oberlehrer herausgekommen und habe ihr mit den Worten: „Kannst du nicht warten!“ drei kräftige Ohrfeigen links und rechts gegeben. — Ueber den von uns berichteten Fall sagte die zehnjährige Liska Weikert aus, sie sei mit zwei Freundinnen die Treppe heraufgekommen. Unten hätte der Lehrer Weber gerade zwei Jungen vorgehabt, die sich kampelten. Sie sei deshalb rückwärts heraufgegangen, um den Vorfall zu beobachten. Ziemlich oben sei sie an den Oberlehrer angestoßen, worauf dieser ihr eine Ohrfeige gab. Nach einigen Stunden habe sie Ohrenreißen bekommen, zu Hause aber noch nichts von der Ohrfeige gesagt, bis es am Abend schlimmer wurde.

Sanitätsrat Dr. Herrnbacher wird als sachverständiger Zeuge vernommen. Er untersuchte das Kind noch am gleichen Abend oberflächlich und am folgenden Tage genau. Das Kind war sonst gesund, hatte aber große Schmerzen im Ohr. Man sagte ihm, das Mädchen habe eine Ohrfeige erhalten. Darauf habe er noch erwidert, das müsse aber eine tüchtige gewesen sein. Bei der eingehenden Untersuchung am anderen Morgen fand er Blut im äußeren Gehörgang, das Trommelfell war verletzt, das Kind hörte auf diesem Ohre nichts. Später verschwanden nach und nach die Schmerzen.

Verteidiger Dr. Klotz: In der Notiz der Dresdner Volkszeitung hieß es: „Der Arzt konstatierte Gehirnerschütterung, Bluterguß ins Ohr, Zerspringen des Trommelfells und Verlust des Gehörs.“ Von einer Gehirnerschütterung und Verlust des Gehörs kann demnach nicht die Rede sein. — Dr. H. bemerkte dazu, er stehe der Veröffentlichung vollständig fern. Eine Gehirnerschütterung liege nicht vor, **das Gehör habe das Mädchen damals aber tatsächlich verloren.**

Der Sachverständige Dr. Dobbermund hat bei der Untersuchung ebenso wie Dr. H. ein eingezogenes Trommelfell gefunden. Ferner fand er stark vergrößerte Mandeln. Das eingezogene Trommelfell lasse auf eine nicht genügend luftdurchlässige Eustachische Röhre schließen. Bei damit behafteten Menschen sei aber das Trommelfell ganz besonders

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

empfindlich. Schon bei einer geringen Einwirkung könne das Trommelfell platzen. Die Wahrscheinlichkeit spreche in diesem Falle dafür, daß das Zerplatzen des Trommelfells durch eine Ohrfeige hervorgerufen worden ist, es sei aber auch nicht unmöglich, daß das Mädchen nur an den Angeklagten angestoßen und dadurch das Trommelfell geplatzt ist. Es sei auch nicht unbedingt nötig, daß bereits in den ersten Stunden nach dem Zerspringen des Trommelfells Gehörsstörungen eintreten.

Als weiterer Zeuge wurde der Bergmann Weikert vernommen. Als dieser mittags nach Hause kam, lehnte seine Tochter mit dem Kopfe am Ofen und klagte über Ohrenreißen. Im Laufe des Tages wurden die Schmerzen heftiger. Auf die Frage des Verteidigers, ob er durch den Kaufmann Däberitz zu der Anzeige und der Veröffentlichung in der Dresdner Volkszeitung veranlaßt worden sei, gibt er eine verneinende Antwort. Er habe die Notiz nicht veranlaßt. Der Verteidiger vermutet ein Komplott gegen den Angeklagten, an dessen Spitze der Kaufmann Däberitz stehe, der schon 1907 für mehrere Einwohner Beschwerde gegen U. geführt habe.

Schulrat Konrad Oskar Fink ist Bezirksschulinspektor. Seine Darlegungen sind recht merkwürdig. In der letzten Zeit seien mehrfach Klagen wegen Ohrfeigen gekommen. An die Lehrer sei deshalb eine Verfügung erlassen worden, „wonach die Kinder tunlichst nicht an den Kopf geschlagen werden sollen". Ohrfeigen fasse er nur als „tätliche Zurechtweisung oder Ermunterung" auf, als wohlüberlegte Strafmaßregel seien sie hingegen nicht gestattet. Schwielen seien an geeigneten Körperteilen nicht als Folgen einer Ueberschreitung des Züchtigungsrechts anzusehen, befänden sie sich dagegen an ungeeigneten Körperteilen, so würden sie als solche aufzufassen sein. Bei einer regelrechten Züchtigung mit dem Stock auf das Gesäß z. B. können und müssen Schwielen entstehen, wenn es eine Züchtigung sein soll. Er traue U. nicht zu, daß er selbst in der Erregung ein Kind derart züchtigen würde, daß es körperliche Nachteile davon haben könnte. Wegen der Zeitungsnotiz habe er U. geraten, bei der Staatsanwaltschaft die Bitte vorzubringen, seinen Ruf zu schützen. In dem Strafsystem in der Volksschule bestehe jetzt entschieden eine Lücke, so daß solche „tätliche Zurechtweisungen" notwendig und entschuldbar erscheinen.

Nun werden wieder einige „Tatzeugen" vernommen. Das 10jährige Schulmädchen Schiffel hat genau gesehen, wie der Oberlehrer U. der Weikert eine Ohrfeige gab. Die 11 Jahre alte Pretzsch hat genau gesehen, wie U. auf der Treppe einem Mädchen, das an ihn anrannte, eine Ohrfeige gab. Am anderen Morgen erfuhr sie, daß dies die Weikert war. Der Amtsanwalt will nicht bestreiten, daß an der Schule des Angeklagten Züchtigungen manchmal notwendig seien, U. habe aber nicht gewissenhaft geprüft, wenn eine Züchtigung angebracht war! Den Fall Weikert halte er nicht für voll erwiesen. Bei der dürftigen Beschaffenheit des Knaben Rudolf Nagel durfte er aber nicht in dieser Weise zuschlagen. Hier beantrage er Bestrafung wegen fahrlässiger Körperverletzung. In den Fällen Pippner und Gertrud Nagel handle es sich um absolut rechtswidrige Körperverletzungen. Das Züchtigungsrecht sei gesetzlich geregelt und U. mußte sich bewußt sein, daß er ohne genügende Veranlassung nicht schlagen durfte. Hier beantragt er Bestrafung wegen vorsätzlicher Körperverletzung.

Der Angeklagte beteuerte, kein Prügelpädagoge zu sein. Er käme ohne jede Züchtigung aus, wenn die Lehrer vom Elternhause aus unterstützt würden. Er habe auch den Versuch gemacht, die Eltern zur Mitarbeit heranzuziehen, der Versuch sei aber erfolglos gewesen. Dann betonte er die Schwierigkeiten seiner Stellung. Ein Schuldirektor könne die Aufsicht über seine Schule mit mehr Muse führen, denn er habe nur 15 Stunden Unterricht in der Woche. Er dagegen habe deren insgesamt 36 und müsse extra noch die Aufsicht führen, wie jeder Schuldirektor.

Das Urteil lautete auf Freisprechung. Das Gericht erblickte in den Ohrfeigen und Stockschlägen keine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts. Im Falle Weikert sei nicht der Beweis erbracht, daß die Erkrankung des Mädchens von der Ohrfeige herrühre.

Aus einem modernen städtischen Betrieb.

Der Gemeindearbeiterverband schreibt uns: „In allen Tonarten hat man bei den Eröffnungsfeierlichkeiten und in der Presse den neuen städtischen Schlacht- und Viehhof als ein vollendetes Musterinstitut gepriesen und gesagt, daß alle Errungenschaften der modernen Technik zur Anwendung gebracht werden, um etwas ganz Hervorragendes zu schaffen. Da sollte man auch meinen, daß den hier beschäftigten zahlreichen Arbeitern ebenfalls ein modernes Arbeitsverhältnis geboten würde. Doch leider ist dem nicht so; im Gegenteil, geradezu beschämende Zustände herrschen hierin. Die für alle städtischen Arbeiter geschaffenen einheitlichen Grundsätze über die Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses scheint man in diesem Betrieb nicht zu kennen, ebenso wenig die Allgemeine Arbeiter-Ordnung. Es könnte sonst nicht vorkommen, daß man den Arbeitern für ihre schwere Arbeit ganze 35 Pf. Stundenlohn zahlt. Nach der im vorigen Jahre erfolgten Lohnregelung müssen aber allermindesten 37 Pf. gezahlt werden. Weiß man das im Schlachthof nicht? Vom Tiefbauamte ist eine Anzahl Arbeiter mit übernommen worden. Sie haben eine mehrjährige Dienstzeit hinter sich, diese will man ihnen aber nicht anrechnen, sondern sie sollen sich ebenfalls mit 35 Pf. zufrieden geben. Das bedeutet für diese Arbeiter einen Lohnverlust von 4 Pf. und mehr pro Stunde! Wir fragen hiermit die maßgebenden Instanzen: Wer hat diese Anordnung getroffen? Ferner werden keine Ueberstunden bezahlt, obgleich dies in der Allgemeinen Arbeiterordnung ausdrücklich angeordnet ist. An den Markt- und Schlachttagen müssen die Arbeiter auf ihre Essenspausen verzichten, weil keine Zeit dazu da ist, sie sollen ihren Hunger nebenbei stillen. Schön, wenn es wirklich der Geschäftsbetrieb nicht zuläßt, die Pausen einzuhalten, dann soll man aber den Arbeitern die Zeit bezahlen. Das geschieht aber nicht, sondern es werden eben nur zehn Stunden bezahlt. Und wenn sich die Arbeiter unterstehen, abends einige Minuten vor Schluß der Arbeit sich zu reinigen und anzukleiden, da kommt der Herr Inspektor und schnauzt die Leute an, wie sie sich die Fre—heit nehmen könnten, vor der Zeit aufzuhören. Wie in allen übrigen städtischen Betrieben, so ist auch in diesem Betrieb an Antreibern kein Mangel. So sind, um nur ein Beispiel anzuführen, in der Kleinviehhalle drei Arbeiter und vier Beamte! Für diesmal soll es sich mit diesen Ausführungen bewenden. Wir können aber nicht unterlassen, an den Rat die Frage zu richten: Sind ihm diese Zustände bekannt? Hat er die Anordnung getroffen, daß die Arbeiter auf dem Schlacht- und Viehhof anders behandelt werden als die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe und als es nach den einheitlichen Grundsätzen geschehen soll? Wir verlangen schleunigste Abhilfe, wenn nicht die Arbeiter zu unbesonnenen Schritten gezwungen werden sollen.

Ungehörigkeiten.

Eine starke Ungehörigkeit, die auch nicht ohne Gefahr für das Publikum ist, erlaubten sich gestern im Zoologischen Garten viele Besucher. Als die Samoaner ihr „Festmahl" verzehrten und Kostproben davon an das Publikum austeilten, drängten ganze Scharen in den abgezäunten Teil und waren selbst durch die energischen Vorstellungen des Direktors nicht zum Verlassen des Platzes zu bewegen. Dabei muß man bedenken, daß sich auf dem Platze ein Teich sowie glühend heiße Steine befanden. Wie leicht kann da ein Kind in den Teich geraten oder auf die heißen Steine fallen. Außerdem können leicht Beschädigungen der teilweise wertvollen ethnographischen Gegenstände vorkommen. Vielleicht wird das Betreten des Platzes durch das Publikum aber auch vermieden, wenn das Austeilen von „Kostproben" unterbleibt. Auf alle Fälle müßte das Publikum aber auch so viel Anstand bewahren und den Anordnungen des Aufsichtführenden folgen.

„Natur-Heilkunde." Vor einiger Zeit hob die Polizei im englischen Viertel ein Nest aus, wo unter dem Aushängeschild „Massage" alles Mögliche, nur keine Naturheilkunde getrieben wurde. Die Inhaber, das Ehepaar Kämpf, wurden verhaftet, ebenso eine Reihe „Kunden" aus besseren Kreisen. Während der Untersuchungshaft machte der Ehemann Alfons Walter Kämpf, Naturheilkundiger, seinem Leben freiwillig durch Erhängen ein Ende. Die Ehefrau, die Masseuse Anna Kämpf, hatte sich nun wegen Kuppelei und Vertrieb unsittlicher Bilder zu verantworten. Die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführte Verhandlung endete mit der Verurteilung der Angeklagten zu sechs Monaten und einer Woche Gefängnis.

Moritz I. ist zwar kein „Instrument des Himmels" aber doch ein außerordentlich geschickter und außerordentlich würdiger Herr. Gestern abend gab er im Viktoria-Salon nach glücklicher Genesung von einer Krankheit sein erstes Gastspiel und eroberte sich im Fluge laute Bewunderung und allgemeine Anerkennung. Wieviel Geduld mag dazu gehört haben, den „berühmten und größten" Schimpansen soweit zu bringen, daß seine erstaunlichen Leistungen fast den Eindruck machen, als lasse er sich bisweilen mehr durch eigene geniale Ueberlegung leiten als durch die Winke seines „Erziehers". Bisweilen scheint er allerdings seine gute Erziehung für Sekunden zu vergessen. Aber er ist dann fast noch amüsanter als bei seinen eigentlichen „Arbeiten". Seine Hoheit Moritz I. bringen sich zuweilen in den Verdacht, es gehöre eine Dosis von Schadenfreude mit zu seinen natürlichen Anlagen. Wir unterlassen es, ihn ausführlich als Gentleman mit Bügelfalte, Rollschuhläufer, Radfahrer und Akrobaten zu schildern, verschweigen höflich seine „Toilettengeheimnisse", sondern begnügen uns damit, unsern bescheidenen Teil mit dazu beizutragen, seinen Ruhm zu mehren. Sein Bruder Max ist noch weiter in der Kultur zurück: er kaut noch mit inbrünstigem Behagen an seinem Hosenträger herum und hat den Kultursegen von Lackschuhen und farbigen Strümpfen noch nicht in seinem ganzen Umfange begriffen. Aber wenn Max und Moritz Tandem fahren, geben beide Chimpanse-Hoheiten ein gar liebliches Bild schöner und brüderlicher Eintracht.

Im Zirkus Sidoli findet am Donnerstag eine große Monster-Vorstellung mit einem Programm von 50 Nummern statt. Am Freitag findet eine Wiederholung dieser Vorstellung mit neuem Programm statt. Am Sonnabend nachmittag um 4 Uhr ist eine Ausnahme-Matinee bei halben Preisen für groß und klein und abends findet eine Gala-Sportvorstellung statt. Am Sonntag sind zwei große Festvorstellungen.

Vermischte Nachrichten. In der Schloßstraße stieß eine Automobildroschke mit einem aus der Rosmarinstraße kommenden Handwagen zusammen, ohne weiteres Unglück anzurichten. Beide Gefährte konnten mit leichten Beschädigungen ihre Fahrt fortsetzen. — Ein Angestellter eines Bankhauses in Dresden-Neustadt rannte mit seinem Kraftrad bei dem Versuch, einem in den Weg laufenden Passanten auszuweichen, an der Ecke Zöllner- und Nicolaistraße an ein Haus. Hierbei wurde das Rad völlig demoliert. Der Motorfahrer erlitt bei dem Sturze u. a. eine Auskugelung des rechten Schultergelenks und einen Schlüsselbeinbruch. Im Karolahause wurde ihm die erste Hilfe geleistet. — Ein Versicherungsbeamter aus Breslau schoß sich im König-Albert-Park eine Kugel in die rechte Schläfe. Er brachte sich jedoch nur leichtere Verletzungen bei. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt. — Im Wiener Prater ist am 27. August abends ein etwa 25jähriger Mann plötzlich zusammengestürzt. Die Freiwillige Rettungsgesellschaft stellte den durch Herzschlag erfolgten Eintritt des Todes fest. Man fand bei dem Toten Visitenkarten, die auf den Namen Paul Langer, Dresden, Borsbergstraße 27, lauten. — Nachdem die neue Brücke dem Verkehr übergeben worden ist, geht man unverzüglich daran, die Hilfsbrücke wieder abzubrechen. Das Bauwerk, das einen Kostenaufwand von rund 450 000 M. erforderte, besaß eine Gesamtlänge von 380 Metern, während die neue Friedrich-August-Brücke nur 328 Meter lang ist.

Gewerbegericht.

Der Fabrikant und Stadtrat Kändler hatte in einem Villenneubau die elektrische Klingel- und Lichtanlage übertragen erhalten. Die Arbeiten wurden von einem Ingenieur geleitet. Der Elektrotechniker Lindner fungierte unter diesem als Obermonteur. Zuletzt legte der Ingenieur die Leitung ganz nieder und Kändler übertrug die Fertigstellung bezw. Leitung der Anlage Lindner. Schon unter der Leitung des Ingenieurs hatte Lindner die Kontrolle der Arbeiten. Insbesondere mußte er aufzeichnen, was an Arbeit mehr geleistet wurde, als im Anschlage vorgesehen war. Ebenso mußte er die Aenderungen verzeichnen. Als die Anlage in der Hauptsache fertiggestellt war, wurde Lindner krank. Kändler stellte ihm ein sehr gutes Zeugnis aus und bestätigte ihm auch die Tätigkeit als Obermonteur. Hinterher will er aber verschiedene Fehler in der Anlage entdeckt haben, für die er die Schuld Lindner beimißt. Er klagt deshalb auf Rückgabe des Zeugnisses und fordert außerdem die Vollziehung eines Ausweises durch Lindner, in dem dieser erklärt, daß seine Aufzeichnungen über die außer Anschlag gemachten Arbeiten richtig sind. Lindner bestreitet eine Verpflichtung zur Unterschrift des Ausweises. Der Anschlag habe ihm gar nicht vorgelegen. Infolgedessen könne er auch nicht sagen, welche Arbeiten als solche „außer Anschlag" anzusehen sind. Er ist aber bereit, zu bestätigen, daß seine Aufzeichnungen, die nicht in den ihm vorgelegenen Zeichnungen enthalten sind, richtig sind. Bezüglich des Zeugnisses mache er gar keinen Anspruch darauf, als Obermonteur bezeichnet zu werden, wenn er auch bestreiten müsse, daß sich in der Anlage von ihm verschuldete Fehler befanden. Die Parteien einigen sich dahin, daß der Beklagte den Ausweis in der von ihm gewünschten abgeänderten Form unterzeichnet und der Kläger ihm ein in bezug auf den Wert unverändertes Zeugnis als selbständiger Monteur ausstellt. Im übrigen verzichten beide auf alle weiteren Ansprüche.

Ohne Grund wurde der Kutscher Tennewitz von dem Fuhrwerksbesitzer Wolf entlassen. Ueber Kündigung war nichts vereinbart; der Kutscher beanspruchte deshalb 45 M. Lohnentschädigung für 14 Tage gesetzliche Kündigungsfrist. Der Beklagte ist in der Fuhrherrenzwangsorganisiert, die mit dem Transportarbeiterverbande einen Tarif abgeschlossen hat. Da der Tarif eine Kündigung ausschließt, stützt sich der Beklagte auf diese Bestimmung. Der Kläger ist im Gemeindearbeiterverband organisiert und vertritt deshalb den Standpunkt, für ihn der angezogene Tarif nichts angehe. Das Gericht entscheidet ab, dahin, daß Tarife in diesem Falle Gesetzeskraft erlangt hätten, nicht sie ein Gewohnheitsrecht schaffen. Da der Kläger auch den tarifmäßigen Lohn erhalten hat, gelte für ihn der Tarif, gleichviel, ob er organisiert ist oder nicht. Da die Entlassung morgens erfolgte, erhält der Kläger vergleichsweise 3 M.

Die Firma J. Otto A. Wenzel engagierte das Hausmädchen Weiß am 18. August für den 20. August vormittags 10 Uhr. Das Hausmädchen hatte aber mit ihrer Wirtin Differenzen wegen der Miete und verspätete sich deshalb zirka eine Stunde. Sie wurde trotz Darlegung der Gründe nun nicht mehr eingestellt, obwohl die Firma noch keinen Ersatz für sie hatte. Das Mädchen ging zunächst wieder, kehrte aber schon in einer halben Stunde zurück und verlangte 14tägige Kündigung — ihre Beschäftigung wurde abgelehnt. Da sie inzwischen andere Arbeit fand, fordert sie nur 21 M. Entschädigung. Da kein Grund zur sofortigen Entlassung vorliegt, empfahl das Gericht dem Inhaber der beklagten Firma, zu zahlen. Diese zahlt die 21 M. Entschädigung. (Vorsitzender: Gewerberichter Dr. Häntzsche. Unternehmerbeisitzer: Generaldirektor Keller und Mechaniker Meiser. Arbeiterbeisitzer: Elektromonteur John und Kellner Burkhardt.)

Aus der Umgebung.

Briesnitz. Ein bei einem hiesigen Handwerksmeister beschäftigter 19jähriger Sattlergehilfe aus Vorstadt Löbtau wurde wegen verschiedener Diebstähle durch die Gendarmerie festgenommen.

Coschütz. Donnerstag den 8. September, abends 1/2 8 Uhr, findet im hiesigen Rathaus öffentliche Gemeinderatssitzung statt.

Gittersee. Donnerstag den 8. September, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthof Gittersee eine wichtige Besprechung der organisierten Frauen und Mädchen unseres Bezirkes statt. Die Parteigenossen werden aufgefordert, ihre Frauen darauf aufmerksam zu machen.

Vereinskalender für Donnerstag.

Deutscher Holzarbeiterverband. Abends 7 Uhr allgemeine Delegierten-Versammlung im Volkshaus.

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund. (Ortsgruppe Dresden.) Abends 9 Uhr Versammlung im Volkshaus.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund (System Arends). Mitgliedschaft Gittersee. Abends 8 1/2 Uhr Uebungsabend in der Rehbockschenke.

Soziales.

Das Wohnungselend als Sittenverderber.

Grauenvolle sittliche Zustände, die durch ein typisches proletarisches Wohnungselend verschuldet sind, wurden in einer Verhandlung vor dem Landgericht Naumburg entrollt. Die Eheleute Geck in Weißenfels bewohnten mit ihren beiden Töchtern eine Wohnung, die nur zwei Räume umfaßt, und zwar Stube und Kammer. Im Winter reichte der Verdienst des Mannes, der bei Notstandsarbeiten beschäftigt war, nicht aus. Die Familie nahm deshalb einen Einlogierer auf, der die enge Wohnung mit ihr teilen mußte. Zwischen ihm und der sechzehnjährigen Tochter entwickelte sich ein „Verhältnis", das durch die Wohnungsverhältnisse alle Förderung erfuhr. Die ganze Familie und der Einmieter schliefen in ein und derselben Kammer. In einem Bette schlief die Mutter mit den beiden Töchtern, in andern der Vater mit dem Einmieter. Dieser auch nur den einfachsten Sittenbegriffen hohnsprechende Zustand führte dazu, daß der Einlogierer und die sechzehnjährige Tochter ihr „Verhältnis" auch in der Kammer, vor den Augen der Mutter und der anderen Tochter, einem zwölfjährigen Mädchen, pflegten. Wenn der Vater früh zur Arbeit gegangen war, nahm die leer gewordene Stelle im Bette, an der Seite des Logisherrn, die Tochter ein, und gelegentlich wurde sie auch von der Mutter hierzu animiert. Dieses scham- und sittenlose Treiben hatte der Logis„herr" monatelang mitgemacht, als es aber zu einem Zerwürfnis kam, entrüstete ihn dies erst ihm wohl sehr vergnüglich vorkommende Zucht- und Sittenlosigkeit so sehr, daß er Anzeige erstattete!

Die Frau hatte sich nun wegen Verkuppelung der eigenen Tochter zu verantworten. Da sie ein offenes Geständnis ablegte, kam der elende Denunziant darüber hinweg, über seine eigene Schmutzerei Zeugnis ablegen zu müssen. Die Frau wurde zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Die Frau, die hier nicht entschuldigt werden soll, geht ins Zuchthaus, aber das scheußliche Wohnungselend der Armen bleibt bestehen. Eine Gesellschaft, in deren Schoße solches physische und moralische Elend erwächst, ist die es wert, daß um ihre Erhaltung gekämpft wird? Ihre „Gesetze" sind noch nicht einmal imstande, den Hauptschuldigen — soweit persönliche Schuld vorliegt — hier den „Logisherrn", zu treffen.

Parteiangelegenheiten.

Verurteilter Redakteur.

Offenbach, 6. September. Der Redakteur der Leipziger Volkszeitung Bahrdt wurde wegen Beleidigung des Amtsrichters Seibert in Offenbach zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Bahrdt hatte einen Artikel der Frankfurter Volksstimme abgedruckt, in welchem die Maßnahmen des Amtsrichters Seibert in der Konkurssache des Offenbacher Konsumvereins einer scharfen Kritik unterzogen worden waren. Auch die Frankfurter Volksstimme wurde wegen dieses Artikels seinerzeit zu derselben Strafe verurteilt.

Briefkasten.

P. H. 23. Die Verlagshandlung Serbe, Leipzig, gibt derartige Adressenverzeichnisse heraus. Wenden Sie sich dorthin. Nähere Adresse wird nicht nötig sein.

Zwei Streitköpfe. Der Waldschlößchen-Boykott war im Jahre 1894. 1895 war dann im Waldschlößchen Maifeier.

Victoria-Salon.
Der berühmte **Schimpanse Moritz I.** und sein Bruder Max und das grosse Eröffnungs-Programm. Anfang 8 Uhr.
Sonntags: Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.
Tunnel: Der exzentrische Kapellmeister **A. Pamer.**
Anfang 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Leben • Wissen • Kunst

[illegible] ... „Als unvermeidlicher Zuschauer" ... „sagte ich den Apparat zunächst über den Boden laufen, um zu sehen, wie er sich verhalten würde. Er ging prachtvoll vorwärts. Dann konnte ich der Versuchung nicht mehr widerstehen. Ich wollte einen Flug versuchen. Ich riß die Hebel empor, und die Maschine machte einen schrecklichen Sprung in die Höhe. . . ." Das plötzliche Herabstürzen in die Luft erschreckte den Führer, er glaubte, sein letztes Stündlein habe geschlagen, und er dachte daran, was aus seiner armen Frau werden sollte, die ihn beschworen hatte, nicht sein Leben aufs Spiel zu setzen, und wie es seinen kleinen Kindern ergehen würde. . . . Wieder zog er an den Hebeln, um den Apparat auf den Boden zurückzubringen, aber die Hebel arbeiteten zu abrupt und die Maschine zerschmetterte beim Aufsetzen. Der Motor, der hinter ihm war, wurde aus seinem Lager geschleudert, aber zum Glück des Führers prallte er gegen eine hölzerne Stütze, die den Stoß milderte; er wäre sonst unrettbar verloren gewesen. Trotzdem setzte Bleriot seine Versuche fort, und mit der nächsten Maschine, die im September 1907 vollendet wurde, gelang ihm der erste wirkliche Flug. Sie brachte ihm vom Aeroklub die erste silberne Medaille, die ihm von allen Preisen noch heute der wertvollste scheint. Aber auch Bleriot VII ging in Trümmer wie die folgende. Wenn er zusammenrechnete, was seine Versuche ihm gekostet hatten, so konnte er verzweifeln: er hatte über 600 000 M. ausgegeben und war nahe dem Ruin. Seine nächsten Verwandten flehten ihn an, die fruchtlosen Versuche aufzugeben, aber wie ein Spieler glaubte er nicht innehalten zu können, ehe er das Verlorene zurückgewonnen hätte. Und es gelang. Mit dem Bleriot XI hatte er endlich den Apparat konstruiert, der ihn für alle Mühsale und materiellen Opfer entschädigen sollte.

Kleine Mitteilungen

Von dem Sammeleifer der Japaner, der meist eine sehr exzentrische Richtung einschlägt, weiß die Revue allerlei Amüsantes zu berichten. So herrschte im Jahre 1886 in Tokio die Mode, Kaninchen zu sammeln. Nach den seltenen Arten entstand eine wahre Hetzjagd, einzelne Exemplare wurden mit 4000 M. und mehr bezahlt, eine Art Kaninchenbörse entstand, wo Hausse und Baisse wechselten und Vermögen verloren wurden. Eines schönen Tags war die Mode zu Ende: man sammelte nun Tischdecken, und eine Weile später mit glühendem Eifer Streichholzschachteln, die wegen der aufgeklebten Bilder gesucht waren. Ein reicher Japaner ließ in Europa durch seine Agenten zerbrochene Teetassen sammeln. Eine Zeitlang herrschte die Manie, Frösche und Kröten zu Kolossen zu vereinen, die oft Riesenvermögen verschlangen.

Die Berliner Freie Volksbühne begann ihre Winterspielzeit mit dem Schauspiel „Streik" von dem Engländer Galsworthy. Das Stück bringt die alten Kontraste zwischen den miteinander kämpfenden Klassen, den Arbeitern und den Arbeitgebern zu starker Wirkung. Die Massenszenen wurden recht geschickt dargestellt.

Maxim Gorki, der Dichter des „Nachtasyls", hat ein neues vieraktiges Schauspiel „Sonderlinge" vollendet, das noch in dieser Saison am neuen dramatischen Theater in Petersburg aufgeführt wird.

Der Talisman, eine dreiaktige Oper, deren Text mit Genehmigung Ludwig Fuldas das dramatische Märchenspiel des Dichters mit einigen Kürzungen verwendet, ist vom Leipziger Stadttheater zur Uraufführung angenommen worden. Die Komponistin, Frau Adela Maddison, ist eine Schülerin Debussys.

Im städtischen Krankenhause zu Frankfurt a. M. berichtete Geheimrat Ehrlich über weitere erfolgreiche Behandlungsfälle durch Hata 606. Bisher seien 5700 Fälle bekannt, die fast alle gut verliefen. Die früher gemeldeten Todesfälle, auch der jüngste in Kopenhagen, betrafen Kranke mit schweren Störungen im Zentralnervensystem. Bei diesen allerschwersten Fällen sei von einer Injektion mit Hata 606 dringend abzuraten.

Ein Ortsgesetz gegen Verunstaltung des Stadtbildes hat auch Hannover erlassen. Es ist in erster Linie dazu bestimmt, die künstlerisch und historisch bedeutenden Bauwerke der Altstadt vor Verunstaltung zu schützen, soll aber auch im weiteren auf eine Verschönerung des Stadtbildes in den neuen Baubezirken hinwirken. Vorläufig ist es bis zum Ende des nächsten Jahres in Geltung und soll dann eine Nachprüfung erfahren. Hoffentlich hat das Statut den notwendigen Erfolg, das eigenartige Bild der Altstadt Hannover vor Entstellungen zu bewahren.

In seiner Geburtsstadt Verona ist dieser Tage der romantische Dichter Vittorio Betteloni im Alter von 70 Jahren gestorben; seine Novelle und die Gedichtsammlung „Im Frühling" haben ihm seinerzeit die Hochschätzung Carduccis erworben, auch verdankt man ihm italienische Uebersetzungen von Hamerlings Ahasverus in Rom und von Byrons Don Juan.

Der Beitritt Argentiniens zur Literaturkonvention ist nun vollzogen. Die Deputiertenkammer der argentinischen Republik in Buenos Aires genehmigte einstimmig das Gesetz betreffend das literarische und künstlerische Eigentum, sowie das Gesetz, durch das die in Berlin im Jahre 1906 unterzeichnete Konvention über Funkentelegraphie genehmigt wird.

Die alten National Bank of Spokane in Washington gebührt der Ruhm, die ersten antiseptischen, bazillenfreien Banknoten ausgegeben zu haben. Während das Schatzamt der Vereinigten Staaten noch Versuche anstellt, ist ihr die Spokane Bank mit ihrem gesundheitsgemäßen Gelde zuvorgekommen. 50 000 Dollar in Noten, die soeben von der Bank herausgegeben wurden, sind mit einer Farbe gedruckt, der reichlich Karbolsäure hinzugefügt ist. Auf diese Weise sind die Geldscheine mit einem Mittel versehen, das für die meisten schädlichen Keime ausreichend wirkt. — Die Hauptsache ist ja gewiß, daß die Billionäre [illegible] ein schmutziges Geld [illegible] ... Welt kann zu behandeln.

Aus Neuyork wird berichtet: Die Marconi-Gesellschaft hat einen besonderen Apparat für drahtlose Telegraphie konstruiert, der für das lenkbare Luftschiff Wellmans [illegible] soll, mit dem Walter Wellman seine verwegene Fahrt über den Atlantischen Ozean antreten will. Der Apparat ist besonders leicht gebaut und hat daher auch nur geringe Kraft, so daß die Botschaften nicht über 60 englische Meilen gesandt werden können. Das Instrument soll in einem Rettungsboot untergebracht werden, das an dem Luftschiff aufgehängt ist; als Telegraphist wird ein Beamter der Gesellschaft, J. R. Irwin, vom Dampfer St. Louis, fungieren. Irwin wird während des Flugs von Atlantic City nach Osten ständig Botschaften senden, die von den vorüberfahrenden Dampfern aufgenommen werden sollen. So wird es auch möglich sein, bei einem etwaigen Unfall mit Hilfe der drahtlosen Telegraphie Dampfer, die in der Nähe und gleichfalls mit diesen Apparaten ausgerüstet sind, zur Hilfe herbeizurufen.

Die Verwaltung des großen Amerikanischen Museums für Naturgeschichte in Neuyork hat eine Neuerung eingeführt, die vielleicht in anderen zoologischen Sammlungen Nachahmung finden wird. Man könnte sie als die Erneuerung von Mannequins bezeichnen: Männchen, d. h. Gliederpuppen bezeichnen, wie sie durch die Pariser Mode, freilich in etwas anderem Sinne, allgemein bekannt geworden sind. Die großen Säugetiere sollen nun nicht mehr ausgestopft werden, sondern die Felle werden auf sorgfältig gearbeitete Tonmodelle der lebenden Tierkörper aufgepaßt. Nachdem diese Mannequins eine volle Modellierung erfahren haben, werden sie von Künstlerhand vollendet. Bisher ist das neue Verfahren an einem Zebra und einem Nilpferd erprobt worden und soll weiter bei der Sammlung großer Säugetiere, die von Roosevelt in Afrika erbeutet worden ist, zur Verwendung kommen.

Es war vorauszusehen, daß die Schaffung des Riesenkabels durch den Stillen Ozean, des längsten der Welt, zu weiteren Folgen für die Verbesserung des Telegraphenwesens der Erde führen würde. Dies ist jetzt geschehen durch die Vollendung einer neuen direkten Telegraphenlinie durch das ganze Gebiet von Kanada, die von der Großstadt Montreal im Osten bis nach der Station Bamfield Creek verläuft, wo das Pazifische Kabel erreicht. Infolgedessen ist dieses mit einer neuen Landlinie von fast 5000 Kilometer Länge in Verbindung gesetzt worden, und man wird jetzt von der Fanningsinsel im Stillen Ozean bis nach Montreal fast 11 000 Kilometer weit mit einer einzigen Uebertragung telegraphieren können. Nach einer Mitteilung der Nature erwartet die Verwaltung des Pazifischen Kabels, auf diesem neuen Wege die mittlere Zeit für Depeschen zwischen Ostasien und Australien einerseits und London andererseits um eine volle Viertelstunde verkürzen zu können.

Heiteres

Der Viehstand. Im Handbuch des größeren Grundbesitzes, herausgegeben vom Bayrischen Landwirtschaftsrat, findet sich auf Seite 387 bei Beschreibung der Besitzungen der Freiherren August und Oskar v. Feilitzsch folgende Angabe:

„Der Viehstand zählt zwei Pferde und zirka 16 Stück Rindvieh (solange die Besitzer nicht selbst auf dem Gute wohnen)."

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 8. September. Opernhaus (Altstadt): Geschlossen. — Schauspielhaus (Neustadt): Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in vier Akten. Musik von J. Offenbach. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Der fidele Bauer. Anfang 7½ Uhr.

Volkssingakademie (gemischter Chor). Uebungen und Aufnahmen neuer singender und zahlender Mitglieder jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr, im Volkshaus. Wochenbeitrag 10 Pf., worauf freier Eintritt zu allen Veranstaltungen, freie Benutzung der Bibliothek, freier Eintritt zu den Gewerbehaus- und anderen Konzerten usw. gewährt wird.

Arbeiter-Bibliotheken.

Die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Neustadt ist von jetzt an jeden Sonnabend von 8½ bis 10 Uhr ebenso in jeder Vereinsversammlung im Vereinslokal Zur Linde, Kesselsdorfer Straße, geöffnet. Sie bietet eine gute Auswahl von Partei-, wissenschaftlicher und Unterhaltungsliteratur; jedes Mitglied sollte es sich angelegen sein lassen, von der Bibliothek zu seiner Fortbildung so oft wie möglich Gebrauch zu machen.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Gruppe Dresden-Neustadt. Donnerstag Musik- und Rezitationsabend im Orpheum.

Gruppe Johannstadt. Mittwoch abend 8½ Uhr bei Starke, Zöllnerstr. 33, Vortrag des Genossen Kreher: „Jenseits der Polargrenzen".

Gruppe Gorbitz und Umgegend. Donnerstag abend 8½ Uhr im Gasthof zu Roßthal, Rezitationsabend, wozu wir den Wanderklub und den Jugendverein von Bobritzsch einladen.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 207 — Dresden 7. September — 1910

Alpenwanderungen

4

Ueber das Hochjoch nach Vent

Aufbruch einige Minuten nach 4 Uhr früh. Es war etwas kühl, der Himmel ein wenig bewölkt, zum Steigen aber gerade geeignet. Gierig saugt die Lunge die reine, frische Bergluft! Das ist Labsal! Man geht sonst über die Ramolhütte, 3002 Meter hoch gelegen, nach dem Joch. Da die Hütte jedoch noch geschlossen war, der Weg zu zwei Dritteln im tiefen Schnee lag, steuerten wir direkt auf unser Ziel los. Zunächst ging es auf festem Boden in Serpentinen hinan, unmittelbar an dem zerrissenen Gurglgletscher vorüber, dessen gähnende Spalten deutlich zu erkennen waren. Wie eine riesige Zunge liegt diese ungeheure Eismasse zwischen Bergriesen hingestreckt. Der Gurgler ist einer der größten und schönsten Gletscher Tirols. Wir kommen an größere Schneefelder, hie und da müssen wir über ein Wasser springen. Nach etwa zweistündigem Steigen aber haben wir bis hinauf nur noch ungeheure Schneemassen vor uns. Die Sonne bricht durch; die frische Luft und mäßiger Wind aber mildern die Last ihrer Strahlen. Immer mehr erschließt sich dem Auge der Blick in die eisgepanzerte Umgebung, wenn wir, von Zeit zu Zeit stehend, einen Moment ruhen. In gleicher Höhe mit der Hütte, die prächtig auf einem Felsenvorsprung liegt, halten wir einige Minuten Umschau. Das steilste Stück haben wir noch zu bewältigen. Wir gehen dort hintereinander, der Führer vor mir. Er hält den linken Arm nach rückwärts, damit ich meine linke Hand in die feine Klammern kann. Er tritt Stufen, in die ich dann meine Beine folgen lasse. So geht es im gleichen, langsamen Tritt aufwärts, als stiegen wir eine recht steile Treppe empor. Bei jedem Schritt berührt mein Fuß seinen Absatz. So schräg geht es hinauf! Hinter uns gähnende Tiefe. Hier ausrutschen heißt ohne Halt Hunderte von Metern auf der glatten weichen Fläche im Blitztempo hinabsausen! Also Vorsicht! Die letzten 50 Meter geht es fast senkrecht hinauf. Dann ist es erreicht! Das Gefühl, das einen am Ziel nach so ungeheurer Anstrengung überkommt, ist nicht zu beschreiben!

Wir stehen auf dem weiten Joch, 3194 Meter hoch, dem höchsten und schönsten Uebergang in den Oetztaler Alpen. Das Bild ringsum ist überwältigend. Alle Mühe und Beschwerde ist vergessen, Herz und Lunge haben sich bald beruhigt. Wir waren netto fünf Stunden, die 1270 Meter heraufgestiegen, davon etwa zwei Drittel im Schnee! — Die Oetztaler Alpen gelten als die klassische Bergwelt Tirols. 86 Gletscher und mehr als 100 über 3000 Meter hohe Gipfel zählen sie! Aber weit über dieses Gebiet erstreckt sich die Fernsicht vom Ramoljoch! Man sieht die Stubaierkette, ganz im Hintergrund sogar einen Teil der Hohentauern, und ganz südlich grüßen die grauen und seltsam schroffen Spitzen und Wände der Dolomiten herüber. Auf der anderen Seite liegt der mächtige Similaun. Ringsum, in unmittelbarer Nähe, ragen die mächtigen Spitzen massenhaft wie Pyramiden aus Schnee und Eismassen. Gipfel und Wände niederer Grades, die im Spätsommer schneefrei sind, zeigen jetzt noch große weithin weit hinunterreichende Flecken und Streifen. So präsentieren sie sich in schwarz und weiß. — Sehr schwer vermag man sich von diesem unsagbar schönen Naturschauspiel zu trennen. — An einer etwas geschützten Stelle wird der Proviant ausgepackt: Speck und Schwarzbrot. Ich bringe keinen Bissen hinunter. Auch der Führer ißt wenig. Aber mein Durst ist ungeheuer. Der Körper hat ja in den fünf Stunden sehr viel ausgeschwitzt. Der Vorrat an einer Mischung von Wasser und Wein leistet gute Dienste. Beim Steigen schon hatte ich wiederholt Schnee gegessen.

Nun auf der anderen Seite hinunter nach Vent. Das ging sehr rasch, obwohl der Schnee schon weicher geworden war und wir stellenweise bis weit über die Knie einsanken. Wir sprangen förmlich, da es auf dieser Seite eben nicht ganz so steil ist, herunter, oder rutschten, wenn man dabei auch mal purzelte. Sehr mühsam ging es dann über Moränen. Weiter unten führt ein sehr steiler und unendlich langer, schlechter Serpentinenweg zum Tal. Der ganze Hang ist mit Alpenrosen bedeckt, die gerade im Erblühen waren. Ich hatte bald einen großen Strauß schönster Exemplare gepflückt, die ich viele Tage lang frisch erhalten und sogar in leidlichem Zustande mit nach Hause gebracht habe. 11½ Uhr langten wir im Hotel Vent an. Wir hatten den ganzen Uebergang in 7½ Stunde gemacht! Bei den enormen Schneemassen eine Leistung. Der Führer zollte mir alle Anerkennung. Es gäbe nicht sehr viele Touristen, die so gut und so ausdauernd gingen. — Ich offerierte nun den Körper, machte mir's bequem und — schrieb Ansichtskarten. Auch das Fleischen schmeckte vortrefflich. Den Führer hatte ich noch zu einem Abschiedsschoppen eingeladen, und so plauderten wir. Ich von der Großstadt, er von den Bergen. Er hatte in Wien als Unteroffizier gedient, war aber lieber in seine Heimat zurückgekehrt. Außer uns beiden war nur noch eine Touristin anwesend, die einen Führer nach dem Brandenburger Haus und dann noch weiter suchte. Das paßte. Das Geschäft zwischen der Dame und meinem eben entlassenen Führer war rasch abgeschlossen.

Vent liegt knapp 1900 Meter hoch. Nach einigen Stunden der Ruhe machte ich mich auf nach Zwieselstein. Ein Karrenweg führt in 3½ Stunde hinunter. Er ist höchst unpraktisch angelegt — es geht, obwohl das nicht sein müßte, fortwährend auf und ab — und war in einem total verwahrlosten Zustande. Am schlechtesten ist er bei dem kleinen, aber wildromantisch gelegenen Weiler Heiligenkreuz, den neben drei oder vier kleinen Häusern ein schmuckes Kirchlein ziert. Der Vergleich war förmlich aufdringlich. Ich wenigstens machte mir allerhand Gedanken über Tiroler moderne Kultur zurecht. Zumal ich nie ein Haus traf, das man für eine Schule halten konnte. Aber Kirchen! — Den Weg, der einem die herrlichste Romantik verleiden konnte, habe ich verflucht, und einen besseren gewünscht — meinetwegen anstatt der Kirche. — Die gewaltigen Naturreize des Venter Tales reihen sich würdig denen des ganzen Oetztales an.

Am anderen Morgen gedachte ich in aller Gemächlichkeit die fünf Kilometer von Zwieselstein nach Sölden zu bummeln. Vormittagstags war weiteres schönes Wetter. Doch es regnete stark. Am Himmel hingen schwere schwarze Wolken. Und so mußte ich in die Heiterkeit hineinmunter losziehen. Um 11 Uhr ging es mit der Post nach Station Oetztal. Der Regen ließ nach, es wurde hell, die Berge zeichneten scharfe Konturen, so daß ich doch nicht um den Genuß kam, das unvergeßliche Tal noch einmal mit Muße in allen seinen Reizen bewundern zu können. Als der Wagen in Oetz beim Wirt vorüberfuhr, erinnerte ich mich schmerzlich daran, daß ich hier den unverschämten Preis von 50 Heller für das ganz gewöhnliche Naßwasser hatte bezahlen müssen. Das einzige, was auf der ganzen Reise teuer war.

H. Fleßner.

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer

24]

Die Mutter trat ein.

„Erschrick nicht, Mutter, ich bin's!"

„Du bist's, Philipp? Du? Was bringt dich jetzt her?"

Er wußte nicht gleich eine Antwort.

„Bist du fortgejagt, hast du was angestellt?"

„Nein, Mutter, ich bin nur fortgegangen!"

„Fortgegangen bist du. Bub! Wie kommst du denn? Was für ein Satan ist denn in dich gefahren? Du mußt verrückt sein!"

„Bleib mal ruhig, Mutter. Mach mal Licht. Wir wollen das miteinander ruhig bereden. Ganz ruhig. Mach mal Licht!"

Die Mutter zündete Licht an und brachte es.

„Bub, du willst mich noch unter die Erd bringen."

„Mutter, so nicht reden. Ganz ruhig. Hör mich ganz ruhig an."

Er stand ihr gegenüber und sah ihr in die Augen.

„Bist du schlecht? Ein Taugenichts, ein Lump? Bist du wie dein Vater?"

„Nein, all das nicht. Nur den Schullehrerkram, den halt ich nicht aus. Ich bin fortgegangen, ich will nicht mehr. Ich will mir einen anderen Weg suchen, einen richtigeren. Das will ich."

„So, das willst du?"

„Ja!"

„Und das kannst du auch? Eh? Kannst du's denn auch?"

„Ja, ich kann's! Ich muß es können!"

„Aber ich kann's nit, daß du's weißt! Ich hab genug an dich gehängt, genug für dich geopfert. Bei mir ist's fertig. Schaffen kann ich auch nit mehr so, wie du dir's einbildst. Gesund und kräftig bin ich noch, aber weiß der Teufel, schaffen und rutschen tut's nit mit mir mehr so. Die Knochen werden ei'm alt. Daß du's weißt."

„Ich will gar nichts von dir Mutter, als nur, du sollst mich nur gehen lassen. Weiter nichts."

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

„Mi, weiter nichts? Und weißt, daß mir's [illegible] Und vielleicht, damit war's getan. Damit ist's noch lang nit getan. Da kommt eins zum andern. Was mag ich frei, daß du was bist, nur machst du's so! Du wirst doch so werden wie dein Vater. Aber mein recht Hand wollt ich mir dafür abhacken lassen, daß du nit so wirst wie der. Und weißt du was — er ist im Rhein untergegangen. Besoffen ist er worden — und dabei ersoffen. Denk dir nur ein Beispiel an dem."

Der Philipp antwortete nichts. Der Tod des Vaters traf ihn, aber er rührte ihn nicht. Er wollte Näheres erfragen, aber er tat's nicht. Es war ihm, als sollte er heiße Kohlen berühren. Die Mutter hatte es ihm nicht geschrieben, nun hatte sie es ihm an den Kopf geworfen als etwas Verächtliches und Häßliches, an dem er auch Teil hatte.

Die Mutter fragte: „Du wirst Hunger haben? Ich hab noch ein Stückelchen Fleisch vom Mittag, und ein paar Kartoffeln kann ich dir auch rösten. Na ja! Herrgott, Herrgott! hat man sein Last! Schinden und schaffen das ganze Jahr, Gut und Blut dran geben, und dann Schimpf und Schand! Lauter Schimpf und Schand!"

Der Philipp verhielt sich still. Es tat ihm wohl, daß die Mutter nun schimpfte. Dann wurde auch alles gut. Ihre Natur brauchte immer dies stärkere Ventil. Und dann waren's doch auch hier die anderen Menschen, wie da drüben, wo er jetzt herkam. Diese Leimsieder da drüben. Hier hatten sie doch noch was in den Adern, und auch an den Worten brauchten sie nicht zu sparen.

Die Mutter brachte ihm das Fleisch und die gerösteten Kartoffeln. Er aß, und sie aß dabei und redete sich ihren Zorn vom Herzen. In den stärksten Ausdrücken. Beim Vater fing sie an, bei ihm hörte sie auf. Und dann verfluchte sie dies ganze Leben. Dies „Schind- und Schandleben, in dem kein Herrgott ist, nur der Teufel. Der leibhaftige Teufel, Himmelherrgottsakerment!"

Der Philipp aß und unterbrach ihre Rede nicht. Sie würde nachher schon zugänglicher sein, wenn sie sich das Gröbste von der Seele geflucht hätte.

Sie saßen dann noch bis spät in die Nacht. Der Philipp sprach, und die Mutter hörte zu. Dann und wann fuhr sie einmal auf, schlug auf den Tisch und nannte ihn „den Herrgott sein Tagdieb", aber zuletzt gab sie sich doch in alles drein.

„Mach's dann — na ja, dann mach's! Und wenn das ganze Dorf zusammenkreischt und über uns alle beid herfällt — mir soll nur einer zu nahe kommen! Was ich tun kann, will ich dir tun — du weißt, viel kann ich dir nit tun. Dein Wäsch schick — wenn du was zu flicken hast — das kann ich dir machen. Geld — mit Geld wird's hapern. Das weißt du von selbst. Aber was ich mir abknapsen kann, das sollst du haben. Die Leut werden ja die Mäuler aufsperren! Laß sie aufsperren! Was liegt mir an den Leut! Na ja, dann mach's! Helfen kann ich dir nit, hindern will ich dich auch nit! Siehst du drauf dabei — du hast's selbst gewollt. Vorwurf hab ich kein!"

„Nein, Mutter, Vorwurf hast du keinen. Und laß die Leute nur sagen. Die sagen schon, seit ich auf der Welt bin. Und die werden noch weiter sagen. Der Michel muß doch was haben, worüber er sabbern kann. Laß!"

„Aber man lebt mit den Leut — und manchmal haben sie ja auch recht. Nit in allem, was sie sagen, aber in manchem."

„Na ja, Mutter, dann laß sie recht haben."

„Meintswegen auch!"

Dann gingen sie schlafen. Die ganze Welt war still. Nur in der Ziegelhütte schrie ein Kauz, so daß die Mutter noch sagte:

„Der Teufel soll den Totenvogel holen! Wen der wieder ruft! Ich glaub, 's wird die alt Stangin diesmal kosten. Unser Herrgott verzeih mi'rs die Sünd, aber das alt Hexfeuer hat gerad lang genug gelebt."

Der Kauz schrie weiter. Die alte Stangin starb richtig in der Nacht.

„Ein Totes in der Gaß' — Gutes bedeut das nit," sagte andern Tags die Mutter.

Aber der Philipp schlug's in den Wind.

7

Die akademischen Bürger der kleinen Universität haben einen unter sich, den sie belächeln. Philipp Kaiser hat sich einen Weg gesteckt und geht ihn. Schleicht ihn, kriecht ihn, bleibt am Boden liegen und steht wieder auf; aber er kommt weiter. Von Semester zu Semester immer ein Stückchen. Seine ganze Energie hat er gesammelt — er unterrichtet, er hungert, er verdient sich wieder ein wenig — und er bleibt guten Muts und arbeitet. Er will — und wenn er drauf geht. Er denkt an die Mutter und an das Dorf und an die Schullehrer, die seine Kollegen waren, und deren Augen er all auf sich gerichtet fühlt. Sie treiben ihn, sie fordern. Sie brennen auf ihn wie Stichflammen, und wenn er schwach werden will, dann sieht er in sie hinein und sammelt sie alle in einem Blick und läßt sich von ihm in die Höhe reißen.

Manchmal spürt er, was er vom Leben verliert — manchmal spürt er, wie ihm die Jugend entschwebt, ehe er sie gehalten, ehe er sie genießen konnte. Aber er schlägt es nicht an. Er gewinnt ein anderes dafür.

Man nennt ihn einen Philister. Er läßt sich ruhig so nennen. Er meint, er ist doch keiner. Dann spürt er aber manchmal, wie eine Schwere schon in ihm liegt. Es gibt doch mancherlei Gelegenheiten der Geselligkeit, die sich ihm darbieten, ohne daß er sie sucht. Dann merkt er, wie leicht die anderen sind. An ihrer Leichtigkeit merkt er, wie schwer er ist. Er langt nicht, er trinkt nicht. Er meidet die Zusammenkünfte. Man sagt ihm: das geht nicht, du versauerst. Du wirst verrückt. Du machst dich kaputt. Du mußt auch was von deinem Leben haben. Wenn die Jahre um sind, ist es nicht mehr nachzuholen.

Er schlägt es in den Wind. Und er läuft spazieren. Er läuft stundenlang durch den Wald, er schwimmt und turnt, und im Winter kommt er fast nicht vom Eise heim.

Die Mutter bittet er nie um Geld. Dann und wann legt sie ihm aber einen Fünfmarkschein ein. Er trägt ihn immer lange mit sich herum. Schwer entschließt er sich, ihn auszugeben. Nur einmal — da hat's ihn so stark gepackt, das Einsamgehen und Kranksein, da ist er hin und hat ihn vertrunken. Auf einen Sitz. Dann hat er's bereut, und es war gut.

Die Mutter fragt, ob er Schulden habe. Er schreibt nein. Und er hat Schulden, wohin er sieht. Aber er wird sie all einmal abtragen, wenn er das Studium hinter sich hat und eine Praxis gefunden hat. Er wird einfach Landarzt werden. Ein schlichter, ruhiger Mensch, der mit den Bauern lebt und den Bauern beisteht und sich um die Welt nicht kümmert. Mag werden, was will — wenn er nur die Saat wachsen sieht im Frühjahr und die Bäume grün werden — und dann die Getreidefelder reifen im Sommer und Trauben und Obst im Herbst. Ganz still will er durchs Leben gehen. Genießen und wirken und gut und ruhig sein. Die Mutter zu sich nehmen und sich wo ein Häuschen hinbauen — zwei Pappeln ans Tor und einen großen Rosenbogen über der Tür und einen Rebstock an der Mauer. Ein rotes Dach, das man von weitem sieht, und einen weißen Giebel, der weithin leuchtet wie der Giebel der Eulenmühle. Er will sich bescheiden auf seiner engen Scholle, aber ein freier Herr sein.

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Bildende Künste

Die Malergruppe, die bei Arnold wieder einmal die Erzeugnisse ihrer unerbittlichen Handarbeit sehen läßt, bezeichnet sich stolz als Die Brücke. Offenbar zu einer besseren Zukunft der Malerei. Zu einer Zukunft, wo jeder, der einen Pinsel in Farbe tauchen kann, ein Meister sein wird. Er braucht nur nach dem Rezept der Herren Kirchner, Pechstein, Heckel und Schmidt-Rottluff besagten Pinsel, in eine beliebige Farbe seines Kastens getaucht, breit über eine quadratische Leinwand zu streichen und in fragwürdigen Bewegungen rechte Männlein und Weiblein blau, grün, gelb, rot, violett oder wie er sonst will auf eine [illegible] Weise oder in schwerfälligen Massen hinzupatschen. Er darf sich aber bei der Zeichnung seiner berühmten Gliederpuppen nicht etwa der Malereien aus steinzeitlichen Höhlen [illegible] oder der Wandgemälde von Teotihuacan in Mexiko erinnern, weil er durch diese hochentwickelten [illegible] Malereien der Naturvölker an seiner [illegible] Primitivität irre gemacht werden könnte. Er muß sich lediglich in einen Farbenrausch hineinsteigern, bei dem ihm die Welt als der Schwelgerrausch eines verrückt gewordenen Anilinfarbenfabrikanten erscheint. Dann kann er auf den unglückseligen van Gogh, dessen Hirn im Fieberwahn umflackerte Licht- und Farbentrunkenheit bestätigte, herabschauen als auf einen verblaßten Kopierer und farbenscheuen Kartonzeichner, der niemals Mitglied der Brücke hätte werden können. Und was die Zeichnung anbetrifft, so kann er [illegible] berühmt-berüchtigte Affichen und Bewegungsstudien für Naturaufnahmen der Richard Müllerschen Zeichenklasse ansehen. Die Bilderbogen und Bilderbuchkunst der Bruderschaft werden nur der schüchterne Beitrag als Vorspiel zum großen Höllenfarbental der Zukunftsmalerei!

Übrigens, es lohnt nicht der starken Worte. Die Herren, die uns diesen dummen Scherz vormachen, sind sicher harmlose Kunstphilister, die nur keinen anderen Weg fanden, das beliebte [illegible] die Verachtung des Spießers, ein bißchen zu üben. Sie erkannten bald, daß sie auf diesem von ihnen eingeschlagenen Wege [illegible] unter einem [illegible] Charakterzug ihre [illegible] Eigenheit [illegible] bis zum [illegible] steigerten. [illegible]

Diese ihre Farbenwut und Verzerrtheit hat für den [illegible] Betrachter den bitteren Nachgeschmack, daß er nun mit verdoppelten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, wenn er einmal für einen Bildner zum Ausland der Kunst eintreten möchte. Denn es liegen in der Entwicklung der Sache immer noch neue Möglichkeiten. Harmlose Menschen aber, die den Sinn dieser [illegible] nicht erfaßt haben, werden [illegible] als Schmierereien verhalten und jeden kühnen Schritt wirklicher Talente nach vorwärts mit der Erinnerung an dieses Dachkabinett aufhalten. Und das ist doch recht schlimm. Faber.

Eine Skulptur des Greco entdeckt. Der Maler Domenico Theotocopuli, dessen Bilder jetzt so hohe Preise erreichen und der als die neueste Mode der Kunstgeschichte gelten kann, ja sogar neben und über seinen großen Nachfolger Velasquez gestellt worden ist, war auch als Bildhauer tätig, wie eine Skulptur von ihm beweist, die im Priesterseminar zu Toledo entdeckt worden ist. In den Monatsheften für Kunstwissenschaft teilt Walter Rothes Näheres über die interessante Arbeit mit. Die plastische Gruppe zeigt die Madonna, die dem heiligen Ildefons, dem Patron von Toledo, ein Meßgewand überreicht. Von den vier großen Engeln, die die Madonna umgeben, hilft der zur äußersten Linken das Meßgewand halten, der zur äußersten Rechten trägt die bischöfliche Mitra des Heiligen. Zu Füßen der Jungfrau Maria sind Wolkenbildungen angedeutet, aus denen drei geflügelte Seraphimköpfchen hervorlugen. Urkundliche Belege gestatten den Nachweis, daß die Skulptur sicher von Greco herrührt. Aber auch die charakteristischen Formen der langen, gestreckten, hageren Gestalten finden sich genau so auf den Bildern dieses „Impressionisten" des 16. Jahrhunderts wieder. Das Gesicht des heiligen Ildefons findet seine Parallelen unter den Rittern, die auf einem der berühmtesten Werke Grecos, dem „Begräbnis des Grafen Orgaz", sich finden. Die Züge der Madonna wirken wie eine plastische Dublette zu dem Antlitz der Schmerzensmutter auf seiner „Kreuzigung" im Prado. Auch die steifen, dürren Engel und die langgezogenen Wolkenstreifen lassen sich auf vielen Gemälden des Meisters wiederfinden.

Aus dem Leben

Kirchlichgesegnete Tierquälerei. In der Wiener Jagdausstellung wird eine künstlerische Reproduktion einer Nummer der Oesterreichischen Forst- und Jagdzeitung, die sehr hübsche und scharf ausgeführte Lichtbilder aus dem Jagdleben enthält, ausgestellt. Darunter befindet sich auch die photographische Aufnahme einer sehr merkwürdigen Szene. Man sieht im Vordergrund eine Koppel prachtvoller Parforcehunde, dahinter aber zwei katholische Priester im Ornat, eine Menge von Ministrantenbuben, einen Rüdenmeister mit dem Jagdherrn und ganz hinten eine große, vornehme Jagdgesellschaft. Was tun die katholischen Priester inmitten dieser Ansammlung? Das geht aus dem Titel des Bildes hervor, welcher lautet: „Einsegnung der Meute im Kloster St. Hubert in den Ardennen." Daraus geht hervor, daß die Tierhatz der Parforcereiter, welche für Menschen mit sittlichem Empfinden auf derselben Stufe der Roheit und Barbarei steht wie ein spanisches Stiergefecht, unter Umständen ein frommes Werk sein kann. Wie so gewöhnlich jede Tätigkeit, wenn sie nur nicht vergißt, sich unter das hohe Protektorat der Kirche zu begeben. So wie es eine fromme Tierhatz gibt, trotz aller christlichen Barmherzigkeit, die, wie man weiß, auch eine grausame Behandlung der Tiere ausschließt, so gibt es auch viele andere fromme und kirchlich approbierte Bestialitäten. Die Hunde dürfen sich nach ihren tierischen Instinkten betätigen, nur müssen sie fromm sein und sich kirchlich-rituell einsegnen lassen.

Ein Kind durch den Haushahn getötet. In [illegible] bei Varkern (Steiermark) waren die Kinder des Bürgers [illegible] allein zu Hause, während sich die Eltern auf dem Felde aufhielten. Das anderthalbjährige Bübchen Konrad wurde seiner älteren Schwester in Obhut gegeben. Konrad bekam ein Stück Brot und wurde, im Hofe sitzend, allein gelassen, da sich die Schwester auf kurze Zeit in den Garten begab. Diese kurze Zeit benutzte der Haushahn des Nachbarn [illegible], um herbeizukommen und dem Konrad sein Stück Brot abzujagen. Das Kind dürfte die heftigen Angriffe des Hahnes auf sein Brot abgewehrt haben, was den bösartigen Hahn in Wut brachte, so daß er dem Kinde auf den Rücken sprang und ihm mit seinem Schnabel hinter dem linken Ohr einen so wuchtigen Hieb versetzte, daß er den Kopf verletzte. Auf das Geschrei des Kindes kam dessen Mutter herbeigerannt. Sie sah den Hahn noch als Angreifer auf dem Knaben, der hinter dem Ohre heftig blutete. Diese dem Knaben beigebrachte Schnabelhiebwunde verschlimmerte sich derart, daß das Kind ins Krankenhaus nach Marburg gebracht werden mußte, wo es nun auch an den Folgen der Verwundung, an einer Gehirnlähmung, starb. Der Hahn, der schon öfter Menschen angegriffen hat, wurde sofort geschlachtet.

Volksbildung

Die sozialdemokratischen Bibliotheken haben in den letzten Jahren einen ganz erstaunlichen Aufschwung genommen. Ganz besonders gilt das für den Stadt- und Landbezirk Leipzig. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht für 1910 sind in Leipzig im letzten Jahre in 64 Bibliotheken über 140000 Bände ausgeliehen worden. Die Zahl der Leser betrug 12145. In vier Jahren hat die Benutzung der Bibliotheken sich verfünffacht, wie folgende Zahlen zeigen: 1906 wurden verliehen 30000 Bände (ungefähr), 1907 wurden verliehen [illegible] Bände, 1908 wurden verliehen 131 [illegible] Bände. [illegible] Die Werke der Bewegung ist der [illegible] Bibliothek in Leipzig-Lindenau und [illegible] der Monatsschrift für Bibliotheken, Gustav Hennig, der 1906 mit seinem Schriftchen Zehn Jahre Bibliotheksarbeit, Geschichte einer Arbeiterbibliothek, ein Wegweiser, einen sehr wertvollen Beitrag zur Buchliteratur geliefert hat. Dieses Werkchen, wie das gemeinsame Bücherverzeichnis der Bibliotheken der Ortsvereine im Westen Leipzigs, die damit verbundenen Musterlisten für Volksbibliotheken und nicht zuletzt der einzelnen Jahresberichte verdienen sorgfältiges Studium. Besonders beachtenswert ist die Pflege der Jugendbibliotheken; auch diese erfreuen sich großen Zulaufs, so daß allein die eine Bibliothek in Leipzig-Lindenau acht Bibliothekarinnen angestellt hat, von denen je vier an den Mittwoch- und Sonnabendnachmittagen den Ausleihdienst besorgen.

Frauenbewegung

Die kaiserliche Lösung der Frauenfrage. In einer [illegible] Glosse erledigt die Zeitschrift Frauen-Zukunft — Frauenverlag München und Leipzig, vierteljährlich 4 M. — die rednerische Leistung Wilhelms II. in Königsberg in bezug auf die Frauenbewegung also:

Die Königsberger Kaiserrede Wilhelms II. ist für die deutschen Frauen ungemein belehrend. Der Kaiser hat den Frauen ihre Lebensaufgabe formuliert: „Stille Arbeit im Hause und in der Familie."

Die deutschen Frauen erfahren viel Neues aus dieser Rede. Sie vernehmen mit staunender Bewunderung, wie leicht im Grunde doch die Frauenfrage zu lösen ist.

Dutzende wirklich begabter Köpfe mühen sich seit langen Jahren, aus dem Wirrsal dieser sozialen Probleme einen guten Ausweg zu finden. Da zeigt, mit blitzschneller Geschwindigkeit, das geniale Ahnungsvermögen eines weitschauenden Monarchen in der gehobenen Stunde des Festmahls die Lösung.

Und von welcher einfachen Größe ist diese Lösung! Die paar Millionen Frauen, die seit den Tagen der hochseligen Königin Luise sich von der stillen Arbeit im Hause abgekehrt und ins Erwerbsleben verirrt haben, sind nur verführt durch die abscheulichen Lehren der Frauenbewegung. Sie müssen väterlich aufgeklärt werden. Das mahnende Kaiserwort wird sie den rechten Weg finden lassen — und das Vaterland wird gerettet sein.

Nur die Verworrenheit vaterlandsloser Sozialisten konnte in dieser schlicht-genialen Lösung den naiven Ausdruck weltfremder Ideologie sehen. Jede übelgesinnte Bürgerin aber staunt — wie ihr männlicher Gesinnungsgenosse — über diese Welt- und Lebenskenntnis: Der Schwerpunkt der Frauenfrage liegt für unseren Kaiser „auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens"; liegt in dem Streben der Frauen „nach vermeintlichen Rechten, in denen sie es den Männern gleichtun können".

Kann die Frauenfrage in der öffentlichen Diskussion treffender charakterisiert — kann sie tiefer erfaßt werden?

Und wie neu und original ist diese Auffassung! In Goldschrift sollte sie sich jeder Männergesangverein, jeder Kegelklub über die Türe hängen! — — —

Doch die Sache ist leider zu ernst für einen Scherz. Nur wer über die Tatsachen völlig uninformiert ist, nur wer nie ernsthaft über die Frage nachgedacht hat, nur wer mit dieser Unkenntnis den unbesiegbaren Glauben an die Bedeutung des eigenen Urteils verbindet — der nur ist imstande zu einem öffentlichen Urteil von ähnlicher Oberflächlichkeit.

Nur wer mit kaiserlichem Rang bekleidet ist, darf erwarten, daß er mit einem solchen Urteil öffentliche Beachtung findet.

Technisches

Blériots Lebensweg. Wie Blériot, dessen Eindecker jetzt allenthalben Triumphe feiern, nur unter unsäglichen Mühen den Weg zu Erfolg und Ruhm fand, davon plaudert er selbst fesselnd in einer kleinen Selbstbiographie, die er auf die Aufforderung einer Pariser Zeitschrift hin geschrieben hat. Die Flugmaschine, mit der er den berühmten ersten Kanalflug machte, war bekanntlich ein Blériot XI. Zehn Modelle waren also vorher von ihm oder für ihn konstruiert worden, ehe er die endgültige Form gefunden hat. Merkwürdigerweise hatte der Erfinder des kleinen, kurzen Monoplans den Anfang mit einer Flugmaschine mit beweglichen und schwingenden Flügeln gemacht, die genau den Vogelflug nachahmen sollte. Die erste Beachtung fand Blériot im Jahre 1900 in der Pariser Ausstellung, als er vor dem großen fledermausartigen Flugapparat stand, den schon Jahre früher M. Ader konstruiert hatte. Die gewaltige Maschine hatte einen mächtigen elektrischen Motor und unbewegliche Flügel. Blériot glaubte sie gerade durch die Beweglichkeit der Flügel verbessern zu können, und nach dreijährigen gewaltigen Versuchen stellte er eine Flugmaschine fertig, die ihre Flügel derartig ungleich bewegte, daß sie sehr bald in Stücke ging. Die Versuche kosteten dem Erfinder viel Geld, aber er hatte in den ersten Jahren des Automobilismus eine sehr erfolgreiche Laterne erfunden, durch deren Verkauf er ein gutes Einkommen erzielte. Da kamen die ersten Berichte über die Erfolge der Brüder Wright aus Amerika, und er ließ sich von Voisin einen Gleitflieger konstruieren, um von neuem zu experimentieren. Seine Versuche brachten ihn jetzt in Berührung mit den Brüdern Voisin, mit denen zusammen er eine Flugmaschinenfabrik gründete, ohne recht genau zu wissen, wie die Dinge sich gestalten könnten. Schließlich war Blériot aber doch mit dem Doppeldecker unzufrieden und trennte sich im Jahre 1906 von den Brüdern Voisin, die bis heute die treuesten Anhänger dieses Systems

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/8
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207. | Dresden, Mittwoch den 7. September 1910. | 21. Jahrgang.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

(Fortsetzung.)

Heldt: Keimling hat bei der Behandlung der Vizepräsidentenfrage auch meinen Namen genannt. Wie man darüber denkt, das hat ja schon Schöpflin zum Ausdruck gebracht, ich darf hinzufügen, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion kollegial erledigt sind, es lag also keine Veranlassung vor, einen einzelnen herauszugreifen. Die Sache selbst bitte ich nicht vom Standpunkt der Hofgängerei aus zu betrachten, ich bitte vielmehr, sich das Milieu zu vergegenwärtigen. Nach dem Ausfall der Wahl war es ganz selbstverständlich, daß wir jede Position auszunutzen suchten, um Vorteile für die Arbeiter herauszuschlagen. Unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Vizepräsidentenfrage in der Fraktion behandelt worden. Der Gegensatz erhaltiert daraus, daß einige, wie z. B. Sindermann, sagten, es ist nicht so wichtig, daß wir im Präsidium vertreten sind, während andere, die für die Besetzung des Postens waren, auch wenn der Vizepräsident aufs Schloß gehen müßte, die Position für so wichtig hielten, daß sie sich darüber hinwegsetzen wollten. In der Tat ist es auch nicht unwichtig, daß wir im Präsidium vertreten sind. Das Präsidium des sächsischen Landtags ist nicht zu vergleichen mit dem Bureau einer Volksversammlung. Das Präsidium setzt z. B. die Tagesordnung fest, und wenn wir einen Vertreter im Präsidium hätten, dann wäre es ganz unmöglich, daß an die erste Stelle einer Tagesordnung die Frage der Vermehrung der Wahlkreise für den Landeskulturrat, an die zweite Stelle das Körgesetz und an die 18. Stelle die Schlußberatung über die Arbeitslosenfrage kam. Stundenlang haben sich die Bürgerlichen über die Vermehrung der Wahlkreise zum Landeskulturrat und über die Vollen unterhalten und sich nachher gedrückt, und auch wir mußten uns mit Rücksicht auf die Zeit bei der Erörterung der Arbeitslosenfrage eine gewisse Beschränkung auferlegen. Hätten wir nur einen einzigen Vertreter im Präsidium gehabt, dann wäre das nicht möglich gewesen. (Lebhafter Widerspruch.) Eine Vertretung im Präsidium ist so wichtig, daß wir uns unserer Rechte nicht begeben dürfen. Ueber die Verfassungsauslegung gehen die Meinungen auseinander; ich glaube, es gibt auch in der sozialdemokratischen Partei Juristen, die die Eröffnung und den Schluß des Landtags als einen verfassungsmäßigen Akt betrachten. Wir müssen den Bürgerlichen jeden Vorwand nehmen, uns den Posten des Vizepräsidenten vorzuenthalten. Wie die Mehrheit der Fraktion beschlossen hat, so ist in dieser Frage verfahren worden. In der Sitzung, die Keimling angezogen hat, handelte es sich nicht um den Posten des Vizepräsidenten, sondern um den des Sekretärs (Sindermann: Sehr richtig!), und da habe ich unter Berufung auf das Vorgehen der Reichstagsfraktion geraten, nicht aus einer verärgerten Stimmung heraus den Posten abzulehnen. Soweit ich aber persönlich in Frage komme, wenn man überhaupt über Intimitäten reden will, so könnte ich sagen: obwohl ich nach Meinung von Keimling eine so verwerfliche Stellung in der Vizepräsidentenfrage eingenommen habe, habe ich doch noch nicht einmal den parlamentarischen Bierabend besucht, während andre, die eine andere Auffassung haben, nichts gegen eine Beteiligung an dieser Veranstaltung hatten. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Wenn man also einmal solche Dinge aufrollen will, dann muß Keimling es sich auch gefallen lassen, daß man ihn an Sachen erinnert, die ihm recht unbequem sein können. Ich halte die Vizepräsidentenfrage für keine prinzipielle, ich kann auch einen Vergleich mit Baden nicht zugeben. Wenn wir unser Recht ausnutzen und wenn unser Vertreter beim König erscheint, so ist das nur eine Schlappe für denjenigen, der nach der letzten Wahl gesagt hat: „Es ist eine Lust zu leben", und der dann sehen muß, daß wir auf Grund unserer Stärke vor ihm erscheinen. (Widerspruch.) Ich gebe zu, daß man eine andere Auffassung darüber haben kann. Aber bei der wiederholten Aufrollung dieser Frage wird sich schließlich doch die Ansicht Bahn brechen, daß wir diese Formalität erfüllen und unser Recht wahren müssen. (Zuruf: Die Republik mit dem König an der Spitze! Heiterkeit.) — Was die Reform der Ersten Kammer betrifft, so hat die Fraktion die konservativen und nationalliberalen Anträge rundweg abgelehnt, eine Meinungsverschiedenheit besteht lediglich über den freisinnigen Antrag, der die Vertretung der Arbeiterklasse und die Einführung der Wahlen vorsah, da hätte es doch vielleicht gerade im Sinne von Seyer gelegen, zuzustimmen, um den Bürgerlichen die Maske vom Gesicht zu reißen. Aus diesem Grunde war ein Teil der Fraktion für die freisinnigen Anträge, aber in der Gesetzgebungskommission haben unsre Vertreter alle Anträge glatt abgelehnt und wir haben darüber mit keinem einzigen Mitglied Differenzen bekommen.

Sindermann: Die Vizepräsidentenfrage fängt allmählich an humoristisch zu werden, wenn man die letzten Ausführungen von Heldt hört. (Sehr richtig!) Heldt scheint sehr wenig Ahnung von dem vorgeschriebenen Zeremoniell zu haben, er scheint nicht zu wissen, daß das nicht der Person des Königs, sondern der ganzen Einrichtung der Monarchie gilt. (Sehr richtig!) Was den Wert der Teilnahme am Präsidium betrifft, so frage ich: was kann denn ein sozialdemokratischer Vertreter im Präsidium für einen Einfluß haben? Wird man, wenn man ganz allein mit fünf Unternehmern zusammensitzt, die einen ganz andern Standpunkt einnehmen, bei Tarifverhandlungen etwas herausholen können? Das ist unmöglich. Aus den Erfahrungen, die wir hinter uns haben, müssen wir lernen, daß es notwendig ist, im Plenum loszugehen und unsere Anträge auf die Tagesordnung zu bringen. Das wird bedeutend mehr Eindruck erzielen. (Sehr richtig!) Man hat bei der Behandlung der Frage der Ersten Kammer gesagt, es ist ein wesentlicher Unterschied, ob die nationalliberalen oder die freisinnigen Anträge angenommen werden, denn die freisinnigen Anträge sehen Arbeitervertreter vor. Aber glaubt denn jemand, daß, selbst wenn die freisinnigen Anträge durchgegangen wären, ein sozialdemokratischer Arbeiter in diese hochwohllöbliche Versammlung gekommen wäre? (Sehr gut!) Nein, man hätte Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine oder der vaterländischen Vereine herangeholt. (Sehr richtig!) Die Frage ist im übrigen hinfällig geworden, weil unser Fraktionsredner Fleißner unsre Gründe gegen die freisinnigen und die nationalliberalen Anträge mit aller Schärfe ins Feld geführt hat, und wir werden natürlich in Zukunft dieselbe Stellung einnehmen. Wenn ich aus der Diskussion etwas bedaure, so ist es die Tatsache, daß man zum erstenmal auf einer Landesversammlung dazu übergegangen ist, den Gegnern Lob zu spenden. Es ist gesagt, die Nationalliberalen unterstützen die Anregungen zur Hebung des Volkes. Ich erinnere daran, daß eine der wichtigsten Fragen, die seit Jahren die Oeffentlichkeit bewegen, die Frage der Abschaffung oder der Einschränkung des Religionsunterrichts in den Volksschulen, gerade von den Nationalliberalen abgelehnt ist, die dafür eingetreten sind, daß der Religionsunterricht in der Volksschule erhalten bleibt und daß es an der Zeit fehlt, die wirklichen Bildungsbestrebungen der Jugend zu fördern. (Hört, hört!)

Die weitere Beratung wird auf die Nachmittagssitzung vertagt. Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Müller eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und teilt mit, daß folgende Resolution Geyer-Lipinski eingegangen ist:

Die Landesversammlung spricht der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages für ihre Tätigkeit im Landtage ungeteilte Anerkennung aus und erwartet, daß die Fraktion bei der Wahl der Präsidenten für den Landtag ihre bisherige Stellung beibehält; ferner, daß sie auf die Beseitigung der Ersten Kammer hinwirkt.

Die Debatte über den Bericht der Landtagsfraktion wird fortgesetzt.

Lipinski: Genosse Nitzsche hat in seinen zweiten Ausführungen den Versuch gemacht, seine ersten Ausführungen abzuschwächen und ist bei diesem Versuch dann weiter gegangen als in seinen ersten Ausführungen. Das ist der Anlaß gewesen, warum die Resolution gekommen ist, damit gegenüber dieser Einzelauffassung die Willensmeinung der Landesversammlung gesetzt wird, um zu betonen, welche Auffassung die Sozialdemokratie Sachsens von der Tätigkeit der Landtagsfraktion in diesen beiden Fragen hat. Genosse Nitzsche meint, es sei nicht opportun, den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts immer wieder einzubringen, sondern das soll nur gelegentlich geschehen, wenn es gerade passe. Er suchte das mit Gründen der Taktik zu belegen. Ich erkannte das in meinen Ausführungen schon an, ich habe aber auch dargetan, daß die Reichstagsfraktion ohne Rücksicht darauf, ob der Antrag zur Verhandlung kommt oder nicht, ihn stellt. Ich glaube auch nicht, daß sie sich dadurch etwas vergibt. Weiter hat Nitzsche ausgeführt, daß, wenn man den Gegnern etwas abtrotzen wolle, die Fraktion unter Umständen auch zu einer Reform der Ersten Kammer kommen könne, um eine Verbesserung derselben herbeizuführen. Da möchte ich unterstreichen, worauf schon Genosse Geyer hingewiesen hat: ich halte diese Ausführungen für absolut unvereinbar mit unserm Programm; wir verlangen das geheime Wahlrecht und das allgemeine Stimmrecht und die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Es ist ganz gleichgültig, ob durch einen freisinnigen Zusatzantrag noch einige Arbeitervertreter in die Erste Kammer kommen, an ihrem Charakter würde dadurch nichts geändert werden, sie ist nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, sondern durch Ernennung der Mitglieder seitens des Königs. Dadurch steht sie vollständig außerhalb der Kontrolle des Volkes, und das Volk hat auf ihre Zusammensetzung und ihre Beschlußfassungen gar keinen Einfluß. Wenn wir die Gesetzgebung durch das Volk verlangen, können wir nicht eine Körperschaft, die außerhalb der Kontrolle des Volkes steht, reformieren und dadurch anerkennen und billigen. Nun kommt noch der Humor von der Sache! Bei der letzten Landtagswahl hat die freisinnige Volkspartei die Beseitigung der Ersten Kammer als eine programmatische Forderung verlangt. (Sehr richtig!) Aber in Plauen, wo der Freisinn Einfluß hat, ist er für das Zweikammersystem eingetreten. In Plauen tagen die Stadtverordneten und der Magistrat zusammen, und die Freisinnigen haben verlangt, daß beide Körperschaften getrennt tagen und beschließen sollen. Mit Recht ist dieses Vorgehen des Plauener Freisinns in der ganzen sozialdemokratischen Presse verhöhnt worden, und nun sollen wir im Landtage sagen: wir stimmen einem Antrage zu, daß die Erste Kammer reformiert werden kann durch eine andre Schichtung der Personen, die in sie hineinkommen. Man kann sich drehen und wenden wie man will, das ist ein solcher Widerspruch gegen das Parteiprogramm, daß ein Parteigenosse ernstlich gar nicht die Frage stellen kann, ob eine solche Körperschaft am Leben erhalten werden soll. In der Diskussion ist schon hervorgehoben, daß die Erste Kammer ausschließlich als reaktionäres Instrument der Regierung benutzt wird, und ob sie mehr nach der Nuance des kaufmännischen oder nach der des Grundkapitals zusammengesetzt ist, ist für ihren Charakter ganz gleichgültig. Genosse Heldt hat den Faden noch etwas weitergesponnen, er hat die Erfolgspolitik noch weiter hinausgeführt und die erste Erfolgsarbeit bei der Wahl des Vizepräsidenten gesehen. Ich habe vorhin schon ausgeführt, daß die Zweite Ständekammer eine vom Volke gewählte Vertretung ist, und die hat meiner Meinung nach nur die Vollmachten vom Volke entgegenzunehmen, die im Einklang mit der Gesetzgebung stehen. (Sehr richtig!) Es ist schon eine Zurücksetzung des Parlaments, daß der König die Eröffnung des Landtags nicht im Parlament vornimmt, sondern die Vertreter zu sich ins Schloß ladet, um die Eröffnung dort mit allem Pomp vorzunehmen. Und das sollen wir noch unterstützen, indem wir uns an solchen höfischen Veranstaltungen beteiligen! Wenn unsere Abgeordneten den Anspruch auf den Vizepräsidenten erheben, so können sie das, ohne irgendwelche höfischen Verpflichtungen einzugehen. Wenn man einwendet, die bürgerlichen Parteien bestehen darauf, so ist demgegenüber schon darauf hingewiesen, daß das nur geschieht, um die Sozialdemokraten von dem Posten, auf den sie Anspruch haben, fernzuhalten. Daß der Vizepräsident einen Einfluß ausüben kann, ist ausgeschlossen. Ich will aber auch auf die Vorgänge im Reichstage hinweisen. Dort wird die Tagesordnung am Schluß der Sitzung festgestellt. Wenn die Sozialdemokraten dort gegen die vorgeschlagene Tagesordnung Einspruch erhoben haben, so ist die Mehrheit, wenn ihr die von den Sozialdemokraten gewünschte Tagesordnung nicht paßte, über den Einspruch einfach hinweggegangen, und dort handelte es sich doch um eine ganze Anzahl von Parteigenossen, die Einspruch erhoben, während hier als Vizepräsident das nur ein einzelner kann. Sie können die Frage also drehen und wenden wie sie wollen, es ist weder eine Frage der Volkspolitik noch eine solche, die der sozialdemokratischen Fraktion einen größeren Einfluß verschafft. Die sozialdemokratische Fraktion hat zu fordern, was ihr gutes Recht ist, und sie hat gar keine Veranlassung, darüber hinaus irgendeine Verpflichtung einzugehen.

Allge: Nitzsches Standpunkt, daß wir überall dafür eintreten, wo es sich um Verbesserungen handelt, teile ich und die ganze Partei. Bei der Reform der Ersten Kammer aber handelt es sich um einen Programmpunkt. Nitzsche meint, der agrarische Geist in ihr könnte gebrochen werden. Sie wird aber immer nur ein reaktionäres Instrument gegen die Maßnahmen der Zweiten Kammer sein, und wenn wir sie reformieren wollen, verlängern wir nur ihre Lebensdauer.

Die Frage des Vizepräsidenten hat uns in der Fraktion lebhaft beschäftigt, und ich teile da im Gegensatz zur Fraktion die Anschauung Nitzsches, daß die feierliche Eröffnung und Schließung des Landtags verfassungsmäßige Akte sind. Diese Akte finden aber bei Hofe statt, sie werden dadurch zu höfischen Akten, und deshalb können wir uns nicht daran beteiligen. Das hindert aber nicht, daß wir unser gutes Recht verlangen, und wenn unsre Gegner es ehrlich meinten, müßten sie es selbst für ganz unangebracht halten, daß ein von uns gestellter Vizepräsident zu Hofe ginge. Hinzu kommt, daß die Verfassung darüber gar nichts sagt. Die Fraktion muß deshalb bei dem Anspruch auf den Vizepräsidenten bestehen bleiben, und zwar unbedingt. Wird uns dieser Posten verweigert, so meine ich, daß wir auch auf den Schriftführerposten verzichten. Es ist immerhin etwas wert, wenn ein Parteigenosse im Präsidium sitzt, bei dem Schriftführerposten aber handelt es sich wesentlich darum, daß dieser die Arbeiten macht. Als man uns im Reichstage den Schriftführerposten verweigerte, geschah das deshalb, weil die Fraktion noch nicht so stark war, daß sie den Anspruch auf den Vizepräsidenten erheben konnte. (Lebhafter Widerspruch.) Nun, das ist ja ganz gleichgültig, jedenfalls meine ich, daß wir auf dem Vizepräsidenten bestehen und daß wir, wenn er uns verweigert wird, auch auf den Schriftführer verzichten.

Müller: Ernstlich haben die bürgerlichen Parteien gar nicht daran gedacht, uns einen Vizepräsidenten zu bewilligen. Deshalb ist die Komödie um so größer und ich bedauere, daß Nitzsche sich in solchen Widersprüchen ergangen hat. Der § 117 der Verfassung bestimmt, daß der König in Person oder durch einen Kommissar den Landtag eröffnet und schließt. Von einem Vizepräsidenten spricht die Verfassung überhaupt nicht, wenn er den Präsidenten vertritt, so handelt er als Präsident, ein solcher ist eben immer da, wenn der Präsident verhindert ist, ist eben der Vizepräsident Präsident. (Zuruf: Und wenn er stirbt, ist überhaupt keiner da! Heiterkeit.) Wir können ganz froh sein, daß wir den Vizepräsidenten nicht bekommen haben, denn wir wären dadurch in eine ganze Reihe von Scherereien hineingekommen, die das Arbeiten der Fraktion erschwert hätten. Warum legt denn übrigens Nitzsche den Schwerpunkt auf die Verfassung? Wir haben die Verfassung doch nicht geschaffen und haben uns doch gar nicht so sehr um sie zu kümmern. (Lebhafte Unruhe. Schöpflin: Das ist aber ein gefährlicher Grundsatz, lieber Müller, den unterschreibe ich nicht!) Wir haben ja auch die Vereidigung auf die Verfassung. Wenn man von dem Einfluß des Vizepräsidenten im Präsidium spricht, so weise ich darauf hin, daß wir noch zwei Vertreter im Seniorenkonvent haben. Trotzdem waren sie nicht imstande, zu erreichen, daß der Wahlrechtsantrag auf die Tagesordnung gesetzt wurde. — Zur Frage der Reform der Ersten Kammer weise ich darauf hin, daß ja auch jetzt schon Nationalliberale darin sitzen und sich ganz reaktionär verhalten. Wir brauchen in der Ersten Kammer wahrhaftig keinen Paradearbeiter. Wenn der Freisinn erst vollständig in Sachsen herrscht, wenn er so weit wäre, so hätten wir keine Erste Kammer mehr, aber wir haben nicht nötig, für die Freisinnigen Propaganda zu machen. Was sie wert sind, zeigt deutlich der Umstand, daß sie in der sächsischen Kammer das Ordenskapitel abgelehnt haben, aber der freisinnige Stadtverordnete Zimmermann in Plauen hat sich nicht geschämt, bei der Königsgeburtstagsfeier den üblichen Fettfleck anzunehmen.

Roske: Müller hat soeben mit Recht gesagt, daß wir die sächsische Verfassung nicht geschaffen haben. Wir haben auch die Monarchie und die Erste Kammer nicht geschaffen, und von Rechts wegen sollten diese vertrackten Dinger längst verschwunden sein. Sie verschwinden aber nicht, und sie werden das auch nicht tun, auch wenn wir die jetzt vorgelegte Resolution annehmen. An solchen Beschlüssen hat es in der Partei ja niemals gefehlt, und immer, wenn wir uns in einer bestimmten Weise festgelegt hatten, zeigten sich die Dinge hernach stärker. Ich erinnere daran, daß wir uns auch gegen die Wahlbeteiligung in Preußen festgelegt haben, daß wir warten wollten, bis das Dreiklassenparlament und das Junkerregiment verfaulten, und als uns die Sache dann zu lange dauerte, sind wir daran gegangen, mit großer Mühe die erste Etappe im Kampfe um die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts einzuleiten. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich bei solchen Debatten immer das Gefühl: wie werden doch in zehn Jahren unsere Parteigenossen darüber lachen, daß wir uns darüber unterhalten haben! (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wenn man Gründe nicht hat, so sagt man, die Ausführungen, die man bekämpft, zeigen einen humoristischen Standpunkt. In Wirklichkeit waren die Ausführungen des Genossen Heldt so klar, daß ich dachte, jeder müßte sie unterschreiben. Zunächst ein paar Worte über die Gefahren der Ersten Kammer! Wir sind uns alle darin einig, daß eine Erste Kammer in den Rahmen der Verfassung nicht hineingehören sollte. Deshalb werden wir auch niemals einen Antrag einbringen, der darauf hinausläuft, irgend etwas Flickwerk an ihr vorzunehmen. Aber neben uns sitzen auch noch andere Leute, und wenn nun die Liberalen Anträge einbringen, die darauf hinauslaufen, die Erste Kammer etwas weniger agrarisch und weniger reaktionär zusammenzusetzen als bisher, sollen wir dann mit gefalteten Händen zusehen, daß sie ebenso reaktionär bleibt wie bisher und sollen wir etwa darauf warten, bis sie von selbst verfault? (Lebhafte Zustimmung.) — Weiter hat doch auch der Referent nichts gefordert, als daß wir nicht Gewehr bei Fuß stehen sollen. Was ist denn das für eine Auffassung, wenn Geyer sagt, es ist ganz gleichgültig, ob das agrarische oder das mobile Kapital in der Ersten Kammer den Ausschlag gibt! Zweifellos ist doch das agrarische Kapital das gefährlichere. Natürlich wird auch das mobile Handelskapital keine sozialdemokratische Arbeiterpolitik treiben, aber ganz zweifellos muß es im eigenen Interesse doch schon eine vernünftigere Politik treiben als das Agrarkapital. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn Geyer recht hat, so müßt Ihr auch behaupten, daß der Hansabund ebenso reaktionär ist wie die Agrarier. (Lebhafte Zurufe.) Wenn Ihr das behauptet, so ist mit Euch überhaupt nicht zu diskutieren. Weiter hat doch auch der Referent nichts gefordert, als daß wir uns in diesen Kämpfen gegen das Agrarkapital betätigen und unsern Einfluß erhöhen. Aehnlich liegen die Dinge in der Vizepräsidentenfrage. Man soll uns doch in Sachsen nicht damit kommen, wie Geyer sagt, daß wenn der Präsident zum König kommt, dieses eine Verbeugung vor der Monarchie ist. Unsere 25 Abgeordneten haben doch auch in der Zweiten Kammer den Eid geleistet, und dabei hat jeder wörtlich gesagt:

> Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Staatsverfassung treu zu bewahren und in der Ständeversammlung das unzertrennliche Wohl des Königs und des Vaterlands nach meinem besten Wissen und Gewissen bei meinen Anträgen und Abstimmungen allenthalben zu beobachten. So wahr mir Gott helfe!

(Andauernde wachsende Heiterkeit.) Darüber lachen Sie und mit Recht. Wir haben oft mit Recht gesagt, welche Esel müßten wir sein, nicht in den Landtag einzutreten, weil man uns die Verpflichtung auferlegt, diesen Eid zu leisten. Wir würden eine schwere Verfehlung an den Volksinteressen begehen, wenn wir uns dadurch von dem Eintritt in den Landtag abhalten ließen, obwohl wir uns doch alle darüber klar sind, daß die Monarchie abgelöst werden muß durch die Herrschaft des Volks. Wozu wird denn auch die Präsidentenfrage angeregt? Diejenigen, die dafür sind, meinen, daß das ein Stück Machtfrage ist. Sindermann sagt: da ist gar nichts zu machen. Wo ist aber das jemals unser Standpunkt gewesen! Wo ein Sozialdemokrat hineinkommt, kommt damit ein Hecht in den Karpfenteich hinein. (Zuruf: Man soll den Einfluß nicht überschätzen!) Wir müssen eben aus unsrer Sektiererhaut heraus. Als Genosse Goldstein in den Landtag hineinkam, und zwar als einziger, da hatten wir alle unsre helle Freude und sagten: es ist zwar nur einer unter 84, aber es ist eben einer, und dieser eine hat etwas zu bedeuten. Und nun soll im Präsidium einer unter fünf gar nichts bedeuten. Das müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn Sindermann oder Fräßdorf an dieser Stelle nichts erreichen könnten. Ich hätte Sindermann auf dem Präsidentenstuhl sehen wollen, als Rüger seine — sagen wir gelinde — Geschmacklosigkeiten im Landtage beging; ein sozialdemokratischer Präsident, und wenn seine Machtvollkommenheiten noch so gering gewesen wären, hätte ihn doch tüchtig vorgenommen und gebürtelt. (Große Heiterkeit.) Wenn ein Sozialdemokrat im Präsidium sitzt, so macht er nicht eine Verbeugung vor der Monarchie, sondern er setzt in gewissem Grade das Volk auf den Thron. Nicht ein Deut von der sozialdemokratischen Gesinnung ginge hierdurch verloren. Wenn Sindermann im schwarzen Bratenrock ins Schloß ginge (große Heiterkeit) — lachen Sie nicht, es sind schon ganz andere Dinge geschehen —, so wäre das nicht eine Verbeugung vor der Monarchie, sondern es würde damit zum Ausdruck gebracht: Du weißt ganz genau, daß wir die Todfeinde der Monarchie sind, aber du bist dir auch darüber im klaren, daß wir diesen uns verhaßten Gang unternommen haben, um unsere Macht zu stärken, damit recht bald mit der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Monarchie aufgeräumt werden kann. Das ist nicht eine Verbeugung vor der Monarchie, sondern das ist ein Sieg des Volkes. (Beifall und Widerspruch.) Theorie und Praxis stoßen sich eben sehr hart. Keimling hat uns deutlich gezeigt, wie mit den Freisinnigen nichts zu machen ist, und der Vertrauensmann der Mehrheit dieser Partei ist der Präsident. Dieser Partei gehen wir bis aufs Messer! Aber trotzdem schlüpfen wie auch da in den schwarzen Bratenrock und essen bei dem Vertrauensmann dieser Partei, dem Präsidenten, das Abendbrot, das er aus den Mitteln bezahlt, die ihm dazu von den Steuern des Volkes gegeben werden. Ich mache euch daraus keinen Vorwurf, sondern ich sage im Gegenteil, das ist notwendig, die Theorie und die Praxis stoßen eben oft miteinander zusammen. Es ist auch falsch, was Geyer gesagt hat, wir lehnen die Gehälter der Minister ab, wenn wir den ganzen Etat ablehnen. Keimling will die Ministergehälter nur ausnahmsweise ablehnen. Geyer dagegen sagt, sie fallen von selbst bei der Ablehnung des ganzen Etats. (Keimling: Ich bin derselben Meinung!) Dann setzen Sie sich in Widerspruch mit der Erklärung, die Fräßdorf im Landtage im Namen der Fraktion abgegeben hat. Fräßdorf sagte, die Ablehnung des Etats ist eine Demonstration, wenn man uns im Lande aber sagt: Ihr lehnt damit auch die Mittel für die Schulen und alle anderen Kulturzwecke ab, so lachen wir darüber und sagen: Ihr seid Esel, im Lande weiß man ganz genau, daß die Ablehnung des Etats eine Demonstration ist. Ich stimme also der Resolution in ihrem ersten Teile zu, welcher die Anerkennung für die eifrige Tätigkeit der Fraktion enthält. Aber ich warne vor der Annahme des zweiten Teiles. Freilich wird die Warnung nicht viel nützen, aber es nützt auch nichts, mit einer solchen Resolution zu bepacken, von der man nicht weiß, wie bald sie über den Haufen geworfen wird. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Riem: Ich wende mich dagegen, daß Sindermann gesagt hat, ich hätte die Liberalen gelobt. Wenn sie Lobenswertes tun, würde ich sie gern loben; sie tun aber leider selten etwas Lobenswertes, und jedenfalls habe ich sie hier nicht gelobt. Geyers Auffassung, daß es vollständig gleichgültig ist, ob wir die Agrarier in ihrer Macht stützen oder ob an ihre Stelle die neue Macht der Bourgeoisie tritt, ist falsch. Wir müssen den Feudalstaat zu überwinden suchen. Das muß auch in Preußen geschehen. Wir haben keinen Anlaß, liberale Forderungen aufzustellen, wir stellen sozialdemokratische Forderungen auf; aber wir haben auch keinen Anlaß, zu sagen, der aufkommende Industriestaat ist uns ebenso verhaßt wie der Feudalstaat. Was den Eid, den wir ablegen, anbelangt, so hat Noske ganz recht, wenn er sagt, wir sind nicht die Narren, den Eid nicht zu leisten, damit der Landtag sozialistenrein wird. Ueber solche Zwirnsfäden stolpern wir nicht, das haben wir auch dem Minister gesagt.

Geyer: Ich bedauere, das Wort zum drittenmal ergreifen zu müssen. Aber nachdem die Resolution, die auch von mir eingebracht ist, in der Weise angegriffen ist, wie es Noske getan hat, muß ich Sie doch ersuchen, sie anzunehmen, und will versuchen, die Argumente Noskes zu widerlegen. Neu sind diese Argumente nicht, wir hören sie seit Jahren in der Partei von den revisionistischen Genossen. (Lachen und Zustimmung.) Noske sagte, ich warne Sie vor Beschlüssen, die über den Haufen geworfen werden können. Das ist die Idee, sich nicht zu binden, sondern für alle möglichen Anschauungen die Bahn freizuhalten, die Bahn freizumachen für den Revisionismus. Wenn gesagt wird, die Erste Kammer könnte dadurch, daß im Sinne Nitzsches gehandelt wird, weniger agrarisch gemacht werden, so muß ich darüber lachen, ebenso wie über die Anschauungen Riems, wir könnten die Industrie in ihr stärken. Wie im Industriemagnatenlande Sachsen so etwas gesagt werden kann, ist mir unbegreiflich. In der Zweiten Kammer, in der die Nationalliberalen mit Hilfe der Sozialdemokraten manches durchsetzen konnten, hat sich ja gezeigt, daß diese Reaktionäre gar nicht gewillt sind, die Forderungen der Sozialdemokraten zugunsten der Verbesserung der Lage der Arbeiter, die im bürgerlichen Staat verwirklicht werden können, zu unterstützen. Und diese Leute wollen Sie in der Ersten Kammer stärken und sagen, dann ist die Erste Kammer weniger reaktionär! Dabei habe ich noch ganz abgesehen von den treffenden Ausführungen Lipinskis über die Stellung dieser Kammer zu unseren programmatischen Forderungen. Nach dem Sinne von Noskes Ausführungen müßten wir diese Forderungen, da ja Beschlüsse nicht gefaßt werden sollen, streichen. (Noske: Das ist Unsinn!) Wenn Sie sich der Konsequenzen Ihrer Ausführungen nicht bewußt sind, so bedauere ich das, aber ich empfinde Ihre Ausführungen so. (Noske: Das ist ein Mangel an Auffassungsvermögen!) Die Konflikte, die sich zwischen der Ersten und Zweiten Kammer abgespielt haben, beweisen ja, was mit der Ersten Kammer bezweckt ist. Es ließe sich noch verstehen, wenn die Genossen sagen wollten, die Erste Kammer muß aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Aber die Verfassung ist so beschaffen, daß die Erste Kammer den König schützen soll gegen die Zweite Kammer; und wenn Sie bedenken, daß die Erste Kammer, der König und die Zweite Kammer die ausschlaggebenden Faktoren der Gesetzgebung sind, so werden Sie einsehen, daß es nie dahin kommen wird, daß die Erste Kammer sich auf die Seite der Zweiten gegen den König stellt, selbst wenn es uns gelingen sollte, in der Zweiten Kammer unsere Anschauungen zur Geltung zu bringen. Das mobile Kapital ziehe ich dem immobilen in Sachsen nicht vor. Ich habe ja schon darauf hingewiesen, in wie trauriger Weise sich die Vertreter des mobilen Kapitals, die Nationalliberalen, bei allen Aktionen verhalten haben, wo die Sozialdemokraten einen Fortschritt in der Zweiten Kammer forderten; die Nationalliberalen sind um keinen Deut besser wie die junkerlichen Reaktionäre. Wer etwa glaubt, daß die Nationalliberalen reformiert werden können, muß sich auf den Standpunkt Noskes stellen. Ich kann mich nach den jahrzehntelangen Erfahrungen mit den Nationalliberalen nicht auf diesen Standpunkt stellen. (Sehr richtig!) Wenn man meint, daß bei dem allgemeinen Wahlrecht die Sozialdemokraten eine Aenderung mit den Nationalliberalen herbeiführen würden, so irrt man sich, die nächsten Jahre der Landtagstätigkeit werden das noch deutlicher machen. Wie elend traurig und verräterisch haben sich die Nationalliberalen gegenüber den Volksrechten verhalten, wenn der Absolutismus sich so breit macht, wie es in den letzten Wochen geschehen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein Wort gegen den Vergleich, den Noske gemacht bezüglich des verfassungsmäßigen Eides und der Wahl des Präsidenten. Ich muß es scharf betonen, daß eine solche Auslegung der Verfassung, wie Noske sie über den Eid gemacht hat, in einer der Partei so entgegengesetzten Weise noch kaum je von den Gegnern der Partei gemacht worden ist. Wir haben früher gegen diese Auffassung in den gegnerischen Parteien zu kämpfen gehabt, und jetzt kommt Noske und schildert zur Freude unserer Gegner diese Auffassung in viel schärferer Weise. Ich überlasse es Noske, sich damit abzufinden; ich bitte aber die Versammlung, ihm in seiner Auffassung nicht zu folgen. Wir haben es nicht nötig, über eine solche Interpretation der Verfassung im Sinne der Gegner zu polemisieren. (Zustimmung.) Wir sagen, der Präsident soll nicht zu Hofe gehen, wir lehnen das ab. Noske sagt, wir müssen aus unserer Sektiererhaut heraus und müssen diese Verbeugung machen. (Noske: Sie machen sie ja! Sie sind ja im schwarzen Frack zu dem Essen hingegangen!) Dafür erbitte ich mir den Beweis. (Zuruf: Wir sind ja zum Präsidenten gegangen!) Was ist das wieder für ein Vergleich! Wir sprechen von der Hofgängerei, und Noske spricht von den Gesellschaften der Kammer unter sich. Damit will er die Frage auf ein anderes Gebiet bringen, wir bleiben aber bei der Sache. (Zustimmung.) Ich bitte Sie, sich bloß in die Situation zu versetzen, wenn einer unserer Genossen zur Landtagseröffnung gehen sollte! Warum geht denn Noske aus dem Reichstag heraus, wenn er mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen wird? Die Eröffnung des Landtags schließt mit einem Hoch auf den König. (Noske: Ihr habt das ja mitgemacht, in Sachsen seid Ihr ja dabei aufgestanden!) Wenn die Fraktion das getan hat, so mag sie sich selber verteidigen. Sie kennen ja die Geschichte, wo man dem alten Liebknecht einen Prozeß an den Hals werfen wollte, weil er von dem Hoch auf den Kaiser überrascht wurde und dabei sitzen geblieben war. Wenn hier etwas Schwaches geschehen ist, so mag die Fraktion sich verteidigen. Aber warum gehen Sie denn, Genosse Noske, aus dem Reichstag heraus bei dem Hoch auf den Kaiser? Sie halten es eben nicht für taktvoll, dann zu bleiben, und nicht für vereinbar mit Ihrer republikanischen Gesinnung und Sie wollen wahrscheinlich der Partei nicht Unannehmlichkeiten bereiten, daß man dann sagt, einer von Ihnen mache das mit. Wir wollen unserem Präsidenten solche Ovationen nicht auferlegen, sie sind blamierend für die Partei. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn Noske sagt, wir müssen aus unserer Sektiererhaut heraus, nun, so wird auf dem Deutschen Parteitag in Magdeburg darüber geredet werden, denn das ist die Ansicht der Revisionisten, und sie muß gründlich erledigt werden. (Lebhafter Beifall.)

Sindermann: Selbstverständlich ist das Zu-Hofe-Gehen des Vizepräsidenten weder in der Verfassung, noch in der Geschäftsordnung des Landtags vorgeschrieben, es wurde nur von den Nationalliberalen und den Freisinnigen dem Sozialdemokraten zur Pflicht gemacht, und nur unter dieser Bedingung hätten sie für ihn gestimmt. Ich bin überzeugt, wenn die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion diese Bedingung angenommen hätte, dann hätten die Nationalliberalen und Freisinnigen andere Bedingungen gestellt. (Sehr wahr!) Deshalb brauchen wir uns nicht darüber zu unterhalten, was der sozialdemokratische Vizepräsident macht, ob er zu Hofe gehen und den König mit hochleben läßt, oder ob er die Prinzessin Mathilde zur Tafel führt. (Große Heiterkeit.) Noske untersucht bereits, ob Hansabund oder Bund der Landwirte schädlicher ist, und er bringt den Hansabund in empfehlende Erinnerung. Nun, wir haben im Landtag den Vizepräsidenten des Hansabundes, Herrn Stecher aus Leipzig, und ich bin überzeugt, wenn Noske die Verhältnisse kennt, wird er sagen: Um Gottes Willen, laßt bloß die Reform der Ersten Kammer weg, wenn es sich nur darum handelt, einige Nationalliberale hineinzubringen. Gerade in der Reform der Fabrikinspektion sind die nationalliberalen Großindustriellen das größte Hemmnis, und da sollten wir dafür eintreten, die Erste Kammer, die wir seit Jahren bekämpft haben, zu reformieren zugunsten der Unternehmer, nur weil auch einige Arbeiter hineinkommen? Eine größere Heuchelei könnte es nicht geben. (Sehr wahr!) Und wenn dann einmal in der Zweiten Kammer eine Reform der Fabrikinspektion zugunsten der Arbeiter durchgedrückt wäre, dann würden die Fabrikbesitzer der Ersten Kammer, die mit unserer Hilfe hineingekommen wären, die Errungenschaften mit einem Federstrich beseitigen. Noske mag sich doch einmal in seinem eigenen Wahlkreis, wo die nationalliberalen Textilwarenfabrikanten an der Spitze stehen, umsehen. Ja, müßten die Arbeiter nicht zu der Auffassung kommen: was hat denn die Tätigkeit der Fraktion im Landtage für einen Zweck, wenn sie für die Hineinbugsierung dieser Scharfmacher eintritt? Das sind Fragen, die völlig ausscheiden, wir haben ja im Landtag auch bereits darüber diskutiert und unsere grundsätzliche Auffassung mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Nun zieht man in die Debatte eine ganze Menge Dinge, die mit der Frage gar nichts zu tun haben und durch die man die Sache nur verwischen will. Z. B. die Frage des Hochs auf den König. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir beim Sessionsschluß, wenn das Hoch ausgebracht wird, aus dem Saal verschwinden. Bei der Eröffnung befinden wir uns in einer Zwangslage, das Königshoch wird ausgebracht, während der Feststellung der Präsenz und der Verlesung der Namen, und es ist uns nicht möglich, daß wir alle 25 durch eine Tür schnell verschwinden. Wie kann man da von einer monarchischen Huldigung sprechen?

Noske: Daß Geyer so gegen mich polemisieren würde, wie er es getan hat, habe ich vorher gewußt. (Heiterkeit.) Wenn Geyer nicht gegen Argumente ankämpfen kann, dann konstruiert er sich eine Rede, gegen die er dann lospaukt. Er hat nicht das widerlegt, was ich ausgeführt habe, sondern er hat mir Dinge untergelegt, die ich gar nicht gesagt habe. Dagegen, daß er mich als Revisionisten hinstellt, wehre ich mich schon gar nicht mehr; vor ein paar Jahren habe ich mich darüber noch entrüstet, aber wenn mich heute jemand als Revisionisten bezeichnet, dann lache ich ihn aus, denn darin liegt der Versuch einer gewissen Verächtlichmachung. Im übrigen deute ich das Wort so, daß ein Revisionist ein Mann ist, der versucht, etwas Neues zu lernen. Diese Auslegung lasse ich mir gefallen, und ich will Geyer dann gern bestätigen, daß er kein Revisionist ist. (Heiterkeit.) Durch meine Warnung, einen Beschluß zu fassen, wollte ich nur zum Ausdruck bringen, daß die notwendige Folge davon sein wird, daß der Beschluß gebrochen wird und daß man Entschuldigungen dafür findet. (Zuruf: Also Befürwortung des Disziplinbruchs!) Nein, Disziplinbrüche in der Partei verurteile ich so entschieden wie nur irgend jemand, die Partei muß auf strenge Disziplin halten, wenn sie nicht ins Hintertreffen kommen will, aber sie soll nicht Beschlüsse fassen, von denen wir nicht wissen, ob sie gehalten werden können. Haben wir nicht in bezug auf die Parteitagsbeschlüsse zur preußischen Wahlrechtsfrage radikal umschwenken müssen? Haben wir nicht erst gesagt: der Landtag soll verfaulen? Und haben wir nicht, als er nicht verfaulte, den Hebebaum angesetzt und uns bemüht, dazu beizutragen, daß auch in Preußen eine Reform zustande kommt? So setzen wir überall den Hebebaum an und fragen den Teufel danach, ob die Mittel verpönt sind; wir fragen nur danach, ob sie zweckmäßig sind. Meine Ausführungen über die Erste Kammer hat Geyer in einer Weise mißverstanden, wie das bei seinem hervorragenden Scharfsinn kaum begreiflich ist. Wo habe ich denn gesagt, daß aus unserem Programm die Forderung der Beseitigung der Ersten Kammer gestrichen werden muß? (Geyer: Das habe ich nicht gesagt! — Lipinski: Das steht ja auch gar nicht im Programm!) Wenn es auch nicht im Programm steht, so ist jedenfalls jeder Sozialdemokrat der Meinung, daß wir keine Erste Kammer brauchen. Auf den Kern der Sache ist noch niemand eingegangen. Wollen Sie unsere Landtagsfraktion heute für alle Zeiten festlegen? (Zuruf: Nur bis zur nächsten Landesversammlung!) Was hat denn das für einen Zweck! Wir machen doch keine Gelegenheitsgesetze von einem Jahr zum andern, durch die wir uns nur lächerlich machen. Wollen Sie heute die Landtagsfraktion festlegen, daß sie unter allen Umständen dafür zu sorgen hat, daß entweder die Erste Kammer beseitigt wird oder daß sie in ihrer jetzigen reaktionären Mehrheit weiter bestehen bleibt? Davon kann gar keine Rede sein, daß die Fraktion Anträge einbringt, durch die an Stelle der Agrarier ein paar Unternehmer mehr hineinkommen oder daß Renommierarbeiter hineinkommen. Aber ich frage, ob einem Großgrundbesitzer aus der Lausitz nicht ein Unternehmer vorzuziehen ist? (Lebhafter Widerspruch und Zurufe: Die Sorte nicht!) Diese Leute werden natürlich in der Ersten Kammer niemals eine sozialdemokratische Politik treiben, sie werden niemals Arbeiterpolitik treiben. (Zuruf: Na also!) Die Leute können aus ihrer Haut nicht heraus, sie werden die Politik ihrer Klasse treiben, aber weshalb wählen wir denn in der Stichwahl zwischen Konservativen und Liberalen die Liberalen als das kleinere Uebel? Selbst wo wir in den Stichwahlen Gewehr bei Fuß stehen wollten, sind uns die Massen nicht gefolgt, sondern sie sind für das kleinere Uebel eingetreten.

In der Ersten Kammer handelt es sich doch nicht nur um Arbeiterfragen, sondern um eine ganze Reihe anderer Fragen, und da sage ich, wenn die Unternehmer in ihrem Sinne liberale Politik treiben, so helfen sie uns auf unserer Bahn vorwärts. Es handelt sich darum, ob reaktionär-agrarische oder moderne großkapitalistische Politik betrieben werden soll, und diese moderne Politik hilft dem Arbeiter vorwärts. (Sindermann: Weiße Salbe!) Nein, die Leute vertreten ihre Interessen und sie fördern dadurch auch unsere Interessen. Diese Anschauung ist von jeher in der Partei vertreten worden. Ich kann mir gar keine schlimmere Verdächtigung denken, als wenn Geyer erklärt, diejenigen, die politisch anderer Meinung sind als er, wollen, daß die Interessen der Arbeiter weniger scharf vertreten werden als bisher. Sind Sie sich darüber klar, was für eine unglaubliche Verdächtigung und Verunglimpfung das ist? Sie können meine Anschauung für falsch halten, aber wie können Sie es wagen, denen, die eine abweichende Meinung vertreten, den Vorwurf zu machen, daß sie die Interessen der Arbeiter weniger scharf vertreten. Was ich will, das ist, daß nicht das kleinste Tüpfelchen von Macht preisgegeben wird, die wir erlangen können, daß wir uns auf jeden zollbreit Boden, den wir gewinnen können, setzen. Auch in der Präsidentenfrage könnten wir von verbreiterter Grundlage aus für die Arbeiter kämpfen, als es hier geschehen ist.

Nitzsche: Geyer hat mir vorgeworfen, ich hätte absichtlich die Budgetfrage hineingezogen; er hat damit versucht, eine gewisse Stimmung zu erzeugen. Man merkt die Absicht. Er hat übrigens selbst die Budgetfrage in den Vordergrund gerückt, und er hat alle Einwendungen über die Ministergehälter dadurch abzuwehren gesucht, daß er sagt, wir in Sachsen haben gegen das Budget gestimmt und damit alles abgelehnt. Bereits Fräßdorf hat im Landtag erklärt, daß wir trotz der Gesamtablehnung des Budgets alles aufrechterhalten, was wir bewilligt haben. Wer sich das Finanzgesetz näher ansieht, der muß zu der Ansicht kommen, daß es in Sachsen überhaupt keine Budgetabstimmung gibt. Die ersten Worte des Finanzgesetzes lauten: „Auf Grund des verabschiedeten Staatshaushaltsetats werden die Gesamteinnahmen und -ausgaben des ordentlichen Staatshaushaltsetats für jedes der Jahre 1910/11 auf die Summe von . . . . . . M. festgesetzt." Das ist der wichtigste und ausschlaggebende Paragraph des Finanzgesetzes. Also es wird vorausgesetzt, daß der Etat fertig ist. Würde das Finanzgesetz abgelehnt, dann würde die Endsumme nicht ausdrücklich festgesetzt, aber eine Ablehnung des Budgets würde das nicht, also so liegt das nicht, daß mit der Ablehnung des Finanzgesetzes alles abgelehnt wird. — In der Vizepräsidentenfrage handelt es sich nach Ilge um einen Verfassungsakt. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann können wir aber auch auf Grund der Dresdner Resolution die Bedingungen erfüllen, die man uns gestellt hat. Ja, wer auf dem Standpunkt von Ilge steht, der muß die Bedingungen der Dresdner Resolution erfüllen. Ueber die Bedeutung einer Vertretung im Präsidium ist viel geredet worden. Sindermann hat versucht, uns durch den Hinweis auf das feierliche Zeremoniell gruselig zu machen, aber ich glaube, er weiß selbst nicht genau, wie die Sache vor sich geht. Die Abgeordneten stellen sich im Saale des Schlosses auf, der König verliest die Thronrede, ein Ministerialdirektor berichtet, was der letzte Landtag beschlossen hat; es folgt ein Hoch auf den König und dann ist die Sache zu Ende. Ist das so furchtbar, daß ein Sozialdemokrat nicht dabei sein kann? Es kommt doch höchstens das Hoch in Frage, und wenn wir das nicht mit anhören dürften, dann dürften wir ja auch nicht in den Landtag gehen. — Noch ein Wort über die Erste Kammer! Es ist immer gesagt, die Vertreter werden vom König ernannt, aber die freisinnigen Anträge forderten ja gerade die Wahl der Vertreter, sie wollten also einen anderen Zustand schaffen. Sindermann hat eingewendet, zu Arbeitervertretern würden nur nationale Arbeiter ernannt werden. Nun, vorläufig sind wir ja noch nicht so weit, aber das glaube ich ohne weiteres, daß man nur nationale Arbeiter hinzuziehen würde. Ich würde aber auch das schon für einen wesentlichen Fortschritt halten. Würden wir uns daran stoßen, dann dürften wir ja auch nicht für die Hinzuziehung von Arbeitern zur Fabrikinspektion eintreten, denn dazu wird man doch auch keine sozialdemokratischen Arbeiter ernennen. Also auch diese Gründe schlagen nicht durch. Nun fordert die Resolution, daß wir auf die Beseitigung der Ersten Kammer hinstreben sollen. Wie soll das geschehen, wenn man uns verhindert, schrittweise etwas zu erringen? Wenn wir so weiter operieren wie im letzten Landtag, dann sorgen wir ja nur dafür, daß die Erste Kammer in ihrem jetzigen gemeingefährlichen Zustand erhalten bleibt. Die Hoffnung, daß sie verfault, ist sehr gering. Nur durch Ausnutzung aller Umstände werden wir sie erschüttern können, aber sonst nicht. Nun hat Geyer Behauptungen über Nationalliberale und Konservative aufgestellt, die ich wohl in einer Volksversammlung für möglich gehalten hätte, nicht aber hier in der Landesversammlung, wo es sich darum handelt, Klarheit über die politische Situation und über die Parteien zu schaffen. Ich begreife nicht, wie man behaupten kann, Konservative und Nationalliberale sind gleich. Geyer glaubt ja selbst nicht daran, denn sonst hätte er nicht an einer anderen Stelle vorschlagen können, daß wir in einem ländlichen Kreis den Agrarier beseitigen wollen. Ich habe ja in meinem Referat schon ausgeführt, daß sich für bestimmte Fragen im Landtage eine Mehrheit der Linken gebildet hat. Ich füge hinzu, daß die Regierung, seitdem die konservative Mehrheit gefallen ist, keinen Versuch mehr mit der Umsatzsteuer machen wird. Ich bin weit entfernt, den Nationalliberalen eine wirklich liberale Politik zuzutrauen, aber die Behauptung, daß alles Wurst ist, daß es gleich ist, ob nationalliberal oder konservativ, wird durch die Tatsachen widerlegt. Wir dürfen die Unterschiede zwischen den Parteien nicht verwischen, im Gegenteil, wir müssen sie scharf hervorheben. Es ist nicht richtig, daß im letzten Landtag die Nationalliberalen sich nicht von den Konservativen unterschieden haben. Das mag für frühere Zustände zutreffen, aber auf keinen Fall für den jetzigen Landtag.

Die Rednerliste ist erschöpft.

Nitzsche verzichtet auf das Schlußwort.

Die Resolution Geyer-Lipinski wird gegen eine Stimme angenommen.

Auf Vorschlag des Bureaus wird über den Antrag des 1. Kreises betr. die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit nicht mehr gesondert debattiert.

Lucke-Neugersdorf: Nicht allein die Frage der Erwerbung der Staatsangehörigkeit von Reichsangehörigen, sondern auch den Ausländern muß einmal im Landtage erörtert werden. Gerade in den Grenzbezirken kommt es vor, daß in derselben Familie der Vater und ein Sohn die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, daß aber die anderen Söhne nicht in den sächsischen Staatsverband aufgenommen werden, weil sie zu reich mit Kindern gesegnet sind. Wir haben in den Grenzbezirken Leute, deren Vater und Großvater in Sachsen geboren sind, die aber trotz aller Bemühungen die Staatsangehörigkeit nicht erwerben können, weil die Regierung fürchtet, irgendwelche Verpflichtungen in bezug auf die Uebernahme der Armenlasten eingehen zu müssen. Wir haben allen Anlaß, diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen.

Lange-Leipzig: Der Antrag ist nicht recht am Platze, denn es handelt sich hier um ein Reichsgesetz. Der Landtagsfraktion ist es nur möglich, die Handhabung dieses Gesetzes zu kritisieren. In Preußen ist es noch viel schlimmer als in Sachsen, denn in Sachsen werden wenigstens Zuschriften, die an eine falsche Behörde gerichtet sind, an die richtige Behörde weiterbefördert. Aber auch aus Sachsen sind mir unglaubliche Fälle bekannt. So kenne ich einen hiesigen Einwohner, dessen Vater Missionar in Ostafrika war; er war über 10 Jahre drüben, hat seine Staatszugehörigkeit verloren, er kommt nach Preußen zurück und erwirbt anstandslos die Staatszugehörigkeit, aber der eine Sohn, der in Sachsen war und schon über 21 Jahre alt ist, erhält die Staatszugehörigkeit nicht. Solche Fälle müssen im Landtage kritisiert werden.

Lipinski: Im Reichstage ist diese Frage vor einigen Jahren einmal sehr eingehend von unserer Seite behandelt worden. Was uns in Sachsen, speziell in unserem Leipziger Winkel, interessiert, ist die Tatsache, daß vor Jahren vom Leipziger Wahlamte aus die preußischen Behörden, namentlich die Landratsämter der Umgegend, angewiesen sind, bei der Ausstellung der Urkunden Fragen an die Nachsuchenden zu richten, die diese in den meisten Fällen gar nicht beantworten können. Es wird ein Fragebogen mit 48 bis 50 Fragen versandt, was die Eltern waren, wo sie geboren sind, ob sie krank waren — wo die Großeltern gewohnt haben, ob die Großeltern krank waren — alles Fragen, die mit der Sache in gar keinem Zusammenhange stehen. (Sehr richtig!) Diese Art des Vorgehens, die im Einverständnis mit den sächsischen Behörden geschieht, kann natürlich in weitestem Maße im Landtage kritisiert werden. Neuerdings kommt hinzu, daß in Sachsen noch besondere Gebühren erhoben werden, die die Erwerbung der Staatsangehörigkeit noch mehr erschweren. Da aber der Wortlaut des Antrags nicht sehr glücklich gewesen ist, halte ich es für das praktischste, ihn der Landtagsfraktion als Material zu überweisen.

Hiermit schließt die Debatte.

Der Antrag wird der Landtagsfraktion als Material überwiesen.

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Die Landesversammlung vertagt sich auf Dienstag 9 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Dienstag den 6. September.

Lipinski eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Verlesung eines Begrüßungsschreibens von Genossen aus der Heilstätte ...

Die Versammlung tritt in die Beratung des dritten Punktes der Tagesordnung:

Reform des Volksschulwesens.

Hierzu liegt folgende Resolution vor:

„Die Volksschule ist in den kapitalistisch regierten Staaten der Gegenwart nicht ein wirksames Organ wahrhafter Volks-

bildung, sondern nur ein Hilfsmittel der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitermassen und zugleich ein Herrschaftsinstrument zur Förderung der politischen Interessen des Kapitals.

Der Sozialismus, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit die Klassenunterschiede abschaffen will, beseitigt damit auch die bisherige Klassenerziehung. Der Sozialismus sieht in dem Kinde nicht den zukünftigen Lohnsklaven und rechtlosen Proletarier, sondern er würdigt in ihm das werdende Glied der sozialen Gemeinschaft freier Arbeiter, dessen geistige und körperliche Fähigkeiten in seinem eigenen und im gesellschaftlichen Interesse zu möglichst hoher Vollendung zu entwickeln sind. Die öffentliche Erziehung wird dadurch zu einer der wichtigsten sozialen Aufgaben, für die die letzten geistigen und materiellen Mittel der Gesellschaft nutzbar machen sind.

Um die klassenstaatliche Volksschule im Sinne des sozialistischen Erziehungszieles vorwärts zu entwickeln, stellt die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens zunächst die folgenden Forderungen auf:

1. Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens.

2. Organische Angliederung der höheren Bildungsanstalten an die allgemeine Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lern- und Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Schulen. Beihilfe des Staates für die Weiterbildung befähigter aber unbemittelter Schüler ohne Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte der Eltern. Gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen. Errichtung von Fach- und Fortbildungsanstalten für die schulentlassene Jugend ohne Unterschied des Geschlechts. Obligatorischer auch während der Tageszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Errichtung von Erziehungs- und Verpflegungsanstalten für vorschulpflichtige Alter (Kindergärten) weltlichen Charakters. Errichtung von Schulheimen, in denen die Kinder in den unterrichtsfreien Tagesstunden leibliche und geistige Fürsorge finden.

Errichtung von besonderen Klassen und Schulen für abnorme Kinder (schwachbegabte, blinde, taubstumme, epileptische). Gründung von Sanatorien für kränkliche und kränkliche Kinder. Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder durch Schulärzte. Schaffung von Ferienkolonien. Errichtung von Bädern und Schwimmhallen in den Schulen. Bau und Ausgestaltung der Schulgebäude nach den Forderungen der Schulhygiene.

3. Organisation und Durchführung des inneren Schulbetriebs, Festsetzung der Schülerzahl für die einzelnen Klassen, Auswahl der Lehrstoffe, Aufstellung des Lehrplans erfolgen ausschließlich nach pädagogischen Grundsätzen und unter Mitwirkung der Lehrer und Lehrerinnen.

Abschaffung des Religionsunterrichts. Einführung des Arbeitsunterrichts in alle Schulen. Errichtung von Lehrwerkstätten. Pflege künstlerischen Bildung.

4. Uebernahme der Schullasten auf den Staat.

Mitwirkung der Eltern und der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung. Gleichberechtigung beider Geschlechter.

Vereinheitlichung der Aufsichtsorgane. Fachschulaufsicht.

5. Materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen entsprechend der Bedeutung ihrer Aufgabe und zur Erhaltung der höchsten persönlichen Leistungsfähigkeit. Universitätsbildung für sämtliche Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen. Gleichberechtigung beider Geschlechter in der Lehrtätigkeit und in der Besoldung. Schaffung eines Landesschulbeirats zur Unterstützung der Landesschulbehörde, zusammengesetzt aus den freigewählten Vertretern der gesamten Lehrerschaft des Landes. Beseitigung aller besonderen Disziplinarbestimmungen für Lehrer und Lehrerinnen.

6. Errichtung von Volksbibliotheken, Lesehallen und andern Einrichtungen für Volksbelehrung und Unterhaltung (Volkskonzerte, Volksvorstellungen, Volksvorlesungen)."

Referent Heinrich Schulz: Wenn wir Sozialdemokraten an eine Reform herantreten, so geschieht das aus anderen Motiven und Absichten als den bürgerlichen Reformen. Wir betreiben die Reform nicht um ihrer selbst willen, sondern sie ist uns nur Mittel zu dem höheren Zweck, die menschliche Gesellschaft von Grund aus zu erneuern, und zwar auf Grundlage der Sozialisierung der Produktionsmittel. Eine solche Reform bestreitet nicht die Berechtigung der Basis des Bestehenden, sie wird auch nicht von einem über die Gegenwart hinausragenden sozialistischen Ziel geleitet. Günstigstenfalls sucht jede bürgerliche Reform zusammenhangslos und oft widerspruchsvoll hie und da die helfende Hand anzulegen, um das Bestehende zu festigen. Jede sozialistische Reform stellt sich aber nur widerwillig und dem Zwang gehorchend auf den Boden der gegebenen Zustände und überhaupt soweit wie die Reform es ermöglicht, aus der Gegenwart herauskommen. Geleitet wird die proletarische Reform, die wir der Gegenwart leisten, von den Richtlinien, die uns unser Endziel vorschreibt. Daher ist die proletarische Reform einheitlich zielbewußt und systematisch.

Auch die bürgerliche Schulreform stellt sich auf den Boden der bestehenden Gesellschaft. Sie nimmt die gegenwärtige Schulorganisation in ihrem ganzen und auch im einzelnen als gegeben und im allgemeinen als richtig an, sie beklagt Uebelstände, sie sucht sie hier, sie sucht sie da, findet sie hierin, sie sieht sie darin, und wenn man die bürgerliche Schulreform im ganzen überschaut, so ist sie unklar und verworren, es läuft alles durcheinander, der eine bestreitet das, was der andere für richtig hält, weil sie von verschiedenen Zielen und Absichten ausgehen.

Die sozialistische Schulreform dagegen rechnet mit dem Schulwesen der kapitalistischen Gegenwart nur, weil sie damit rechnen muß, die Arbeiterklasse trägt ein anderes Schulideal in ihrem Herzen, ein Ideal, das aus der Erkenntnis der sozialen Zusammenhänge erwachsen ist, und an diesem programmatischen Endziel und den Zukunftsforderungen messen wir die Pädagogik, messen wir das Schulwesen der Gegenwart und suchen der herrschenden Gesellschaft im Kampf abzuringen, was in der Richtung zu dem pädagogischen Endziel liegt.

Das sozialistische Schulideal schwebt nicht in der Luft, ist etwa eine utopistische Konstruktion, sondern es ist unlösbar organisch verwachsen mit dem sozialistischen Ideal überhaupt. Wir wollen die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, das heißt die Gesellschaft selbst soll die Produktion regeln, vom Kleinen und Groben bis zum Großen und Feinen. Die Gesellschaft soll die Produktion regeln, das heißt nicht eine Kaste, nicht die Gesamtheit soll imstande sein, die Aufgaben der Produktion systematisch zu erfüllen. Dann ist aber nötig, daß das einzelne Mitglied der Gesellschaft das Verständnis für den Produktionsprozeß und seinen Zusammenhang besitzt. Was das bedeutet, sei ein Bild auf die Gegenwart. Heute steckt der einzelne Arbeiter im Produktionsprozeß, ohne zu wissen, warum er dies und das verrichtet, der einzelne Arbeiter hat nichts zu bestimmen, er muß rein mechanisch seine Tätigkeit ausüben. So kommt es, daß der Arbeiter in der Regel — es kommen natürlich einzelne Fälle besonders intelligenter Personen vor — das Verständnis für die Teilarbeit besitzt, die er verrichtet. Stumpf geht er sozusagen jagen dasselbe Stück an, er versteht nicht den Zusammenhang seiner Arbeit innerhalb des Produktionszweiges, welchem er beschäftigt ist, und er versteht nicht den organischen Zusammenhang der verschiedenen Produktionszweige mit dem Leben der gesellschaftlichen Produktion. Durch diese Tatsache, durch die Wirkung des sozialistischen Arbeitsprozesses wird die Arbeit für den einzelnen Arbeiter ihres intellektuellen Reizes entkleidet, wird die Arbeit entkleidet auch ihrer hervorragenden Wirkung auf das Gemüt, dadurch wird die Arbeit für den Menschen zu einer Qual. Soll die Gesellschaft sich selbst helfen, so muß sie das Verständnis für das Wesen der Gesellschaft, für die ökonomischen Triebfedern der Entwicklung haben. Nicht jeder einzelne soll kommandieren können, aber jeder einzelne soll Verständnis für den gesellschaftlichen Zusammenhang besitzen: die Arbeiterklasse soll nicht ein Lasttier sein, das einem intelligenten Menschen zur Arbeit vorwärts getrieben muß, sondern die Gesellschaft soll einheitlich, die Arbeit soll gleichmäßig sein, es soll kein Rangunterschied bestehen zwischen Kopf- und Handarbeit, jeder soll die Arbeit verrichten, für die ihn seine entwickelten Eigenschaften am besten befähigen. „Seine entwickelten Eigenschaften." Dazu ist die notwendige Voraussetzung, daß alle Fähigkeiten des Körpers und des Geistes entwickelt werden und entwickelt werden können. Dazu ist notwendig: daß wir Einrichtungen haben, Schulen, die jedem Kind die Möglichkeit bieten, alle guten Eigenschaften des Körpers und des Geistes zu entwickeln. Daher verlangen wir einen einheitlichen, wohlgegliederten Schulorganismus, welcher die heranwachsende Generation vom frühesten Alter bis zur Grenze der Jugend umfängt; einen einheitlichen, wohlgegliederten Schulorganismus, in dem nichts anderes geleistet wird, als dem einzelnen zur Entwicklung seiner Fähigkeiten zu verhelfen, zu seinem eigenen Wohle und zum Wohle der Gesamtheit. Die Erziehung zum Wohle der Gesamtheit betonen wir scharf gegenüber den in der heutigen Pädagogik herrschenden individualistischen Grundsätzen. Wir sagen, der einzelne ist nichts ohne die Gesamtheit, und daher ist das Kind nicht als ein von der Gesamtheit losgelöstes Individuum zu erziehen, sondern als ein Glied der Gesamtheit. Die Erhalterin der Gesamtheit ist aber die gesellschaftliche Arbeit und daher ist unsere Erziehung zu gründen auf die Entwicklung der Liebe zur Arbeit. Damit ist unser Endziel in methodischer Beziehung die Erziehung zur Arbeit durch Arbeit, und dieser Arbeitsunterricht soll nicht etwa nebenherlaufen, wie heute z. B. der Handfertigkeitsunterricht, er soll nicht eine interessante Ergänzung des Schulunterrichts sein, sondern er soll den Kern des ganzen Unterrichts bilden, er soll gleichsam die Wurzel sein, aus der der übrige Schulunterricht die Nahrung saugt. Vom kindlichen Spiel — denn für das Kind ist das Spiel Arbeit — soll der Unterricht entspringen.

Die Einzelheiten unseres Erziehungsideals kann ich nicht näher durchführen, ich möchte Sie auffordern, das einzelne darüber in unserer Fachliteratur nachzulesen. Es war nur notwendig, unser pädagogisches Endziel kurz zu skizzieren, um an ihm das Schulwesen der Gegenwart zu messen. Auf den ersten Blick bietet unser heutiges Schulwesen eine außerordentlich bunte Mannigfaltigkeit dar: wir haben Volksschulen, in Sachsen sogar verschiedene Arten von Volksschulen, wir haben Bürgerschulen, Mittelschulen, Mädchenschulen, höhere Mädchenschulen, technische Mittelschulen, Akademien aller Art, Universitäten; scheinbar eine rege Vielseitigkeit, ein so mannigfaltig organisiertes Schulwesen, daß allen Bedürfnissen Rechnung getragen werden kann, daß alle Möglichkeiten der heranwachsenden Generation ihre Rechnung finden können. Aber das ist nur scheinbar, in Wirklichkeit entscheidet nicht die Fähigkeit darüber, welche Schulgattung das Kind besucht, sondern ein für die geistige und körperliche Entwicklung ein für das Können des Menschen vollkommen gleichgültiger Umstand, nämlich das Geld des Vaters. In Wirklichkeit zeigt unser Schulsystem nicht eine fortschrittliche und alle Möglichkeiten entwickelnde Vielseitigkeit, sondern in Wirklichkeit ist das ganze Schulwesen der Gegenwart scharf und intolerant in zwei Gruppen geschieden, einerseits in die Volksschule, die 90—95 Prozent aller Kinder besuchen müssen, und auf der andern Seite die bunte Vielseitigkeit des höheren Schulwesens, die nur für die 5—10 Proz. Kinder der Besitzenden berechnet ist, und diese Mannigfaltigkeit, in die sich die Kinder der Besitzenden teilen können, ist nur eine bunte, bei der die eine Schulorganisation der andern auf die Zehen tritt, bei der die eine der andern im Wege steht. Selbst bei den Volksschulen gibt es Unterschiede, die darauf beruhen, daß sogar der schwache Anfang einer Volksbildungsanstalt noch nicht überall entwickelt ist. Das Schulwesen der Gegenwart trägt unverkennbar die Klassenphysiognomie der Gesellschaft, und das beruht nicht etwa auf der Bösartigkeit einzelner Leute, sondern es beruht auf der Entwicklung der heutigen Gesellschaft. Ich kann natürlich hier nicht auf die Entwicklung der Volksschule im einzelnen näher eingehen, sondern ich kann sie nur mit einigen Strichen andeuten. Das Bedürfnis nach Schulunterweisung tritt in der Gesellschaft erst auf, als sich die geistige Entwicklung von der körperlichen losgelöst hat, und das geschah, als eine herrschende Klasse auftrat, die die Mehrzahl der Menschen zu Sklaven degradierte. In den Sklavenstaaten des Altertums, in Griechenland und Rom, gab es vortreffliche Schulen für die Kinder der herrschenden Klassen, aber es gab keine Schulen für das Volk. In dem Augenblick, wo die Schule auftritt, ist sie auch schon Klassenschule, ist sie ein Mittel der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Volkes, ein Mittel, um die Kinder der herrschenden Klasse zum Lebensgenuß zu erziehen und die unterdrückte und ausgebeutete Klasse zu beherrschen, und dieses Klasseninstrument ist die Schule geblieben. Es gab im Mittelalter Palastschulen für die Kinder der Junker, es gab Klosterschulen, in den Städten gab es die Stadtschulen, aus denen sich später die höheren Schulen entwickelt haben; das Patriziat der Städte schafft sich Universitäten, um sich für den Handel und Wandel besser auszurichten, und als vorübergehend der Handwerkerstand zur Macht und Mitbestimmung aufstieg, entstanden auch sofort Handwerkerschulen, die wir als die Grundlage der Volksschulen ansehen können. Die Handwerkerschulen waren damals für die Städte wirkliche Volksschulen, aber in den Städten lebten nur wenige, die Masse der Bevölkerung, die auf dem Lande lebte, hatte keine Schulunterweisung, und als die kapitalistische Herrschaft einbrang, verfiel diese Schule. Ihre Reste sind erhalten geblieben einmal, um das Handwerk zu stützen, und andrerseits wurden die Schulen, die noch bestanden, vom Absolutismus benutzt, um das Volk durch die Schule zu einem gefügigen Werkzeug der herrschenden Klasse zu machen. Im wesentlichen ist das auch heute noch ihre Aufgabe, im wesentlichen ist die Schule nicht eine Volksbildungsanstalt des Volkes wegen, sondern ein Hilfsmittel der kapitalistischen Ausbeutung und ein Herrschaftsinstrument für die besitzenden Klassen. Die herrschende Klasse braucht die Schulen für die Bedürfnisse der kapitalistischen Produktion; die herrschende Klasse kann bei der Produktion den ungebildeten Arbeiter nicht gebrauchen. Allerdings sind die Bedürfnisse der Produktion verschieden. Es gibt Produktionszweige, in denen der Arbeiter sehr tief stehen kann, in denen er noch nicht einmal die Kenntnis des Abc nötig hat, und deshalb scheuen sich die Kapitalisten auch nicht, ausländische, ungebildete polnische und galizische Arbeiter heranzuziehen, die noch nicht einmal deutsch sprechen, geschweige denn deutsch lesen und schreiben können. Es gibt aber auch wieder einzelne Zweige der kapitalistischen Industrie, die eine entwickeltere Arbeiterschaft brauchen; ein Bauarbeiter, der Steine auf den Bau zu schleppen hat, braucht schließlich nicht so viel zu wissen wie ein Mechaniker, der in einer optischen Werkstatt feinmechanische Arbeiten zu verrichten hat, und für diesen Unterschied in der geistigen Anlage des Arbeiters reicht auch die Volksschule aus, die Schulen in den größeren Städten stehen auf einer höheren Stufe als auf dem Lande. Daneben hat die Volksschule doch die Aufgabe, in den Kindern eine fromme und untertänige Gesinnung, die Gesinnung des guten, loyalen Untertans und Staatsbürgers heranzuziehen, und das soll durch den Religions- und Geschichtsunterricht erreicht werden. Darum hat die Volksschulbildung im allgemeinen ein niedriges Niveau, sie wird auch von der herrschenden Gesellschaft über die Achsel angesehen. Ein höherer Schüler mag noch so dumm sein: wenn er nur mit Ach und Krach sein Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis erfessen hat, ist er imstande, die eleusinischen Mysterien des militärischen Drills in einem Jahre zu erfassen, während der Volksschüler dazu, auch wenn er noch so intelligent ist, zwei Jahre gebraucht. Die heutige Volksschulbildung sollte ja auch nach der Wahlrechtsvorlage in Preußen nicht zum Aufrücken in die höhere Wählerklasse ausreichen, während die höhere Schulbildung dazu berechtigen soll. (Hört, hört!) Auch was das sächsische Volksschulgesetz vom Jahre 1888 über die Aufgaben der Volksschule sagt, bestätigt meine Auffassung. Es heißt da, daß die Volksschule den Zweck hat, die für das bürgerliche Leben allgemeinen Kenntnisse und Fertigkeiten herbeizuführen, mit andern Worten, den Volksschüler zu einem brauchbaren Werkzeug für den kapitalistischen Produktionsprozeß zu machen. Auch in der lustigen Verfügung, die die Altenburgische Regierung vor einigen Jahren erlassen hat, findet sich eine charakteristische Wendung über die Aufgabe der Volksschule. Die Aufgabe besteht hiernach nicht nur darin, der heranwachsenden Jugend ein bestimmtes Maß von Kenntnissen zu verschaffen — weiter sagt man nichts, aber das genügt auch, da wir ja alle aus Erfahrung die Volksschule kennen —, ein bestimmtes Maß von Kenntnissen, nicht mehr, als die Regierung für gut befindet —, und weiter heißt es dann, sie soll auch ihre Angehörigen auf der Grundlage des Christentums heranbilden zu sittlich-religiösen und vaterlandsliebenden Persönlichkeiten. Das ist also dasselbe, was wir als Erziehung zur Untertänigkeit bezeichnen. (Sehr richtig!)

Daß die herrschenden Klassen kein höheres Interesse an der Volksschule haben, beweisen sie dadurch, daß niemals Geld für die Volksschule zur Verfügung steht. Für Dinge, die der herrschenden Gesellschaft mehr am Herzen liegen, ist immer Geld da. Für die militärische Erziehung wird nicht gefragt, wieviel kostet sie, sondern ist sie notwendig? Bei der Volksschule dagegen fragt man nicht: ist sie notwendig, sondern: wieviel kostet sie? Kostet sie viel, dann wird es nicht gemacht. Daß man die Volksschulbildung als untertänige Knechtsbildung betrachtet, geht auch daraus hervor, daß man heute jede Brücke zwischen Volksschule und höherer Schule fallen läßt, man will nicht, daß die Volksschule organisch zur höheren Schule überleitet. Endlich liegt der Beweis dafür, daß die herrschenden Klassen die Volksschulbildung in diesem Sinne auffassen, auch darin, daß in der Volksschule keine geistig freimachende Methode herrscht, daß man die Kinder nicht an kritisches Selbstdenken gewöhnen, sondern daß man alles durch Drill und Dressur erreichen will, daß man blinden Gehorsam verlangt, und zu diesem Zweck, wenn es nötig ist, den Prügel anwendet. So besteht denn eine tiefe Kluft zwischen unserem Ideal und dem Schulwesen der Gegenwart.

Wie soll nun die Reform beschaffen sein? Sie soll den Zweck haben, die große Spannung zwischen dem, was ist und was sein sollte, zu mindern, sie soll die Kluft ausfüllen. Da wir von unserm Endziel nichts ablassen können, muß es unsere Aufgabe sein, die Schule des Gegenwartsstaates in der Richtung unseres Zieles vorwärts zu treiben, wie das ja auch schon geschieht, seitdem Sozialdemokraten praktisch und theoretisch an der Arbeit sind. Würden wir nicht überall positiv mitarbeiten, dann wäre das Schulwesen noch viel schlechter als es ist, dann würde es verfallen sein. Gerade die riesige Energie, mit der die Arbeiterschaft überall für die Schule eintritt und immer über die Gegenwart hinaus arbeitet, hat unser Schulwesen Schritt für Schritt vorwärts gebracht. (Sehr richtig!) Wie soll nun die Reform im einzelnen aussehen? Unser Ziel für die Organisation der Volksschule habe ich schon skizziert. Wir wollen die Einheitsschule, aber diese Einheitsschule ist nicht zu vergleichen mit der Einheitsschule, die die Freisinnigen im Jahre 1907/08 im sächsischen Landtag gefordert haben. Die Freisinnigen verlangten hier auch eine Einheitsschule, aber ihre Forderung ist nicht ernst gemeint, denn sobald sie die Möglichkeit haben, ihr Schulideal in die Wirklichkeit umzusetzen, fällt ihnen das gar nicht ein. In der kleinen Republik Bremen herrscht der Freisinn uneingeschränkt, er könnte dort tun, was er wollte, er könnte sein Schulideal verwirklichen, und trotzdem besteht hier noch der unglaubliche Zustand, daß es zwei Sorten von Volksschulen gibt, eine unentgeltliche und eine entgeltliche. (Hört, hört!) Es ist unsern Parteigenossen noch nicht gelungen, diesen Zustand zu beseitigen. Als seinerzeit von freisinnigen Lehrern bei Beratung des freisinnigen Aktionsprogramms die Aufnahme der Forderung der allgemeinen Volksschule in das Programm verlangt wurde, da erklärte Eugen Richter, er würde auf keinen Fall mitmachen, ja, er drohte sogar mit seinem Rücktritt, wenn diese Forderung hineinkäme. (Hört, hört!) Würden die Freisinnigen im Sächsischen Landtag ihre Forderung wirklich ernst meinen, dann hätten sie aber auch nur eine abgeschwächte Einheitsschule vor Augen. Die Einheitsschule, die wir wollen, ist auch nicht die Einheitsschule, die die sächsischen Lehrer fordern, denn das ist eigentlich nur eine einheitliche Volksschule. Unsre Einheitsschule ist damit nicht zu vergleichen, sie umfaßt viel mehr. Die allgemeine Volksschule, die die Lehrer fordern, ist eigentlich nur von dem Streben diktiert, innerhalb der heutigen Volksschule alle Rang- und Klassenunterschiede zu beseitigen, vor allem die Vorschule zu beseitigen und die Volksschule zur allgemein gültigen Grundlage für das ganze Schulwesen überhaupt zu machen. Diese allgemeine Volksschule ist lediglich ein obligatorischer, also für alle Kinder geltender Unterbau für alle Schulen. Diese Forderung liegt ja auf unserm Wege, wir haben sie deshalb in die Resolution aufgenommen, wir fordern die organische Angliederung der höheren Bildungsanstalten an die allgemeine Volksschule. Darin liegt schon, daß wir die Volksschule als gemeinsamen Ausgang für alle Schulen betrachten. Wenn wir die Besitz- und Rangunterschiede innerhalb der Volksschule beseitigen, wenn wir sämtliche Kinder zwingen, in die gemeinsame Volksschule zu gehen, so hat das verschiedene Folge. Zunächst wird dadurch das Niveau der Landschulen gehoben, ohne daß das Niveau der Stadtschulen erniedrigt wird, ferner wird das Interesse der besitzenden Klassen ganz außerordentlich gesteigert, wenn auch ihre Kinder in die Volksschule gehen müssen, während sie jetzt sagen: für die Arbeiter ist die Volksschule gut genug. Vielleicht wird auch der Umstand, daß der Sohn des armen Textilarbeiters neben dem Sohn des reichen Textilfabrikanten sitzt und daß sich dann häufig zeigen wird, daß der Sohn des Fabrikanten über die bessere Kleidung, der Sohn des Arbeiters aber über das bessere Verständnis verfügt, die kleine Nebenwirkung haben, daß dadurch das Selbstgefühl der proletarischen Kinder gegenüber der herrschenden Gesellschaft gehoben wird. Die Kinder sehen dann, daß die geistigen Fähigkeiten nicht abhängig sind von der Größe des väterlichen Portemonnaies. (Sehr gut!)

Wie lange soll nun dieser gemeinsame Unterbau dauern? Wir sagen: solange wie möglich. Die sächsischen Lehrer verlangen vier Jahre, es könnten aber ruhig auch fünf oder sechs Jahre sein. Das hängt von methodischen Erwägungen ab, in die wir hier nicht eintreten können. Nach welchen Grundsätzen soll später die Trennung erfolgen? Heute kommen für die Entscheidung, ob Volksschule oder höhere Schule, lediglich finanzielle Gründe in Frage. Der Vater hat kein Geld, also kann das Kind nicht noch jahrelang die höhere Schule besuchen. Außerdem ist die höhere Schule teuer. Durch unsere Schulreform können wir den einen Uebelstand, daß der Vater kein Geld hat, nicht gut aus der Welt schaffen, wohl aber den anderen Uebelstand, nämlich daß die höhere Schule dem Kinde des Armen auch noch dadurch verschlossen ist, daß sie Schulgeld kostet. Wir fordern die Unentgeltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Diese Forderung wird manchem Arbeiter überraschend kommen, er wird dagegen protestieren, aber sie ist grundsätzlich richtig. Ja, noch weiter. Wir wollen nicht nur die Unentgeltlichkeit der Schulen, sondern auch der Lern- und Lehrmittel und der Verpflegung, denn wir sagen uns, daß ein Kind, das mit hungrigem Magen zur Schule kommt, nicht imstande ist, dem Unterricht mit der nötigen Anteilnahme zu folgen. Es könnte die Frage aufgeworfen werden, ob man die Schulspeisung nicht auf die Kinder der Bedürftigen beschränken soll. Das müssen wir als Sozialdemokraten rundweg ablehnen, denn sonst würde ja die Schulspeisung den Charakter des Almosens bekommen, und manches proletarische Kind würde sich gedrückt fühlen. (Sehr richtig!) Selbst die linksstehende bürgerliche Sozialreformerin Helene Simon gibt in ihrer Schrift: Schule und Brot, dem Gedanken Ausdruck, daß die Schulspeisung allen Kindern zugänglich sein soll. „Nicht armenpflegerischer Schutz vor dem Verhungern, sondern eine Ernährung, die den körperlichen und geistigen Schulanforderungen entspricht, soll — unabhängig von der Armengesetzgebung — durch die Vermittlung der Schule gewährt werden." Eine Nebenfrage ist es, ob und inwieweit auch der Haushaltungsunterricht für Zwecke der Schulspeisung mit ausgenutzt werden soll. Wenn in der Schule ganz generell Ernährung der Kinder gewährt wird, so schadet die einfache, schlichte Kost, die dort gegeben wird, auch dem verwöhnten Magen der Kinder der Reichen nicht. Diese spartanische Kost wird im Gegenteil auch für die Kinder der Wohlhabenden ihre Vorzüge haben. (Sehr richtig!) Würden wir sie über beschränken auf diejenigen, die erst beweisen müssen, daß sie arm sind, dann würden viele Eltern sich scheuen, den Beweis ihrer Armut anzutreten, und für andere Väter wäre es eine Sache des proletarischen Stolzes, solche Almosen nicht anzunehmen. (Sehr richtig!) Wir fordern deshalb ja auch schon im Erfurter Programm die unentgeltliche Verpflegung. Diese Unentgeltlichkeit soll allen Kindern zugute kommen. Weiter verlangen wir für die Kinder, deren Väter leider arm sind, die sich aber sehr wohl für die höheren Schulen eignen, die Bereitstellung staatlicher Mittel, um ihnen die Weiterbildung auf den höheren Lehranstalten bis zur Universität zu ermöglichen, ohne daß dadurch irgendwie die staatsbürgerlichen Rechte beeinträchtigt werden. Davon werden die geistigen Berufe großen Vorteil haben, sie werden nicht mehr das Monopol der Besitzenden sein, sondern sie werden von

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

diesem Monopol befreit werden zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle der Gesamtheit. (Sehr richtig!) Grundsätzlich verlangen wir auch die gemeinsame Erziehung der Geschlechter, die sogenannte Koedukation. Wir wollen nicht, daß die Kinder schon von früh an nach Geschlechtern getrennt unterrichtet werden, sondern daß der Unterricht solange als möglich gemeinsam ist.

Was wird nun aus den anderen Kindern, die nicht in die höheren Schulen aufgenommen werden? Sie erhalten eine gute Weiterbildung in vier oder mehr Jahreskursen, und an diese Jahreskurse, die sie befähigen, einen praktischen Beruf mit Erfolg zu ergreifen, schließt sich dann die obligatorische Fortbildung in der Fachschule an. Der Unterricht in der Fortbildungsschule muß in den Tagesstunden erteilt werden, und zwar soll er für die Schulentlassenen beider Geschlechter bis zum 18. Lebensjahre gelten. Naturgemäß würde der Arbeitsunterricht, den wir verlangen, in Lehrwerkstätten übergehen, die aber noch in weiter Ferne stehen. Die Einheitsschule, die wir im Auge haben, würde nicht nur die Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre umfassen, sondern auch die schulentlassenen und die noch nicht schulpflichtigen und außerdem die schulpflichtigen in ihrer freien Zeit. Für die noch nicht schulpflichtige Jugend müßten Kindergärten errichtet werden, selbstverständlich weltlichen Charakters, nicht aber Kindergärten, wie sie heute vielfach von Religionsgesellschaften für religiöse Zwecke errichtet sind. Bei Erfüllung unseres Schulideals wird man die Kleinen nicht mehr bewachen und bewahren aus Gründen sozialer Notwendigkeit, sondern aus pädagogischen Gründen, weil wir es für gut halten, wenn die Kinder unter pädagogischer Aufsicht stehen. Heute entspringt die Forderung der Ueberwachung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter einem Gebot sozialer Notwendigkeit. Wenn die Kinder kein Heim haben, wenn die Mutter tagsüber beschäftigt ist, oder wenn sie keine Erzieherin ist, dann muß die Gesellschaft für diese beklagenswerten Opfer der Gesellschaft gute pädagogische Unterkunftsanstalten in Form von Kindergärten schaffen. Für die Kinder, die nach Schluß der Schule auf der Straße herumlungern, weil das Heim geschlossen ist, weil Vater und Mutter nicht zu Hause sind, fordern wir Kinderhorte, wo sie unter pädagogischer Anleitung spielen, arbeiten oder sich selbst unterhalten. (Zustimmung.)

Besondere pädagogische Maßnahmen erfordert die gesundheitliche Erziehung der Kinder. Viele Kinder kommen schon ungesund zur Welt, später werden sie mangelhaft ernährt, sie bleiben schwächlich und siech. Für sie verlangen wir die Gründung von Sanatorien. Daneben gibt es Kinder, die sich überhaupt nicht zum vollen Gebrauch ihrer fünf Sinne entwickeln, die vielleicht blind, taubstumm, Epileptiker oder Idioten sind. Auch für diese beklagenswerten Opfer der Gesellschaft müssen wir Maßnahmen treffen. (Sehr richtig!) Würde man diese Kinder mit anderen normalen zusammentun, so würde darunter der Schulbetrieb leiden, und darum soll man sie in besonderen Klassen oder in besonderen Schulen unterrichten. In den Grundsätzen des sächsischen Lehrervereins für Schulreform findet sich ein Passus, der etwas Aehnliches will, aber in einer Form, die wir nicht billigen können: „Verwahrloste und verbrecherisch veranlagte Kinder sind aus der Volksschule auszuscheiden; für schwer erziehbare, d. h. für solche, die den Unterrichtsbetrieb wesentlich stören, sind besondere Maßnahmen, wie Isolierung und Ausschluß mit besonderen Zwangsmitteln gegen die Eltern gesetzlich vorzusehen. Nach Erfüllung dieser Forderung ist in der Volksschule die körperliche Züchtigung ausgeschlossen." Ich habe das Gefühl, daß diese Forderung sozialpolitischer Rückständigkeit entsprungen ist, denn sonst könnte man nicht von verbrecherisch veranlagten Kindern reden und Zwangsmittel gegen die bedauernswerten Eltern solcher Kinder fordern. (Sehr gut!) Wir sind auch der Meinung, daß man nicht erst nach Erfüllung dieser Forderung die Prügelstrafe ausschalten soll, sondern daß die Prügelstrafe jetzt aus der Volksschule beseitigt werden muß. Allerdings machen wir es allen proletarischen Erziehern zur dringenden Pflicht, daß sie auch die Prügelstrafe bei der Erziehung ihrer Kinder zu Hause nicht anwenden. (Sehr richtig!) Denn wenn die Kinder im Hause daran gewöhnt sind, daß erst der tanzende Stock ihnen zum Bewußtsein bringt, daß sie etwas Unrechtes getan haben, so werden sie auch in der Schule glauben, daß erst der Prügel auf ihrem Rücken tanzen muß. (Sehr richtig!)

Aber nicht nur die abnormen und schwächlichen Kinder sollen überwacht werden, sondern wir verlangen eine dauernde Ueberwachung des Gesundheitszustandes aller Kinder durch Schulärzte. Wenn die Schulferien nicht nur eine neue Art der Belastung der armen proletarischen Kinder sein sollen, wie es heute vielfach der Fall ist, sondern wenn sie sich wirklich erholen sollen, dann müssen Staat und Gemeinde Vorkehrungen dazu treffen. Wir verlangen deshalb Ferienkolonien, wir verlangen Errichtung von Schulbädern, wir verlangen, daß beim Bau von Schulen die nötige Rücksicht auf die Hygiene genommen wird.

Alle diese Forderungen betreffen mehr oder weniger die äußere Schulorganisation. Nun zur Organisation des inneren Schulbetriebes! Wir können uns dabei nicht auf methodische Einzelheiten einlassen, wir sind eine politische, eine kämpfende Partei und sind deshalb nicht in der Lage, von hier aus vorzuschreiben, welche Maßnahmen die pädagogische Wissenschaft im einzelnen ergreifen soll. Aber wir stellen die allgemeine Forderung auf, daß der ganze innere Schulbetrieb zu erfolgen hat nach den Grundsätzen der Pädagogik, nicht, wie heute, nach den Grundsätzen einer übertriebenen Autorität oder nach den Grundsätzen der Bureaukratie, der Finanzen und der Kirche. All diese unpädagogischen Motive wollen wir ausscheiden, die pädagogische Wissenschaft soll der einzige Leitstern sein; aber die Grundsätze der Pädagogik sind wandelbar, sie sind abhängig vom allgemeinen Kulturfortschritt, dem Fortschritt der Wissenschaft überhaupt. Was heute gut war, ist es morgen nicht mehr, und daher müssen wir aussprechen, daß wir keine Versteinerung des Schulbetriebs wollen, sondern daß die Pädagogik stets Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaft im allgemeinen und der pädagogischen Wissenschaft im besonderen zu halten hat. Nun sind pädagogische Neuerungen nicht immer sofort als richtig oder unrichtig zu erkennen. Pädagogische Anregungen müssen erprobt werden, und deshalb unterstützen wir die Forderung auf Errichtung von Versuchsklassen und Versuchsschulen. Daß in solchen Klassen und Schulen nichts Unrechtes geschieht, dafür sorgt ja die von uns im allgemeinen angestrebte dauernde öffentliche Kontrolle. Im einzelnen verlangen wir, daß die Schülerzahl für die einzelnen Klassen festgelegt wird nach dem Bedürfnis der Pädagogik, nicht nach dem Geldsack der Gemeinde oder des Staates; denn wenn, wie es in Preußen vorkommt, in einer Klasse 150 und mehr Kinder sitzen, die von einem erbärmlich bezahlten Lehrer unterrichtet werden, so kann dabei nichts herauskommen. (Sehr richtig!) Wir haben in unsere Leitsätze keine bestimmte Zahl aufgenommen, um uns nicht festzulegen. Ich kann aber sagen, daß zurzeit die Pädagogen eine Höchstzahl von 30 vorschreiben. Deshalb verlangen wir zurzeit eine Frequenz von 30; aber wir wollen uns, wie gesagt, nicht festlegen, denn später wird vielleicht eine geringere Zahl verlangt. Der Lehrplan soll lediglich nach pädagogischen Grundsätzen geleitet werden. Die Frage des Unterrichtsstoffs ist natürlich im wesentlichen eine methodische Frage, und deshalb wollen wir uns als politisches Parlament darauf nicht einlassen, aber sie ist zugleich auch eine allgemeine und grundsätzliche Frage, und so weit sie das ist, müssen wir auch hier dazu Stellung nehmen. Wenn die Volksschule besucht wird von Kindern von Eltern aller politischen und religiösen Richtungen, dann muß sie jede tendenziöse Stellungnahme zu politischen und religiösen Fragen unterlassen. (Sehr richtig!) Wir wollen nicht, daß sie der Mehrheit der Arbeiterschaft Rechnung trägt, sondern daß sie jede kirchliche Stellungnahme gegen eine politische oder religiöse Richtung vermeidet. Deshalb verlangen wir, daß in erster Linie nur solche Stoffe in der Schule gelehrt werden, die unangefochten von jeder politischen oder religiösen Meinung sind, und hierzu gehören in erster Linie die Realien, Lesen, Schreiben, Rechnen, Erdkunde, Geometrie, Physik, Chemie, Turnen, Singen, Handarbeit. Diese Fächer stehen im wesentlichen außerhalb des religiösen Streits, obwohl es vorgekommen ist, daß man verlangt, es sollten nicht protestantische Kinder mit katholischen gemeinsam Handarbeitsunterricht genießen. (Große Heiterkeit.) Auch die Naturwissenschaft sollte eigentlich außerhalb dieses Streites stehen, aber sie hat es nicht ganz, weil sie zu sehr zusammenstößt mit der Religion. Wir verlangen, daß die Naturwissenschaft im Lehrplan der Volksschule ausreichend berücksichtigt wird, aber im Sinne der modernen Forschung. Wir wollen, daß nicht zweierlei naturwissenschaftlicher Unterricht erteilt wird, einer, der gut ist für die Kinder der Volksschule, ein anderer für die Kinder der höheren Schulen und der Universitäten. (Sehr gut!) Wie steht es nun aber mit dem sogenannten Gesinnungsunterricht der Volksschüler, auf den die herrschende Gesellschaft besonders großes Gewicht legt, weshalb es ja auch immer als Aufgabe der Volksschule hingestellt wird, die Kinder zu religiösen, sittlichen Menschen zu erziehen — ein schöner Ausdruck für eine schlechte Sache. Gesinnung an sich ist natürlich etwas Schönes, aber nicht das, was die herrschende Klasse unter Gesinnung versteht. Wäre die gute Gesinnung die Liebe zum Wahren und Guten, würde man darunter den Mut, sich zu seiner Ueberzeugung zu bekennen, verstehen, dann wäre gewiß nichts dagegen einzuwenden, aber eine gute Gesinnung dieser Art wird ja keineswegs nur durch die christliche Religion bewirkt, sondern vielleicht durch alle religiösen Normen. Gegen das Christentum, insbesondere gegen seine Bedeutung für die Herausarbeitung einer guten Gesinnung, werden neuerdings sehr schwere Vorwürfe erhoben. Ich will aus den zahlreichen Angriffen nur eine Bemerkung herausgreifen: ein noch im Amte stehender Pfarrer Artur Bonus kennzeichnet den Religionsunterricht der Volksschule mit den Worten: „Was als Religion in der Volksschule angeboten wird, das ist ja nichts anderes als verdorbene, zersetzte, sozusagen käsig gewordene hellenische Philosophie!" (Hört, hört!) Das sagt ein Pfarrer, der auch dafür eintritt, daß die Schule vom Religionsunterricht befreit wird. Wir sind der Meinung, daß durch einen Religionsunterricht dieser Art nicht gerade die gute Gesinnung erzogen wird, die wir für richtig halten. Wir glauben auch nicht, daß durch den heutigen Geschichtsunterricht die Liebe zum Wahren und Guten in den Kindern großgezogen wird. Wenn es so hingestellt wird, als ob nur die christliche Religion und nur die byzantinische Legende die Kinder zum Guten erziehen kann, so hat man dabei die Erziehung zu guten, frommen Untertanen im Sinn, man will die Christen und Fürsten als besonders gut und die andern, die nicht Christen und nicht Patrioten im heutigen Sinne sind, als weniger gut oder schlecht hinstellen. Da nun der größte Teil der Kinder der Volksschulen aus den Kreisen dieser andern stammt, die nach Ansicht der Herrschenden als schlecht betrachtet werden, so ist die Folge ein Kampf zwischen proletarischem Elternhaus und Volksschule, ein Kampf, der nicht zum Guten der Schüler ausschlagen kann. (Sehr richtig!) Wir verlangen daher die Ausschaltung des Religionsunterrichts und die gründliche Reform des Geschichtsunterrichts. (Beifall.) Ich sage Ausschaltung des Religionsunterrichts, weil Religion Glaubenssache ist, weil man nicht zu glauben braucht, weil viele Eltern nicht glauben, und daher den heutigen Religionsunterricht als Gewissenszwang betrachten. (Sehr wahr!) Wir sind bereit, es so zu machen wie in Frankreich, wo der Donnerstag jeder Woche schulfrei ist, damit die Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder an diesem Tage zum katholischen oder evangelischen Pfarrer oder zum Rabbiner oder auch überhaupt in keinen Religionsunterricht zu schicken. Die Thesen des Zwickauer Lehrertages bedeuten gewiß einen Fortschritt. Die Lehrer wollen eine Reform des Religionsunterrichts, wie er schon in Bremen bestand, aber wir haben ja gesehen, daß die Bremer Volksschullehrer sich mit einer Reform, wie sie ihre sächsischen Kollegen anstreben, nicht begnügen, sondern daß sie konsequent sagen: wir kommen erst zur Ruhe, wenn der Religionsunterricht vollständig aus dem Lehrplan verschwunden ist. (Sehr richtig!) Wir wollen damit keinen Kampf gegen die Religion an sich eröffnen, jeder einzelne kann es mit seinem religiösen Bedürfnis ausmachen, wieweit er seinen Kindern Religionsunterricht geben will, aber unsereiner empfindet es heute als unerhörte Vergewaltigung, wenn er sieht, wie seinen Kindern Religions- und byzantinischer Geschichtsunterricht eingepaukt wird. (Sehr gut!) Daher wollen wir, daß in den staatlichen Schulen, in die alle Kinder hinein müssen, diese Vergewaltigung nicht betrieben wird. Wir wollen auch durchaus nicht die Religion aus der Geschichte ausmerzen, wir bestreiten nicht, daß die Religion im Laufe der kulturellen Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt hat zum Guten und leider teilweise auch zum Bösen. Aber als diese Form der kulturellen Entwicklung kommt die Religion in dem Geschichtsunterricht, den wir anstreben, vollkommen zur Geltung, und wir wollen nicht, daß daneben noch bestimmte, von der herrschenden Klasse abgestempelte Glaubensnormen den Kindern eingepaukt werden. (Sehr richtig!)

Was als guter Gesinnungsstoff in der Religion steckt, das läßt sich zwar nach meiner Anschauung nicht gesondert, als ein anerzogener, gleichsam auf Flaschen gezogener Gesinnungsunterricht lehren, aber es läßt sich vermitteln; eine Gesinnung läßt sich nicht lehren, und daher bin ich auch ein Gegner eines besonderen Moralunterrichts. Moralische Grundsätze lassen sich nicht in Paragraphen fassen, Gesinnung und Charakter müssen die Kinder durch den ganzen Verkehr mit ihren Erziehern erhalten, sie müssen in den Kindern durch den gesamten Verkehr mit ihrer Umgebung erwachsen. Auch der Vater, der seinen Kindern eine gute Gesinnung in parteipolitischem Sinne vermitteln will, gibt seinen Kindern nicht gesonderten Unterricht darin, sondern diese gute Gesinnung erwächst in dem Kinde durch den ganzen Verkehr; an einem Tage ist gar kein Anlaß, an einem anderen ergibt sich etwa zehnmal ein Anlaß, um den Boden zu pflegen, aus dem die gute Gesinnung herauswächst. Wir verlangen also die Abschaffung des Religionsunterrichts.

Weiter verlangen wir nicht eine Abschaffung, sondern die Reform des Geschichtsunterrichts. Den Geschichtsunterricht können wir nicht abschaffen, denn hier handelt es sich nicht um einen Glauben an übersinnliche Dinge, sondern um ein Wissen über Dinge der Vergangenheit, um daraus zu lernen für unsere Tätigkeit in der Gegenwart und in der Zukunft. Wir verlangen aber, daß die Geschichte nicht gefälscht wird zugunsten der herrschenden Klasse, zugunsten der byzantinischen Legende. Daß das geschieht, dazu bedarf es wohl keines Beweises mehr. Jedes Schulbuch für den Geschichtsunterricht beweist das aufs Klarste. Will man doch noch einen Beweis, so erinnere ich nur an den kaiserlichen Erlaß vom Jahre 1889. In dem zur Weltausstellung von St. Louis amtlich zusammengestellten Bericht über das Volksschulwesen in Deutschland, in welchem den in St. Louis zusammenströmenden Pädagogen gesagt werden sollte, was die deutsche Regierung vom Geschichtsunterricht erwartet, heißt es:

„Dem Geschichtsunterricht fällt in Deutschland, wie in den meisten modernen Kulturländern, ein wichtiger Teil der Aufgabe zu, das Nationalgefühl und die Vaterlandsliebe der heranwachsenden Generation zu wecken und zu kräftigen. Er soll auch jenen Bestrebungen entgegenarbeiten, welche auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung abzielen. Für Preußen ist diese Aufgabe des Geschichtsunterrichts ausdrücklich in dem Allerhöchsten Erlaß des Kaisers und Königs vom 1. Mai 1889 ausgesprochen worden."

Und in diesem Erlaß des Kaisers heißt es:

„Die vaterländische Geschichte wird insonderheit auch die Geschichte unserer sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung und Entwicklung seit dem Beginn dieses Jahrhunderts bis zu der gegenwärtigen sozialpolitischen Gesetzgebung behandeln, um zu zeigen, wie die Monarchen Preußens es von jeher als ihre besondere Aufgabe betrachtet haben, der auf die Arbeit ihrer Hände angewiesenen Bevölkerung den landesväterlichen Schutz angedeihen zu lassen (Heiterkeit und ironisches Bravo!) und ihr leibliches und geistiges Wohl zu heben, und wie auch in Zukunft die Arbeiter Gerechtigkeit und Sicherheit ihres Gewerbes nur unter dem Schutze und der Fürsorge des Königs an der Spitze eines geordneten Staates zu erwarten haben. Insbesondere vom Standpunkte der Nützlichkeit durch Darlegung einschlagender praktischer Verhältnisse wird schon der Jugend klargemacht werden können, daß ein geordnetes Staatswesen mit einer sicheren monarchischen Leitung die unerläßliche Vorbedingung für den Schutz und das Gedeihen des einzelnen in seiner rechtlichen und wirtschaftlichen Existenz ist, daß dagegen die Lehren der Sozialdemokratie praktisch nicht ausführbar sind, und wenn sie es wären, die Freiheit des einzelnen bis in seine Häuslichkeit hinein einem unerträglichen Zwang unterworfen würde (Große Heiterkeit.) Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigene Erklärung hinreichend gekennzeichnet, um den Gefühlen und dem praktischen Sinn auch der Jugend als abschreckend geschildert werden zu können. (Erneute gr. Heiterk.)

Ich meine, das ist so deutlich, daß man nicht im Zweifel sein kann, was die herrschenden Klassen von dem Geschichtsunterricht verlangen. Ich will nur ein Beispiel aus Sachsen anführen, wenn es auch nicht die Volksschule betrifft. Als vor einigen Jahren der König die Universität besuchte, wurde er vom Rektor begrüßt, in dessen Ansprache die Freiheit der Forschung und die Wahrheit der Forschung mehrfach genannt wurde; der König erwiderte dem Rektor, die Aufgabe der Hochschullehrer bestehe vor allem darin, die Jugend zum Glauben und zur Treue für Kaiser und Reich, für König und Vaterland zu erziehen. Wenn das schon von den Hochschullehrern verlangt wird, um wieviel mehr von den Volksschullehrern! Wir verlangen deshalb eine gründliche Reform des Geschichtsunterrichtes. Die Geschichte legt in gewaltiger Weise Zeugnis ab von der Kulturarbeit der Menschheit, von der geistigen und körperlichen Arbeit, die beide entsprungen sind aus dem fruchtbaren Mutterboden des gesamten Volkes. Wir wollen, daß die Kinder aus der Geschichte Respekt für den Fortschritt der Menschheit bekommen, daß sie daraus verstehen, daß die Menschheit auch imstande ist, noch höhere Stufen der Entwicklung zu erklimmen und daß sie den freudigen Antrieb erhalten, hieran mitzuarbeiten. Ein richtiger Geschichtsunterricht führt nicht zu einer Knechtsgesinnung, sondern zum stolzen Menschheitsbewußtsein.

Ein Weg, der für die Schule neben dem Unterricht in den Realien ein Mittel zur Gesinnungserziehung wird, ist der Arbeitsunterricht, den ich nur kurz streifen kann.

Heute sind spärliche Anfänge davon im Handfertigkeitsunterricht gegeben. Die theoretische Begründung des Arbeitsunterrichts ist der Praxis weit vorangeeilt. Wenn ich von der Begründung absehe, die ihm vom wissenschaftlichen Sozialismus gegeben ist, vor allem von Marx, dessen Begründung bis heute unübertroffen ist, so hat er doch auch von bürgerlicher Seite in interessanter Weise, wenn auch nicht auf eben so breiter Basis, eine Begründung gefunden. Pestalozzi trat für ihn ein, Fröbel, v. Schenckendorff, in München der Schulrat Kerschensteiner, hier in Leipzig ist Dr. Pabst ein eifriger und gewissenhafter Fürsprecher des Arbeitsunterrichts. Aber die Praxis hinkt der Theorie nach, weil die praktische Einführung des Arbeitsunterrichts für die kapitalistische Aufgabe der Industrie nicht notwendig erscheint — er würde ja den Arbeiter unzufrieden machen mit seiner Teilarbeit — und weil seine Einführung Geld kosten würde. Diese beiden Gründe genügen, um ihn nicht einzuführen. Wir aber verlangen den Arbeitsunterricht in allen Schulen, in den Knaben- und Mädchenschulen, in den Volksschulen und in den höheren Schulen, auch dort wollen wir ihn einführen, weil wir nicht von ihm verlangen, daß er die Kinder zu brauchbaren Gesellen heranzieht, sondern weil wir uns von ihm die Erfüllung von allgemeinen kulturellen Aufgaben versprechen; in den Mädchenschulen wollen wir ihn einführen, weil wir gegen die herkömmliche Scheidung der Arbeit nach Geschlechtern protestieren und sie nicht anerkennen. Auch die Pflege der künstlerischen Bildung hängt mit dem Arbeitsunterricht zusammen. Im weiteren verlangen wir für die Pflege der künstlerischen Bildung eine gute architektonische Ausgestaltung der Schulhäuser, Innenschmuck der Schulhäuser; durch Veranstaltung von Schulkonzerten und Theatern und auf anderem Wege wollen wir die proletarischen Kinder genußfähig für die Kunst machen. Ich könnte mich darüber verbreiten, wieviel den Arbeitern verloren geht, weil ihre Sinne gar nicht erschlossen sind für die Kunst. Wir wollen, daß die Kinder teilhaben an den Genüssen der Kunst, und hierzu müssen wir schon in der Schule anfangen.

Als Schlußforderungen für die innere Schulorganisation verlangen wir, daß an der Organisation und Durchführung des inneren Schulbetriebes die Lehrer und Lehrerinnen mitwirken. Heute ist das nicht der Fall. Eine der Schule fremde Bureaukratie bestimmt über sie, und soweit sie Fachmännern zusteht, werden Rektoren, Schulräte und andere Personen herangezogen, die eine unmittelbare Fühlung mit den Bedürfnissen der Schule nicht besitzen.

Ich komme nun zu der Gruppe von Forderungen, die sich auf den Staat und die Schule beziehen. Die Schule ist jetzt Sache des Staates, es ist das ein Fortschritt gegen den Zustand im Mittelalter, wo sie Sache der einzelnen Berufe und zuweilen sogar Sache der einzelnen Straße war. Aber auch die gegenwärtige Staatsschule ist nur ein Kompromiß. Unserer Auffassung nach müßte die Schule Sache des Reiches sein. Daher finden Sie auch an der Spitze der Forderungen in der Resolution, daß wir ein Reichsschulgesetz verlangen. Mit den einzelnen Gründen dafür will ich mich nicht befassen, ich will nur sagen, daß die Gründe, welche für die Staatsschule sprechen, auch für die Reichsschule maßgebend sind. Die größere Gemeinschaft gleicht die Unterschiede aus und kann die Lasten besser tragen als die kleineren Gemeinschaften. Die Grundfrage aller Schulreform ist doch: wer trägt die Kosten? Solange eine Reichsschule nicht besteht, ist der Staat hierzu verpflichtet, und die Bestrebungen der sächsischen Sozialdemokratie, dem Staate die Schullasten aufzuerlegen, verdienen volle Anerkennung. Die Zahlen über die Belastung der einzelnen Gemeinden mit den Schullasten will ich nicht anführen. Sie kennen sie, sie sind ja auch im Handbuch für die sächsische Politik enthalten, und sind zum Teil geradezu ungeheuerlich. Deshalb ist es lediglich Vogel-Strauß-Politik oder Furcht vor dem Unwillen der reichen Steuerzahler, wenn man die Kosten für die Schulen auf die Gemeinden abwälzen will. Bei der Ungleichheit der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinden muß die Schule darunter leiden; denn die Staatszuschüsse für sie werden ungerecht und ungleichmäßig sein und haben außerdem auch noch besondere Nachteile für die Gemeinden zur Folge. Alle Bestrebungen der kleinen Gemeinden, ihre Volksschulen auf das Niveau der großstädtischen Volksschule zu heben, scheitern an dem Mangel an Geld.

Wenn der Staat die Schulpflicht ausspricht, so muß er auch dafür sorgen, daß sie möglich ist, und deshalb muß er auch die Kosten für die Schule übernehmen. Ich bitte Sie, es bei der Fassung der Resolution zu belassen, daß der Staat die gesamten Kosten übernimmt. Wenn die Genossen in der Fraktion verlangt haben, der Staat solle zu den Kosten nur beisteuern, so, meine ich, war das nur ein Kompromiß, um desto leichter eine Annahme der Forderung zu erreichen, während auch die Genossen in der Fraktion der Meinung sind, die Kosten müssen ganz von dem Staate übernommen werden. Das heißt aber nicht, daß nun die Gemeinden auch bei der Schulverwaltung ausgeschieden werden, denn die Mittel greift der Staat doch nicht aus der Luft, sondern die Mittel tragen dem Staat erst die Mitglieder der einzelnen Gemeinden zu, und deshalb haben sie ein Recht, über ihre Verwendung mitzubestimmen. Wir verlangen eine Verwaltung der Schule nicht nach bureaukratischen, sondern nach demokratischen Grundsätzen, nicht von einer Zentrale aus soll sie verwaltet werden, sondern vom Volke aus, und wir teilen nicht die spaßige Furcht der Altenburgischen Schulverwaltung, daß die Schule durch Teilnahme von Sozialdemokraten an der Verwaltung geschädigt wird. Besonders humoristisch ist in dem altenburgischen Schulerlasse, daß gegen die Mitwirkung von Sozialdemokraten nichts einzuwenden ist, sie ist „nicht unbedingt unzulässig", wie die lustige Wendung lautet, aber neuerdings sind nicht Führer der Sozialdemokraten, sondern auch ein beliebiger Müller oder Schulze dazu ausersehen, und das geht natürlich nicht; denn nur die Führer wissen Bescheid, die dummen Massen verstehen nichts davon. Das ist die Auffassung der Bürgerlichen. Unsre Auffassung ist das natürlich nicht, wir wissen, daß die in die Schulverwaltung gewählten Genossen, auch wenn sie nicht zu den „Führern" gehören, doch wissen, was die Sozialdemokratie verlangt. Wir verlangen also, daß die Eltern zur Schulverwaltung herangezogen werden. Wir haben lange nachgegrübelt, um ein gutes Wort zum Ersatz für „Eltern" zu finden. Wir wollen nicht nur Eltern im eigentlichen Sinne heranziehen, sondern Erwachsene, die Verständnis für die Schule haben, auch wenn sie unverheiratet sind oder wenn ihre Kinder gestorben sind.

Aber es ist uns schwer gefallen, eine gute Wendung für Eltern zu finden, und wir sind uns einig geworden, daß mit dem Kommentar, den wir gegeben haben, das Wort Eltern passieren kann. Weiter verlangen wir die Mitwirkung der Lehrerschaft bei der Schulverwaltung und ferner die Gleichberechtigung beider Geschlechter. Unsere Forderungen in bezug auf die Schulaufsicht sind in der Resolution kurz zusammengefaßt, wir verlangen nur Verminderung der Aufsichtsorgane und Fachschulaufsicht. Daß die Schulaufsicht als Sache des Staats zu betrachten ist und nicht als Sache der Kirche, ist wohl selbstverständlich. Die Kirche hat mit der Schule nicht mehr zu tun, als etwa die Veterinärpolizei oder der Generalstab. So wenig ein Pfarrer der natürliche

(Fortsetzung in der 3. Beilage.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

3. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207. | Dresden, Mittwoch den 7. September 1910. | 21. Jahrgang.

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

Beaufsichtiger der reitenden Artillerie ist, so wenig ist er auch der natürliche Beaufsichtiger der Schule. Wir müssen uns mit aller Entschiedenheit dagegen auflehnen, daß die Pfarrer, weil man früher aus Staatsgründen die Schule der Kirche angegliedert hat, auch weiterhin ein Aufsichtsrecht in der Schule ausüben. Uebrigens wird man in Zukunft von der Schulaufsicht so wenig Aufhebens machen, wie man heute viel Aufhebens von ihr macht. Wir meinen, in jedem einzelnen wird so viel Verantwortlichkeitsgefühl stecken, daß er eine besondere Aufsicht nicht braucht. In der heutigen Schulhierarchie ist jeder Vorgesetzte auch der Beaufsichtiger des Untergebenen. Wir scheiden den Schuldirektor als Aufsichtsbeamten aus, wir sagen: Du bist nur ein Gleicher unter Gleichen, um die Verwaltungsgeschäfte zu führen. Am besten ist es, wenn der Direktor, wie es die Bremischen Lehrer verlangen, von Jahr zu Jahr von den Lehrern gewählt wird, wie es ja auch bei dem Rektor an den Universitäten der Fall ist. Wir scheiden alle Aufsicht aus, die einen polizeilichen und nicht einen pädagogischen Zweck hat. Wir lassen nur eine milde, lediglich von pädagogischen Gründen getragene Fachschulaufsicht zu. Wir können dies um so mehr tun, je mehr die Lehrerschaft imstande ist, dies durchzuführen, und damit komme ich zu dem Absatz der Resolution, der von den Lehrern handelt. Ich will vorausschicken, daß wir für die Gleichberechtigung der Lehrer und Lehrerinnen sind. Wir stehen da im Gegensatz zu den Lehrern, selbst zu den fortschrittlichen, welche meinen, das weibliche Element sei nicht einmal als Lehrer so geeignet wie das männliche und habe als Direktor ganz auszuscheiden. Diese Anschauung lehnen wir ab und treten für die Gleichberechtigung beider Geschlechter ein, und im übrigen wollen wir für eine tüchtige Ausbildung der Lehrer sorgen. Die heutige Ausbildung ist eine völlig ungenügende. Ich will mich im einzelnen nicht darauf einlassen und Ihnen nicht von meinen eigenen Erfahrungen in meiner Seminarzeit erzählen. Aber auch in der Lehrerschaft ist man sich darüber klar, daß der heutige Seminarunterricht nicht ausreicht. Wir verlangen, daß die Lehrer so gut wie möglich ausgebildet werden, und daher verlangen wir die Universitätsbildung für alle Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen. Es klingt das sehr radikal, aber bedenken Sie, daß es kein Dorf gibt, es mag noch so klein und noch so ärmlich sein, ohne daß eine Pfarrer darin ist, der Universitätsbildung hat; der Lehrer dagegen, der viel höhere Aufgaben zu erfüllen hat, braucht die Universitätsbildung nicht zu haben. Wir meinen, er muß die höchste Bildung haben, er muß ein im heutigen Sinne studierter Mann sein. Wir wollen damit die heutigen Universitäten nicht als etwas Vollendetes anerkennen, es gibt auch da noch sehr vieles zu bessern. Wir wollen nur ausdrücken, daß der Lehrer die beste Bildung haben muß, die heute möglich ist.

Dann verlangen wir die materielle und soziale Hebung der Lage der Lehrer und Lehrerinnen. Ich bin überzeugt, daß mancher von Ihnen geneigt sein wird, diese Forderung abzulehnen. Ich weiß, daß die Lehrer uns viele Schwierigkeiten machen und daß sie unsre politischen Gegner sind. **Trotzdem verlangen wir die Hebung ihrer materiellen Lage, und zwar nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern weil sie in der Volksschule tätig sind und weil dort unsre Kinder unterrichtet werden. Ein Mann kann seine Tätigkeit nur richtig ausüben, wenn er nicht mit materiellen Sorgen zu kämpfen hat, wenn** er seine ganze geistige Fähigkeit entwickeln und in den Dienst der Sache stellen kann. Gewiß kann man sagen, es gibt Lehrer, die noch so gut gestellt sein mögen und sie haben doch keine Liebe zu ihrem Beruf. Gewiß können wir nicht jeden Lehrer mit der Pestalozzischen Liebe zu den Kindern erfüllen. Aber die Grundlage dazu wollen wir den Lehrern geben, und zwar, wie ich schon sagte, nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern weil es sich um unsere Kinder handelt. Wir verlangen ferner, daß die Gesamtheit der Lehrer zur Mitarbeit an der Verwaltung der Schule berufen wird, wir wollen nicht, daß sie von einer Zentrale aus geregelt wird. Deshalb wollen wir der staatlichen Zentralbehörde einen Beirat an die Seite stellen, der aus freigewählten Vertretern der gesamten Lehrerschaft des Landes zusammengesetzt wird. Durch freie Wahl sollen die Lehrer ihre Vertrauensmänner in diesen Landesschulbeirat entsenden, um die Regierung zu beraten. In dieser Weise soll das Fachelement zur Geltung kommen; das Volkselement, wir, kommen durch das Parlament zur Geltung. Die Regierung bringt uns die Vorlage im Parlament, und daher soll sie in Verbindung mit dem praktischen Element, den Lehrern, sein, eine Forderung, die in Hamburg in erfreulicher Weise erfüllt ist, in Bremen nicht in so vollkommener Weise, weil dort die Hälfte dieses Konvents, wie der Beirat dort genannt wird, aus Rektoren bestehen muß, wir dagegen verlangen, daß sämtliche Mitglieder frei gewählt werden. Im übrigen sind die Lehrer Staatsbürger wie alle andern Volksgenossen, und deshalb sollen sie keinen besonderen disziplinarischen Beschränkungen unterliegen. Wir verlangen daher die Aufhebung aller besonderen Disziplinarbestimmungen für Lehrer und Lehrerinnen. In Bremen hat unser Genosse Holzmeier mit aller Entschiedenheit erklärt: ich lehne es ab, mich für Aeußerungen, die ich als Staatsbürger getan, unter ein Disziplinargesetz zu stellen, für mich hat das allgemeine Strafgesetz zu gelten. Natürlich konnte er nur protestieren, das Disziplinargesetz bestand noch in Bremen, und er wurde abgesetzt. Wir meinen, die allgemeinen Strafgesetze genügen vollkommen. (Zustimmung.) Unsre Forderungen umfassen auch das Alter der der Schule Entwachsenen. Wir müssen den Kindern auch die Möglichkeit geben, noch nach der Schule freiwillig sich zu betätigen, wie es den Bedürfnissen ihrer Ausbildung entspricht. Deshalb verlangen wir im letzten Absatz die Errichtung von Volksbibliotheken und anderen Einrichtungen für Volksbelehrung und Volksunterhaltung.

Damit glaube ich alles erfaßt zu haben, was zur Reform des Volksschulwesens gehört. Vielleicht wird das eine oder das andre noch erweitert werden können. Ich habe vielleicht zu lange gesprochen, aber doch habe ich überall nur andeuten und streifen können und habe es mir versagen müssen, auf die Spezialausführungen und das Tatsachenmaterial einzugehen. Auch habe ich nicht auf die besonderen Verhältnisse des sächsischen Schulwesens Rücksicht nehmen können, denn das Schulgesetz ist von der Regierung noch nicht vorgelegt. Die Annahme der Leitsätze hat also nur die Bedeutung eines grundsätzlichen Schulprogramms, an dessen Hand nach der Vorlegung des Schulgesetzes dieses geändert werden soll. Es ist in den Forderungen alles enthalten, was die sächsische Lehrerschaft in ihrem Schulprogramm wünscht, nicht weil diese etwa eine Richtschnur für uns bietet, sondern weil manches mit unsern Forderungen übereinstimmt. Die Einzelheiten unserer Reform-Vorschläge sind verschieden schwierig durchzuführen, einige sind leicht durchführbar, andre verlangen schwierige gesetzgeberische Arbeiten; die einzelnen Vorschläge werden auch sehr verschiedene Rückwirkung auf die Struktur der Volksschule haben, manche nur eine geringe, andre erfordern große Umbauten der äußeren und der inneren Organisation, aber durchführbar sind diese Forderungen alle auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Ich sprach dieser Tage mit einem Genossen, der sich auf dem Rückweg von Kopenhagen befand und der dort die dänischen Volksschulen besichtigt hatte. Er schwärmte von ihren Einrichtungen und pries sie in einer Weise, wie ich es dem sonst trockenen Juristen nicht zugetraut hätte. Alles, was er so begeistert pries, ist aber auch in den Vorschlägen enthalten, die ich Ihnen unterbreitet habe, so daß ich nur sagen kann, es wäre das beste, wenn der ganze sächsische Kongreß die Kopenhagener Schulen besichtigte. Da würde er am besten erkennen, was auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung möglich wäre. (Zuruf: Es wäre praktischer Anschauungsunterricht!) Auch Dänemark ist kein sozialistischer Staat, sondern ein Klassenstaat, allerdings ein demokratischer, in welchem das Volk zu Worte kommt. Dort will man nicht die Volkserniedrigung und die Volksunterdrückung durch den Militarismus, sondern die Volkserhebung durch gute Schulen. In Deutschland hat man oft bezweifelt, ob solche guten Volksschulen auch bei uns möglich sind. Was aber in einem kleinen Staate möglich ist, der seine Kultur großenteils von uns entlehnt hat, muß bei uns erst recht möglich sein. Gerade in Deutschland mit seiner gewaltigen pädagogischen Tradition, in dem Lande eines Comenius, eines Pestalozzi, der allerdings Schweizer war, in dem Lande, wo Kant, Fichte, Humboldt, Herbart, Diesterweg und viele andere Pädagogen gewirkt haben; in einem solchen Lande sollte es nicht möglich sein, die Schulideale, die Comenius vor 300 Jahren aufgestellt hat, zu erfüllen? Während doch gerade wir Deutschen alle mehr oder minder geborene Schulmeister sind. Wir können in Deutschland, wenn wir wollen, und wenn wir erst einmal wollen, so werden wir bald ein Schulwesen haben, das vorbildlich ist. Und weshalb wollen wir nicht? Wir, die Arbeiter, wollen heute schon, aber die herrschende Klasse, das Kapital will nicht bessere Volksschulen, und die staatliche Schutzgarde des Kapitals will sie nicht, und darum muß es unsre Aufgabe sein, den Widerstand der volksfeindlichen und volksbildungsfeindlichen Klasse zu brechen. Das ist nur möglich auf politischem Gebiet und mit politischen Mitteln. Deshalb gilt es hier zu arbeiten; entreißen wir der herrschenden Klasse, den vereinigten Junkern und Pfaffen, die politische Macht, erobern wir sie für die Arbeiterklasse, damit dem Volke der Einfluß verschafft wird, der ihm gebührt. Dann haben wir zugleich die Bahn freigemacht für eine einheitliche Schulreform, für eine völlige Erneuerung des Schulwesens an Haupt und Gliedern. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Lange-Leipzig: Ich glaube, im Sinne aller meiner Fraktionsgenossen zu handeln, wenn ich dem Genossen Schulz für sein großzügiges, von Liebe zur Volksschule getragenes Referat den Dank ausspreche. Ich möchte nur zu erwägen geben, ob es richtig ist, den vielen Resolutionen, die wir über die Schulreform bereits gefaßt haben, eine neue hinzuzufügen. Besondere Klassen für Blinde und Taubstumme bestehen in Sachsen schon seit 1834, wir brauchen also solche Forderungen in einer Resolution nicht zu erheben. Die Hebung der Lage der Lehrerschaft ist von uns stets gefordert; aber deshalb wollen wir nicht ohne weiteres jedes Verlangen der Lehrer erfüllen. (Sehr richtig!) Wenn z. B. ein Lehrer, wie es vorgekommen ist, den Kindern am Sedantage die Schärpen vom Leibe reißt, weil sich nicht schwarz-weiß-rot sind, so muß ein Gemeindevertreter sich doch sehr fragen, ob ein solcher Mann besonderes Entgegenkommen verdient. (Sehr richtig!)

Die Forderung der Fortbildungsschule ist in Sachsen besonders aktuell für die Mädchen.

Im ersten Satz der Resolution heißt es, daß die gegenwärtige Volksschule „nur" ein Hilfsmittel der kapitalistischen Ausbeutung ist. Das ist nicht richtig und das Wort „nur" kann wohl besser fortbleiben. Der Referent hat ja den Beweis erbracht, daß wir überall an das Bestehende anknüpfen müssen. Die Konservativen sagen freilich, „wir wollen unsre Schulen erhalten, die fromme Christen, protestantische Charaktere und fleißige Staatsbürger erziehen sollen". Vor 45 Jahren sagte hier in Leipzig Roßmäßler: „Wer angesichts unsrer politischen Lage ein dauerndes Vorwärtsringen will, ohne mit Mühe und Eifer an der Höherentwicklung der Volksschule zu arbeiten, an dessen ehrlichen Willen oder Verstand kann man zweifeln." Diese Worte gelten auch heute noch, und deshalb begrüße ich es, daß die Landesversammlung sich so eingehend mit der Frage der Volksschule beschäftigt. Gerade jetzt, in der Zeit der geistigen und politischen Bevormundung, ist das nötig. Gewiß ist die Volksschule von dem sozialpolitischen Zustande eines Landes abhängig, und daß wir im Klassenstaat eine Klassenschule haben, ist erklärlich. Welch ungeheure Arbeit haben die russischen Revolutionäre geleistet und worin beruht die Macht des Zaren und seiner Schergen? Nur in der Dummheit des Volkes. Auch 1848 war die Masse des Volkes nicht so weit geschult, daß sie den Forderungen der Zeit gerecht werden konnte. Deshalb wollen wir in der Volksschule vorwärts drängen. In Bremen ist ein Lehrer diszipliniert, weil er einen Glückwunsch an Bebel sandte; in Sachsen würde man ihn verbrennen, wenn das noch möglich wäre. Jetzt stehen wir in Sachsen vor einer Reform des Volksschulwesens, aber die Erste Kammer hat schon erklärt, die Forderungen der früheren urreaktionären Zweiten Kammer gingen zu weit, und Herr Opitz hat auf den Schulmeister hingewiesen, durch dessen Gottvertrauen die Siege von Sadowa und Königgrätz errungen wurden. Dann muß das Gottvertrauen der sächsischen Schulmeister sehr gering gewesen sein, denn sie sind bekanntlich bei Sadowa und Königgrätz tüchtig geprügelt worden. (Heiterkeit u. Sehr gut!) Es ist hier das Wort gefallen, die Liberalen haben verständnisvoll in das Schulwesen eingegriffen. Nun, Herr Hettner will unbedingt die konfessionelle Volksschule aufrechterhalten und Herr Töpfel sagte, die Einheitsschule sei ein ungeklärtes Ideal. Also von dieser Seite haben wir nicht viel zu erwarten. Der Hauptfeind ist der bevormundende Geist, und ihm gegenüber muß unsre Partei den Willen des Volkes zur Geltung bringen. In unsrer Zeit will man als „Instrument des Höchsten" ermessen, was dem Volke frommt. Auch König Attila hielt sich für ein Instrument des Höchsten; er nannte sich die „Gottesgeißel". Wir aber wollen im Gegenteil das Volk heranziehen, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen und dazu müssen wir die Volksschule ausbauen. Ich schließe deshalb mit den Worten unsres alten Liebknecht: „Im Hirn, nicht in der Faust liegt die welterobernde Kraft. Die Faust ohne Hirn kann nur blind zerstören. Wo eine Faust nötig ist, muß das Hirn gebieten. Am Tage, wo das Wissen die Massen erleuchtet, haben wir auch die Macht und Zwing-Uri fällt."

Vorsitzender **Lipinski:** Es ist ein Antrag Ilge-Schöpflin eingegangen, wonach die Resolution der Landtagsfraktion als Material überwiesen werden soll, die hiernach die zu erwartende Vorlage bearbeiten soll; die nächste Landesversammlung soll dann die sächsische Volksschulreform auf die Tagesordnung setzen. Ich bemerke dazu, wenn wir die Resolution nicht annehmen wollen, können wir nur auf die Mannheimer Resolution verweisen und die Fraktion ersuchen, das Volksschulgesetz in diesem Sinne zu bearbeiten.

Schulz (zur Richtigstellung): In Mannheim mußte das Referat der Genossin Zetkin wegen ihrer Erkrankung unterbrochen werden. Daher sind dort die Leitsätze nicht weiter beraten und auch nicht vom Mannheimer Parteitag angenommen, sondern sie sind dem Bildungsausschuß überwiesen worden. Deshalb habe ich Ihnen die Resolution vorgelegt, damit diese Schulforderungen, über die wir alle einig sind, in organischem Zusammenhange von einer Parteiinstanz angenommen werden.

Vorsitzender **Lipinski:** Unter dieser Voraussetzung würde also die Annahme eines solchen Antrags wie des hier gestellten erst recht überflüssig werden.

Der Antrag Ilge-Schöpflin wird genügend unterstützt.

Göhre: In der Art, wie man sich die Fortbildung der Lehrer denkt, bin ich mit Schulz nicht ganz einverstanden; aber das sind Nebensachen. Im großen und ganzen stimme ich seiner Kritik unserer Volksschule und den von ihm skizzierten Zielen zu.

Ich frage: was haben wir angesichts der immer dringender werdenden Schulreform zu tun? Nitzsche sagte gestern, diese Frage ist seitens der Fraktion nicht so intensiv behandelt worden, wie es notwendig ist. Noch aber ist es nicht zu spät, doch es ist die höchste Zeit, daß die Sozialdemokratie sich mit aller Kraft darauf wirft, unsere Forderungen für die Volksschule und ihre Bedürfnisse zu propagieren. Vor zwei Jahren haben die Lehrer sich um die sogenannten Zwickauer Thesen gesammelt und haben damit einen für mich unerwarteten Widerhall in der Bevölkerung gefunden. Sogar eine Pastorenkonferenz hat sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Zwickauer Thesen gestellt. Dann hat eine Erklärung für die Zwickauer Thesen aus bürgerlichem Lager mehr als 1500 Unterschriften gefunden. Ich meine nicht, daß sich damit die Nationalliberalen und Liberalen für diese Thesen eingesetzt haben, ich sehe diese 1500 vielmehr als den letzten Rest der geistig hochstehenden Liberalen an, die den Mut haben, sich zu dem alten Liberalismus zu bekennen. Ich behaupte, es ist ein Verdienst des alten Liberalismus, daß er der Volksschule die Bahn gebrochen hat, freilich nicht aus Liebe zum Volk, sondern aus Klasseninteresse. Aber wir wissen ja, daß die jetzigen Liberalen nur schwache Epigonen sind, und ich möchte mit dem Hinweis auf den alten Liberalismus keineswegs die Hettner und Genossen in Schutz nehmen. Dann kam es zu einer Versammlung über die Zwickauer Thesen, es kam dann aber auch schon die Gegenwirkung der Konservativen, die stärker und stärker wurde, und die anfangs angreifenden Lehrer wurden dadurch in die Defensive gedrängt. Mit allen Mitteln ist von den Konservativen gearbeitet worden. Ein pfäffischer Schulverein wurde gegründet, sogar eine Sächsische Lehrergemeinschaft hat man geschaffen, auf dem Gebiete der Pädagogik eine gelbe Organisation (Große Heiterkeit), die nur den Zweck hat, die Kraft der angreifenden Lehrer zu zersplittern. Auch das Landeskonsistorium hat scharf gegen die Zwickauer Thesen Stellung genommen. Eine Petitionsbewegung wurde entfacht und über 800 Petitionen sind ins Kultusministerium gelangt, damit man die Zwickauer Bewegung zum Stillstand brächte. Der Niederschlag des Ganzen ist das Auftreten unseres Kultusministers, seine Rede auf der 85. Jahresversammlung der sächsischen Bezirksschulinspektoren. Der Grundgedanke der Rede geht darauf hin, in seiner geschickten und öligen Art einen Teil der Zwickauer Thesen als richtig hinzustellen und dann die Spitze dieser Gedanken umzubiegen. Wenn die Thesen die Person Jesu in den Mittelpunkt stellen wollen, so fragt sich, sagt er, woher wir von Jesus etwas wissen. Die Antwort ist: aus der Bibel und aus dem Neuen Testament; dies kann aber eine Urkunde nur sein, wenn wir sie als geschlossenes Ganzes ansehen, und so kam der Kultusminister dann mit einem geistigen Sprung, daß das Neue Testament als etwas Einheitliches und als Quelle für die Erforschung Jesu zu gelten hat, und damit war er dann bei der alten Anschauung, daß nur die Orthodoxie für den Schulunterricht maßgebend sein soll, also es bleibt alles beim alten, und nur in der Form kann einzelnes reformiert werden. So also ist die Situation: die Reaktionäre sind zum Angriff übergegangen und haben die früheren Angreifer in die Defensive gedrängt. Sie haben die Lehrerschaft auch stark isoliert, und deshalb scheint es mir die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Sozialdemokratie zu sein, einzugreifen und der Bewegung auf die Strümpfe zu helfen und die Reaktion in ihre Schranken zurückzuweisen. Tun wir das nicht, so sind die Leidtragenden die Kinder des Proletariats.

Nun entsteht die Frage: Was sollen wir tun? Da müssen wir die Zwickauer Thesen in unsern Gesichtskreis rücken und Stellung zu ihnen nehmen. Ich will sie Ihnen nicht vorlesen, sondern ihren Inhalt nur ganz kurz skizzieren. Dieser ist:

„Religion soll auch in Zukunft ein wesentlicher Unterrichtsgegenstand in der Schule bleiben, aber nur mit dem Zweck, die Gesinnung an Jesu im Kinde lebendig zu machen. Und nur von dem, was der Kindesseele entsprechend ist, ist dabei der Ausgang zu nehmen; der lutherische Katechismus soll in Zukunft nicht mehr Grundlage der religiösen Jugendunterweisung sein. Jeden dogmatischen Unterricht hat die Schule abzulehnen. Für die oberen Klassen können als geeignete Grundlage für eine Zusammenfassung der im Christentum enthaltenen sittlichen Gedanken die zehn Gebote, die Bergpredigt und das Vaterunser bezeichnet werden. Dieser ganze Unterricht soll eine selbständige Veranstaltung der Volksschule sein, die von der kirchlichen Schulinspektion ganz zu befreien ist. Er soll wesentlich Geschichtsunterricht sein, in dessen Mittelpunkt die Person Jesu steht. Er muß zugleich mit den gesicherten Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung und dem geläuterten sittlichen Empfinden unserer Zeit im Einklang stehen. Der Katechismus ist nur noch als eine geschichtliche Urkunde und als evangelisch-lutherische Erkenntnisschrift zu würdigen. Lernstoff und Stundenzahl sind zu verringern; Prüfung und Zensuren in Religion sind in Wegfall zu bringen."

Was sollen wir also dazu für eine Stellung einnehmen? Da möchte ich erklären, daß ich mich im großen und ganzen auf dem Boden stelle, den Schulz schon betreten hat, als er sich zu den Zwickauer Thesen äußerte. Es kann sich nicht darum handeln, daß wir uns aus taktischen Gründen mit ihnen identifizieren, und wenn man sie sich genauer ansieht, so ist ihr Inhalt beinahe ebenso brüchig, wie das, was die Orthodoxie von ihrem Standpunkt aus ins Feld führt; sie sind der Niederschlag der augenblicklichen wissenschaftlichen Ergebnisse einer liberalen Theologie, die geneigt ist, allerlei Rücksichten zu nehmen und allerlei Kompromisse mit der Vergangenheit zu schließen. Dann spielen auch die Rücksichten der Lehrerschaft hinein und noch ein Punkt, den ich nicht unerwähnt lassen kann, sie sollen ein Mittel sein, die Gleichberechtigung der Lehrer mit der Geistlichkeit zu erkämpfen, was für uns gar nicht in Betracht kommt. Aber auch vom wissenschaftlich-theologischen Standpunkt ist ihr Inhalt nicht haltbar. Es wird behauptet, der Religionsunterricht soll „teilt werden vom Verständnis der Kindesseele aus. Das ist ein objektiv richtiger Maßstab, es soll immer nur gelehrt werden, was der geistigen Stufe des Lernenden gemäß ist. Die Konsequenz daraus ist aber überhaupt kein Religionsunterricht in der Schule, nicht etwa bloß deswegen, weil wir keine konfessionelle Polemik in der Schule wünschen und keinen Gewissensunterricht, sondern Religion ist eine Sache, die nur Erwachsene erfassen können und die nur Erwachsene interessieren kann. Ich stehe nicht auf dem Standpunkte, auf dem hier vielleicht die meisten stehen, daß Religion eine Sache ist, die auf dem Aussterbeetat der Menschheit steht, nach meiner Meinung ist Religion genau so eine Sache der persönlichen Begabung wie etwa Mathematik, und es gibt religiöse Veranlagung, genau so wie es mathematische, künstlerische und manche andre spezielle Veranlagung gibt. Die religiös veranlagten Menschen sind meiner Meinung eine Minderheit, die Mehrheit ist so veranlagt, daß sie Gott dankt, wenn sie mit der Religion verschont bleibt. Der religiös veranlagten Minderheit aber können Sie dieses Interesse nicht nehmen, Sie müßten ihnen damit ein Stück Seele herausschneiden. Diese Veranlagung bedeutet keineswegs etwa eine Minderwertigkeit, aber jedenfalls ist sie nur eine Sache von Erwachsenen, denn es handelt sich darum, im Weltanschauungsproblem sich zu orientieren durch den Glauben an einen lebendigen Gott, und das sind Dinge, die ein Kind nichts angehen, und wenn es so tut, so ist das nur aufgepfropft und von hier aus also, indem wir uns auf das Gebiet der Religion selbst begeben, müssen wir fordern:

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

keine Religion in der Schule, solange es sich in der Schule eben um Kinder handelt.

Auch bei der Frage nach der Gesinnung Jesu handelt es sich um einen quabbeligen liberalen Begriff. Die Gesinnung Jesu läßt sich nicht feststellen, selbst wenn man sich auf den Boden stellt, daß noch eine Menge Urkunden darüber besteht. Aber wenn man, wie die Zwickauer Thesen, die Bergpredigt und das Vaterunser dazu heranzieht, so ergibt sich daraus nicht ein Inhalt der Gesinnung Jesu, und soweit er sich daraus ergibt, ist es ein Inhalt, der für die Menschheit von heute nicht mehr in Betracht kommt. „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus" ist eine Forderung, die von der heutigen Gesellschaft auf den Kopf gestellt wird. Das Wesen der heutigen Gesellschaft besteht darin, daß du begehrst, und je mehr du begehrst, desto weiter kommst du. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen also die Zwickauer Thesen ablehnen und uns ausschließlich auf den Boden unseres Programms stellen. Vor allem haben wir die Forderung der Einheitsschule zu stellen, die Trennung von Kirche und Schule, die Beseitigung des Religionsunterrichts, die Befreiung der Eltern von finanziellen Opfern für die Schule. Nun entsteht die Frage, mit welchen Mitteln sollen wir dafür eintreten? Da möchte ich die Frage aufwerfen, ob es nicht das Geratenste ist, daß der Landesvorstand noch jetzt im Winter in eine Volksschulbewegung eintritt. Nach dem Winter kommt die Vorbereitung der Reichstagswahlen, und dann folgt naturgemäß eine Erschlaffung. Deshalb möchte ich zur Erwägung geben, ob nicht jetzt in eine solche Bewegung eingetreten werden soll. Das müßte durch eine Agitation in der Presse und in Versammlungen geschehen. Weiter wäre vielleicht zu erwägen, ob es nicht möglich ist, durch ein sehr populär geschriebenes Flugblatt unsre Forderungen der Arbeiterbevölkerung nahezubringen. Es herrscht aber noch große Unklarheit in den Arbeiterkreisen. Vielleicht würde die Aktion am besten mit einem solchen Flugblatt beginnen. Da möchte ich noch eine Frage aufwerfen, die mir selbst zweifelhaft erscheint. Das ist die Frage, ob nicht im Laufe des Winters eine große Massenpetition an den Landtag gerichtet werden soll. Mit Petitionen haben wir ja schon massenhaft gearbeitet, und diese Waffe hat sich etwas abgestumpft. Aber auf dem Gebiet geistiger Fragen haben wir sie noch nicht benutzt, und wenn wir 200 000 Unterschriften bekommen, so legen wir gleichsam statistisch den geistigen Zustand der Bevölkerung Sachsens fest, und das kann für uns eine wertvolle Angriffswaffe für die Reaktion sein. Und dann ist noch ein letztes Mittel, das mir als ehemaligem Pastor am nächsten liegt und das ich für das eigentlich wirksame Mittel halte. Alle andern Wege sind von uns ja schon begangen, aber ihre Wirkung ist zweifelhaft, aber dieses letzte Mittel scheint mir, würde die Reaktionäre in Bewegung bringen, und zwar in eine rückwärts gehende Bewegung, und dies Mittel ist, daß wir den Programmsatz: Religion ist Privatsache, daraufhin prüfen, ob er in Sachsen denn auch richtig beachtet und befolgt wird. Schon seit Jahren bin ich z. B. gegenüber Erdmann in Köln, der den Satz bekämpft, dafür eingetreten, daß er als Programmsatz bestehen bleibt. Aber er soll nicht als eine Firma und als Deckmantel dafür benutzt werden, daß man sich hinter ihn zurückzieht und den lieben Gott einen frommen Mann sein läßt. Wir müssen vielmehr die überzeugten Anhänger des Christentums und Judentums, soweit sie in unsern Reihen sind, verpflichten, ihrer Ueberzeugung gemäß zu handeln, und Genossen, die mit der Religion und dem Christentum fertig sind, müssen wir ebenfalls verpflichten, sich nicht feige vor der Entscheidung zu drücken, sondern den letzten Schritt zu tun und aus der Landeskirche auszuscheiden. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn das geschieht, bringen wir auch hier Leben in die Bude. Wer mit Christentum und Religion fertig ist, muß bei der Strafe, daß ihm Mangel an Mut vorgeworfen wird, aus der Kirche ausscheiden. Dann wird der Boden, auf dem die Kirche aufgebaut ist, ins Schwanken geraten. Dann fängt alles an zu wackeln und auch die Kirchtürme wackeln dann (Heiterkeit), und wir werden die Gegner zwingen, die Sache von den neuen Gesichtspunkten aus anzusehen. Wenn wir so verfahren, haben wir den Hebel angesetzt, um revolutionierend im geistigen Sinne auch auf dem Gebiete der Schulreform zu wirken. (Lebhafter langandauernder Beifall.)

Wolf-Döbeln: Wir fordern die Uebernahme der Schullasten auf den Staat. Ich habe die ungerechte Belastung der Gemeinden aus eigener Erfahrung kennen gelernt. Ich hatte als Lehrer in einer kleinen Gemeinde mit nur 700 Einwohnern 90 Mark Steuern zu zahlen, und in Döbeln, wo ich ein höheres Einkommen hatte, hatte ich nur 650 Mark an Steuern zu bezahlen. Natürlich waren die Schulverhältnisse in dieser armen Gemeinde auch sehr schlecht. Unterrichtsmittel waren fast gar nicht vorhanden. Wir hatten eine alte, zerfetzte Landkarte, auf der Elsaß-Lothringen damals, im Jahre 1880, noch zu Frankreich gehörte. (Große Heiterkeit.) Die Schullasten müssen auf den Staat übernommen werden, damit die Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden.

Für die Lehrer muß die Ausbildung eine unentgeltliche sein. Das Lehren ist eine Kunst, und zum Künstler wird man geboren. Heute aber wird die Berufswahl nicht durch die Fähigkeit entschieden, sondern danach, ob die Eltern das zur Ausbildung nötige Geld haben, und daher haben wir viele Lehrer, die dazu nicht geboren sind, und daher vielfach auch die schlechten Resultate.

Ganz besonders möchte ich noch eintreten für die Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen. Ich hatte 76 Schüler zu unterrichten. Bedenken Sie, was es heißt, 75 solche Quecksilberköpfe zusammenzuhalten. Wir fordern die Beseitigung des körperlichen Züchtigungsrechts des Lehrers. Dann müssen wir aber auch die Vorbedingungen dazu schaffen. Wenn man die Verhältnisse kennt, ist es sehr oft erklärlich, wenn der Lehrer zum Stock greift, und ich möchte hier ein Wort für die Lehrer einlegen. Unter meine 75 Elementarschüler hatte man mir 12 Lischchen gesteckt, die kein Wort Deutsch konnten; natürlich langweilten sie sich und fingen deshalb an, in der Klasse herumzulaufen, und da mußte ich eben zum Stock greifen. Wenn man mit dem Auge Disziplin halten soll, darf man auch nur eine kleine Zahl von Schülern haben. Sonst muß der Lehrer den Stock nehmen, um die Schüler zusammenzuhalten, wie der Hirt die Schafe mit dem Hunde zusammentreibt. Weiter dürfen auch wir selbst die Kinder nicht züchtigen, wenn wir an den Lehrer diese Forderung richten. Das Kind hat noch keine innere Vorstellungswelt, sondern muß sich Vorstellungen erst mit Hilfe seiner Sinne aufbauen. Deshalb muß es jedes Spielzeug auch im Innern ansehen und sich andauernd beschäftigen. Die abgearbeitete Mutter aber wird dadurch nervös, sie verweist das Kind zur Ruhe, und schlägt es, wenn es nicht folgt. Deshalb müssen wir auch in der Hauswirtschaft zum Großbetrieb kommen. Die Frauen müssen aus dem Hause heraus, und die Kindererziehung muß in weiterem Maße Sache der Oeffentlichkeit werden. Eine Kindergärtnerin kann die Kinder weit besser erziehen und überwachen als die meisten Mütter. Freilich kann man die Mutterliebe und Muttersorge nicht durch fremde Leute ersetzen, aber auch auf dem Gebiete der Erziehung müssen wir den Großbetrieb einrichten. Dann werden unsere Kinder besser vorgebildet in die Schule kommen, und dann wird auch die körperliche Züchtigung in Schule und Haus mehr und mehr verschwinden.

Natürlich bin ich auch für die Beseitigung des Religionsunterrichts, denn er wird als Herrschaftsmittel benutzt; man will den armen Tieren einprägen, die Obrigkeit vom Kaiser bis herab zum Nachtwächter seien Instrumente Gottes.

In den Lehrern habe ich nicht allzuviel Vertrauen, ein großer Teil der Lehrer verdient unsere Sympathie nicht. Gerade die Lehrer haben den Antisemitismus gepflegt, diesen Mistpilz, der ebenso schnell verdorrt ist, als er gewachsen ist. Ich bitte Sie, die Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Frechsler-Döbeln: Die Gemeinden wollen von dem obligatorischen Turnunterricht für Fortbildungsschüler aus den verschiedensten Gründen gewöhnlich nichts wissen. Wohin das führt, sehen wir zum Beispiel aus einer Stadt im zehnten Wahlkreise. Die Schulbehörde machte hier die Kinder in den letzten Schuljahren darauf aufmerksam, welchen Turnvereinen sie nach ihrer Entlassung aus der Schule beitreten sollen. Die Väter lagten sich, sie lassen die Kinder an dem Turnunterricht teilnehmen, den sie für gut befinden; aber nun bedrohte die Schulbehörde die Fortbildungsschüler mit Strafe, wenn sie nicht das Turnen in den vermeintlich sozialdemokratisch angehauchten Vereinen lassen. Das Ende vom Liede war, daß dreißig Fortbildungsschüler mit je 3 M. Strafe belegt wurden, und das Gericht hat sie nur deshalb freigesprochen, weil nachgewiesen wurde, daß sie niemals Mitglieder eines sozialdemokratischen Turnvereins waren. Sonst wäre die Strafe bestätigt worden. Hier muß mal ein Wort gesprochen werden.

Schöpflin: Ich möchte nur den Antrag Illge unterstützen. Die Resolution ist und erst heute früh vorgelegt, sie ist lang und inhaltsreich, und es widerstrebt mir, daß wir uns jetzt, wo wir im Kampfe um die Volksschule stehen, wo wir in eine Erörterung der Schulfragen in agitatorisch-erzieherischem Sinne eintreten sollen, festlegen sollen. Gewiß werden wir den Forderungen im allgemeinen zustimmen, aber man kann sie doch nicht alle jetzt zu Ende denken. Deshalb ist es wichtiger, die Resolution der Landtagsfraktion bezw. dem von der Fraktion gebildeten Ausschuß zur Vorbereitung der Aktion für die kommenden Debatten im Landtag zu überweisen. Dann können wir im Laufe des Winters darüber reden. Die heutige Landesversammlung wird anregend wirken, die Genossen werden sich mit der Frage befassen, und dann können wir auf der nächsten Landesversammlung beschließen. Es wird eingewendet, die Tagesordnung der nächsten Landesversammlung ist schon sehr bepackt, aber da meines Wissens der nächste Landtag eine Volksschulgesetzvorlage bekommen wird, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als auf der nächsten Landesversammlung dazu Stellung zu nehmen; deshalb dürfen wir uns nicht jetzt schon festlegen. Sollten Sie aber den Antrag Illge nicht annehmen, dann bitte ich wenigstens aus dem Satz „sondern nur ein Hilfsmittel der kapitalistischen Ausbeutung" das Wort „nur" zu streichen.

Lipinski: Als die Tagesordnung der heutigen Landesversammlung von den Komitees beraten wurde, hatten wir eine große Menge von Stoff vorgesehen. Wir sind dann nach langen Erwägungen dazu gekommen, die Schulfrage als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, um uns für die spätere Landesversammlung freie Hand für andere Beratungsgegenstände zu halten. Und warum? Weil wir voraussahen, daß im nächsten Jahre eine Diskussion der Schulfragen infolge der Agitation für die Reichstagswahlen zurückgestellt werden müßte. Da hat Göhre eigentlich schon das Richtige getroffen. Auch er hatte das Gefühl, daß wir den kommenden Winter benutzen müssen, um die Schulfrage eingehend in den Parteiorganisationen zu diskutieren und vor allem die Besucher öffentlicher Versammlungen aufzuklären. Es handelt sich nicht darum, der Landtagsfraktion irgend welche Vorschriften in bezug auf die Reform des Schulgesetzes zu machen; alle diese Fragen sind ja schon in unserm Gemeindewahlprogramm festgelegt, sie werden hier nur zusammengefaßt, um als Hilfsmittel für die Agitation zu dienen. Wir können also ruhig die Resolution annehmen und sie den Genossen zur Agitation mit auf den Weg geben. Das ist der Gesichtspunkt, der uns auch gestern in der gemeinschaftlichen Sitzung der Komitees geleitet hat, die Resolution der Landesversammlung zu unterbreiten. Auf die Ausführungen von Göhre, soweit er versucht, einen Weg anzugeben, wie die Agitation am besten gefördert werden kann, will ich hier nicht eingehen. Die Agitationskomitees werden die Situation ausnutzen und versuchen, den einen oder den anderen Weg zu beschreiten. Aber der Auffassung von Göhre muß ich doch entgegentreten, als ob in unserm Programm stehe: Religion ist Privatsache. Wir fordern vielmehr die Erklärung der Religion zur Privatsache. Damit wird konstatiert, daß sie heute nicht Privatsache, sondern Sache des Staates ist, und wir wollen sie erst zur Privatsache machen. Deshalb müssen wir jedem einzelnen nahelegen, zu prüfen, ob er es mit seinem Gewissen vereinbaren kann, wenn er nicht mehr den Glauben an eine Religion hat, trotzdem noch in der Landeskirche zu bleiben. Leider unterlassen viele Genossen den Austritt mit Rücksicht auf ihre bürgerliche Stellung und ihre Kinder. (Sehr richtig!) Ich halte diesen Vorbehalt für durchaus falsch, denn wenn jemand mit einer Auffassung gebrochen hat, dann muß er auch die Konsequenzen daraus ziehen. (Sehr wahr!)

Es läuft folgender Antrag Castan ein:

Die Landesversammlung beauftragt das Zentralkomitee, im kommenden Winter eine nachhaltige Agitation zugunsten einer gründlichen Reform unseres sächsischen Schulwesens in die Wege zu leiten. Diese Bewegung ist zu eröffnen mit der Verbreitung eines zweckentsprechenden Flugblatts. Hand in Hand damit hat die Einreichung einer Massenpetition zu gehen.

Sindermann: Ich möchte Sie ersuchen, sowohl den Antrag Castan als auch den Antrag Illge abzulehnen. Es ist selbstverständlich, daß die neugewählten Komitees im nächsten Geschäftsjahre im Sinne der hier gemachten Ausführungen wirken werden; aber wenn wir das sollen, dann ist es notwendig, die Resolution Schulz anzunehmen. Gerade Göhre hat ja sehr lebhaft dafür gesprochen, indem er die Propaganda im Sinne der Resolution empfohlen hat. (Sehr richtig!) Man hat sich dahin geäußert, daß schon so viel Resolutionen angenommen und später in Erkenntnis der veränderten Verhältnisse wieder ad acta gelegt worden sind, man hat sich über die vielen Resolutionen namentlich gestern lustig gemacht, aber es ist ja gerade ein Zeichen der Erstarkung der Partei, daß sie jetzt, wo sie sich an größere Aufgaben herantraut, frühere Resolutionen, die sich überlebt haben, beiseite legt. Wenn wir Ihnen hier eine Resolution unterbreitet haben, die mit unsern prinzipiellen Forderungen übereinstimmt und die als Grundlage für die Propaganda dienen soll, so ist das nur mit Freuden zu begrüßen. Die Resolution wird der Landtagsfraktion und den Gemeindevertretern gute Dienste leisten, sie steht nicht im Widerspruch zu irgend einer unsrer Forderungen, sondern sie faßt sie zusammen und deshalb ist es notwendig, sie anzunehmen.

Seger-Leipzig: Man muß eigentlich erstaunt sein, in welcher Richtung sich die Wünsche in der Diskussion bewegen. Wir beschäftigen uns mit der Frage der Schulreform und nun kommt es dahin, daß man für den Austritt aus der Landeskirche Propaganda macht. Wenn die Partei in solche Bahnen gelenkt wird, dann würden unsre Gegner in gewisser Beziehung Freude haben. Richtig ist es ja, was Göhre sagte, daß die Orthodoxie in Bewegung gesetzt wird und daß es ihr unangenehm wäre, wenn alle diejenigen aus der Kirche austreten, die innerlich mit ihr gebrochen haben. Aber man darf doch von dem eigentlichen Ziel nicht abweichen. Schulz hat bereits darauf hingewiesen, daß die Reform des Volksschulwesens in unserm Sinne nur durchgesetzt werden kann, wenn wir einen ganz andern Einfluß, eine ganz andre Macht haben; er hat weiter darauf hingewiesen, daß wir wohl reformierend einwirken müssen, daß wir aber nicht vergessen dürfen, daß wir im Klassenstaat leben. Mit andern Worten: wenn wir wirklich eine Reform durchsetzen wollen, dann müssen wir die Gesamttätigkeit der Partei weiter betreiben. Wenn ich sehe, was hier für Vorschläge gemacht sind, daß man gewissermaßen die Frage der Schulreform als den Angelpunkt unserer ganzen Tätigkeit für die nächste Zeit betrachtet, so muß man doch sagen, daß jetzt angesichts der Teuerung, angesichts der Kämpfe gegen das persönliche Regiment weit wichtigere Aufgaben auf der Tagesordnung stehen, womit ich nicht behaupten will, daß die Frage der Schulreform nicht wichtig ist. Ganz merkwürdig ist es, daß Schöpflin sich auf der einen Seite so vor der Annahme von Resolutionen fürchtet, auf der andern Seite aber selbst den Antrag Illge befürwortet. (Schöpflin: Das ist doch nur ein Geschäftsordnungs-Antrag!) Wie kann man sich in demselben Augenblick, wo man sagt, wir wollen eine Bewegung zugunsten der Schulreform in Sachsen entfachen, gegen die Resolution Schulz wenden? Wohin würde es führen, wenn ein jeder bei der Agitation auf eigene Faust eine Art Schulprogramm propagieren könnte? Solche anarchischen Zustände kann sich die Partei nicht gefallen lassen. Daß man die Resolution nicht überblicken kann, ist keine Entschuldigung, es war Zeit genug dazu. Abänderungsanträge einzubringen. Die Resolution enthält doch im Grunde genommen nur unsere alten Forderungen. Ich begreife auch nicht, zu welchem Zweck man die Resolution erst der Landtagsfraktion als Material überweisen will. Wenn wir in dem Augenblick, wo die Partei eine Aktion unternehmen will, nicht mehr vorher unsere Meinung äußern und uns durch Beschlüsse festlegen, dann entsteht ein Wirrwarr, durch den der Partei nicht gedient ist. Im Interesse der Partei wollen wir doch die Tradition aufrecht erhalten, daß wir Beschlüsse fassen. Machen sich da Aenderungen notwendig, dann sind ja die Instanzen, die sie vornehmen können, gegeben.

Geyer-Leipzig: Im Gegensatz zu Seger bin ich über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen sehr befriedigt. Es ist erklärlich, daß in einer solchen Diskussion auch verschiedene Meinungen zum Ausdruck kommen, aber wie im Augenblick die Dinge liegen, sind wir uns darüber einig, daß der Beschluß der Landesversammlung der Gesamtpartei zum Vorteil gereicht. Ich bin für die unveränderte Annahme der Resolution und möchte auch das Wort „nur" nicht gestrichen wissen. Es ist doch Tatsache, daß die Volksschule heute eine Klassenschule ist und daß sie der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeitermassen dient. Das hat Schulz so schön und objektiv dargelegt, daß ich mich wundere, daß daran noch gedeutelt werden kann. Dann bitte ich auch, die Erklärung von Göhre in dem Sinne zu modifizieren, wie es Lipinski getan hat. Tatsächlich spricht unser Programm nur von einer Erklärung der Religion zur Privatsache: wir wollen nicht, daß diejenigen, die nicht mehr zur Landeskirche gehören, Lasten für sie tragen. Deshalb fordern wir ja auch die Verweigerung der Aufwendungen für religiöse Zwecke. Was die Frage anbelangt, daß wir möglichst bald in eine besondere Aktion für unsre Forderungen eintreten sollen, so sage ich, wir können in keiner Frage, die das Volk so berührt wie die Volksschule, genug tun. (Sehr richtig!) Gewiß sollten wir so viel als möglich darauf drängen, daß die Volksschule in unserm Sinne geändert wird und daß unsere Forderungen zum Durchbruch kommen, denn wenn wir die Volksbildung heben, so stoßen wir bei unsern Forderungen auch auf ein besseres Verständnis im Volke. (Sehr richtig!) Haben wir Zeit zur Propaganda, dann sollen wir sie ausnutzen; aber es ist möglich, daß im Winter vor den Reichstagswahlen uns angesichts der Nervosität der bürgerlichen Parteien, andre Aufgaben notwendig sind. Deshalb bitte ich auch um Ablehnung des Antrags Castan. Wir wollen unsere Leitung nicht binden. Wenn der Wunsch ausgesprochen wird, daß das Zentralkomitee etwas tun möge, dann wird das auch geschehen. Täte es das nicht, dann würde auch ohne seine Initiative die Propaganda eröffnet werden. (Sehr richtig!) Schöpflin meint, wir sollten uns nicht binden. Vergessen wir doch nicht, daß es sich um eine Resolution handelt, nicht aber um ein Programm, das wir der Partei aufzwingen wollen. Die Resolution ist eine Willensmeinung der Landesversammlung, wie die Propaganda betrieben werden soll. (Sehr richtig!) Wenn wir in dem Sinne, wie Göhre es empfohlen hat, eine Propaganda entfalten, dann wird die Resolution ein außerordentlich guter Leitfaden dafür sein. (Sehr richtig!) Wenn die Genossen die Resolution erweitern wollen, dann können sie das auf der nächsten Landesversammlung oder auf einem Parteitag getrost tun. Schulz wird am wenigsten bestreiten, daß die Leitsätze von unsern Vertretern in den Gemeinden noch erweitert werden können.

Schöpflin: Es war bisher bei uns Usus, daß eine Resolution die Parteigenossen zu ihrer Befolgung verpflichtet. Resolutionen haben für uns eine Art bindende Gewalt. Wäre es so, wie Geyer es hinstellt, dann ließe ich mir das gefallen, aber die Ueberschrift müßte dann geändert werden, es müßte heißen: „Thesen" oder „Leitfaden zur Agitation". Wir können doch nicht jetzt, wo wir uns ernstlich um die Dinge kümmern wollen, eine Diskussion eröffnen, deren Rahmen schon festgelegt ist. Nun sagt Seger, es geht nicht, daß jeder auf eigne Faust agitiert. Ja, aber wir haben doch schon programmatische Forderungen, und die kennst Du doch auch. Innerhalb dieser Forderungen müssen wir darüber diskutieren; hier sind sie nicht zusammengefaßt, sondern ausgedehnt. Habe doch keine Angst, daß schon wieder dem Prinzip der fürchterlichste Schaden geschieht. (Heiterkeit.) Es gibt doch wo anders auch noch ein paar Sozialdemokraten, die Gefühl haben für das, was nötig ist, Du allein könntest es mit Deiner Arbeit doch auch nicht schaffen, wenn wir andern nicht ein klein wenig beitrügen. (Seger: Habe ich denn das verlangt? Nein, aber es geht schon wieder mit der Angst los. Du mußt ein klein wenig weniger ängstlich werden. (Heiterkeit.) Ich rate Dir, mehr Vertrauen zur Partei zu haben. (Vorsitzender Müller bittet, Angriffe zu unterlassen.) Ich greife doch nicht an, es ist eine sehr ernste Unterhaltung. (Heiterkeit.) Ich rate, die Resolution nur dann anzunehmen, wenn der Vorsitzende sie dahin interpretiert, daß sie nur als Leitfaden dient, nicht aber, daß man gebunden ist, für jede einzelne Forderung einzutreten. Daß wir im Sinne der Resolution arbeiten, ist ganz selbstverständlich.

Vorsitzender Lipinski: Ich muß die Interpretation, die Schöpflin von mir verlangt hat, ablehnen. Auf dem Bremer Parteitage hat sich die Partei ein Gemeindeprogramm geschaffen. Dies Programm ist im vorigen Jahre von der sächsischen Landesversammlung akzeptiert worden, und die in der Resolution aufgestellten Forderungen sind in dem allgemeinen Kommunalprogramm enthalten. Die Resolution ist also nicht ein Leitsatz, sondern die Zusammenfassung von Parteitagsbeschlüssen. (Schöpflin: Nein, sie ist eine Ausdehnung!)

Göhre: Auch ich verstehe nicht, warum Schöpflin sich so auf seinen Antrag versteift. Ob es „Resolution" heißt oder „Thesen" oder wie sonst, das ist doch gleich. (Sehr richtig!) Ich halte es für notwendig, zu erklären, daß es sich bei meinen Ausführungen über die Religion als Privatsache nur um einen falschen Zungenschlag handelt. Natürlich weiß ich, daß im Programm steht: Erklärung der Religion zur Privatsache. Aber die Konsequenz dieser Forderung an den Staat ist doch, daß wir von den Parteigenossen fordern, daß sie jetzt ihre möglichst Ernst damit machen, und deshalb verlange ich, daß die Parteigenossen, die mit der Kirche fertig sind, sich nicht feige hinterlistigkeitsgründen verstecken, sondern daß sie sich auch zu ihrer Ueberzeugung bekennen. (Sehr wahr!) Es ist doch kein Opfer, wenn ich schlimmstenfalls mal ein paar hundert Mark verliere, die mir ein Onkel oder eine Tante vermachen würde, wenn ich nicht aus der Kirche ausgetreten wäre. (Sehr gut! u. Heiterkeit.) Diese Forderung ist ja auch nicht die einzige gewesen, die ich erhebe, sondern ich habe eine ganze Menge aufgestellt. Gerade ich als Abgeordneter des 20. Wahlkreises, der ich von den Gegnern immer wieder angerempelt werde, daß ich in der Wahlbewegung für Kirche und Christentum eintrete und hier für den Austritt aus der Landeskirche Propaganda mache, stelle die Forderung auf, aber ich betone, daß ich den Austritt nur für die verlange, die innerlich mit der Kirche fertig sind. Seger wundert sich, was für Forderungen in der Diskussion erhoben sind, und er weist darauf hin, wir hätten doch alle die Worte von Schulz beachten sollen, daß erst die Eroberung der politischen Macht uns die Tür öffnet, um zum Ziel zu gelangen. Ja, dann hätte Seger sich auch gegen die Resolution Schulz wenden müssen, denn sie ist eine Aufzählung von Einzelforderungen, eingerahmt von prinzipiellen Gesichtspunkten. (Schulz: Sehr richtig! Ich weise es auch zurück, daß ich etwa die Propaganda zum Austritt aus der Landeskirche als unsere alleinige Tätigkeit für den nächsten Winter ansehe. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht darum, daß wir das eine tun und das andre lassen, sondern daß wir das eine tun und das andre nicht lassen. Wenn jetzt die Kaiserrede aktuell ist, so rücken wir sie eben in den Mittelpunkt, aber das wichtige Schulgebiet dürfen wir, wenn wir vorwärts kommen wollen, nicht als Nebensache betrachten. Hätte Seger recht, dann wäre das ein schwerer Vorwurf gegen das Zentralkomitee, das uns mit dieser Frage hier behelligt hat. Ist die Schulfrage eine Nebenfrage, dann müßten wir es uns verbitten, daß das Komitee uns damit behelligt. (Sehr wahr!)

Fritsch-Reichenau: Der Antrag Castan will uns nicht festlegen, er will nur, daß die Genossen wollen, daß, wenn es möglich ist, in diesem Winter eine Agitation für die Reform der Volksschule betrieben wird. Selbstverständlich trauen wir dem Zentralkomitee zu, daß es, wenn es nötig ist, die erforderlichen Maßnahmen für andere Agitationen trifft. Die Stellungnahme gegen das persönliche Regiment kann in einigen Wochen besorgt sein; aber wir haben doch einen langen Winter vor uns, und da ist es wichtig, wenn die Genossen im Lande wissen, im kommenden Winter haben wir uns mit der Reform der Volksschule zu befassen. Dazu ist es

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/14 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

... aber notwendig, die Grundsätze zusammenzustellen, und deshalb bitte ich auch um Zustimmung zu der Resolution Schulz.

Hiermit schließt die Debatte.

Heinrich Schulz (Schlußwort): Ich gebe zu, daß man über Einzelheiten der praktischen Durchführung meines Programms verschiedener Meinung sein kann. Göhre hat die Frage der Universitätsbildung der Lehrer erwähnt. Ich habe selbst schon gewisse Bedenken gegen die heutige Universitätsbildung erhoben, weil sie, ohne weiteres übertragen auf die Lehrerbildung, kein Ideal wäre. Wir würden also, wenn wir an die praktische Lösung dieser Frage herantreten, noch andere besonderen Maßnahmen treffen, und das gilt auch für alle anderen Fragen. Wenn sich eine Gemeinde mit der Frage der Schulspeisung zu befassen hat, dann wird sie natürlich ihre besonderen Verhältnisse berücksichtigen. Meine Resolution ist eine allgemeine Richtschnur, die uns die Möglichkeit gibt, an die praktische Durchführung der Schulreform heranzutreten. Nicht ganz kann ich Göhre zustimmen in bezug auf die Bedeutung des Liberalismus für die Volksschule. Ich gebe zu, daß die theoretischen Vorkämpfer des Liberalismus früher wirkliche Schulfreunde gewesen sind, aber die praktische Politik des Liberalismus ist leider niemals in Wirklichkeit Schulpolitik gewesen, und selbst der Fortschritt in Preußen, der in den sogen. allgemeinen Bestimmungen liegt, ist nur ein Fortschritt sehr perfider Natur. Einverstanden bin ich mit Göhre, wenn er das Zwickauer Schulprogramm der sächsischen Lehrer nicht anerkennt, sondern für die Abschaffung des Religionsunterrichts eingetreten ist. Daß Göhre als früherer Geistlicher diese Stellung einnimmt, wird besonderen Eindruck machen. Ich füge hinzu, daß ich seinen Ausführungen über den Austritt aus der Landeskirche voll beipflichte. Sein [illegible], daß jeder, der innerlich mit der Kirche gebrochen hat, auch aus ihr austreten soll, hat die Schulreform auf eine Bahn gebracht, über die wir uns nur freuen können. Dem Genossen Wolf, der im großen ganzen meinen Leitsätzen zugestimmt hat, möchte ich nur in einem Punkt widersprechen. Ich glaube, ihm ist hier ein kleiner Zungenschlag unterlaufen, er geriet in Erregung, als er sich in seine frühere Situation als Lehrer vor 75 Kindern, darunter 12 [illegible], zurückversetzte. Ich kann ihm diese Erregung nachfühlen. [illegible] als er andeutete, daß er sich selbst habe hinreißen lassen, zum Stock zu greifen, da sagte ich mir, ich kann es begreifen, daß man in der Erregung das tut, aber daß es nicht anders geht und daß man den Lehrer entschuldigen müsse, darin widerspreche ich ihm. Ich entschuldige das nicht. Auch die Aeußerung von Wolf, daß der Lehrer zum Stock greifen muß, wie der Schäfer den Hund auf die auseinanderlaufende Herde bringt, kann ich nicht unwidersprochen lassen. Ich wünschte, Wolf hätte das nicht gesagt, denn die Lehrer werden daraus Kapital schlagen; sie können sich leider nicht entschließen, auf den Stock zu verzichten, und wir bestärken sie darin, wenn ein Redner sagt: es geht nicht anders. Ich sage, es geht anders, sobald es nicht mehr geschehen darf. (Sehr richtig!) Das sage ich nicht nur gegenüber den Lehrern, sondern auch gegenüber jedem Vater und jeder Mutter, und ganz besonders sozialdemokratische Eltern sollten den festen Vorsatz fassen, den Stock nicht zu gebrauchen. (Sehr richtig!) Solange man diesen Vorsatz nicht gefaßt hat, prügelt man, aber hat man ihn einmal gefaßt, dann schreckt man vor dem Stock zurück. Ich bin als Lehrer ohne Stock ausgekommen; in dem einzigen Fall, wo ich zum Stock greifen wollte, um einen kleinen Lügner zu züchtigen, habe ich mir noch im letzten Augenblick gesagt: nein, diesem kleinen Lügner zuliebe darfst du deine Ueberzeugung, daß man ohne Stock auskommen kann, nicht opfern. Ein Lehrer, der aufrechte Charaktere erziehen will, darf grundsätzlich nicht zum Stock greifen. (Sehr gut!)

Nun zur Hauptfrage: Ob die Resolution angenommen werden soll oder nicht. Schöpflin geht von der Ansicht aus, die Genossen sollen erst prüfen, was davon richtig ist und was nicht. Das ist ein ganz falscher Standpunkt. Dazu sind nicht die Genossen im Lande berufen, sondern die offizielle Vertretung der Partei, in diesem Falle die Landesversammlung. (Sehr richtig!) Die Genossen sollen doch nicht erst die Forderungen, die zum größten Teil schon im Erfurter Programm vorliegen, kritisch prüfen, sondern sie sollen sich auf die Grundlage unseres Programms stellen, und von da aus muß die Agitation betrieben werden zugunsten einer möglichst weitgehenden Reform der sächsischen Volksschule. Ich begreife die Angst von Schöpflin nicht. Ja, wenn es sich um grundsätzliche Forderungen handelte, die das Prinzip der Partei in Frage stellten, dann wäre es etwas andres; aber es handelt sich nur um eine Erweiterung der im Erfurter Programm enthaltenen, sehr knapp gefaßten Schulforderungen auf Grund der praktischen Erfahrungen der Sozialdemokratie im Staat und in den Gemeinden. Es handelt sich um ein methodisches, planmäßiges Reformprogramm. Diese Thesen mit kleinen, winzigen, hauptsächlich redaktionellen Aenderungen und vielleicht mit der Hinzufügung der Forderung eines Landesschulbeirats, sind fast wörtlich in den Thesen enthalten, die der Mannheimer Parteitag 1906 angenommen hat. Schon lange vor dem Parteitag hatten Frau Zetkin und ich unsere Leitsätze veröffentlicht, es sind auf dem Parteitag nur wenig belanglose Aenderungen beantragt, es ist in der Zwischenzeit nicht darüber diskutiert worden, und die allgemeine Ansicht geht dahin, daß die Mannheimer Leitsätze Gemeingut der Partei sind. Warum hat sich denn Schöpflin nicht vorher die Mannheimer Thesen angesehen? Aber selbst, wenn er das nicht getan hat, hatte er doch heute Zeit genug, die Resolution zu prüfen und zu erklären, daß er mit dieser oder jener Forderung nicht einverstanden ist. Das hat weder er noch ein anderer getan. Warum scheuen Sie also so ängstlich davor zurück, die Resolution anzunehmen? Wenn die Zustimmung von Schöpflin und anderen von der Streichung des Wortes „nur“ im ersten Satz abhängt, so bin ich dazu gern bereit, an der Sache wird dadurch nichts geändert. (Sehr richtig!) Im übrigen wird ja das Bedenken von Schöpflin durch den weiteren Wortlaut der Resolution völlig beseitigt. Ich glaube deshalb, Schöpflin und die, die mit ihm einer Meinung sind, können ihre ängstlichen Bedenken ruhig fallen lassen. (Zuruf von Schöpflin: Vorsichtige Bedenken!) Das klingt so feierlich und geheimnisvoll, daß mir ein Grauen über den Rücken läuft. (Heiterkeit.) Ich habe doch die Resolution nicht gefaßt, um Schöpflin oder andern einen Possen zu spielen oder etwas Bedenkliches hineinzumogeln, ich habe das Mandat, das mir die Genossen vom Agitationskomitee übertragen haben, nur mit dem Vorbehalt angenommen, daß ich sage: verlangt aber von mir nicht, daß ich der sächsischen Landtagsfraktion Vorschriften machen soll. Wozu ich bereit bin, ist die grundsätzliche Erörterung der Schulreform, gleichviel ob für Sachsen, für Bayern oder für einen andern Staat. (Sehr richtig!) Was ich vorschlage, sind die allgemeinen Grundsätze der Partei, und wenn die Gesetzesvorlage kommt, dann wird es Sache der Landtagsfraktion sein, zu prüfen, wie sie mit unserm Programm in Einklang zu bringen ist und welche Anträge zu formulieren sind. Gebunden sind Sie nicht. Wollte ich das, dann hätte die Resolution dreimal so lang werden müssen, dann hätte ich eine ganze Menge Dinge hineinbringen müssen, die ich nicht hineingebracht habe, weil ich der Fraktion Spielraum lassen will. Um der Agitation, die wir alle wünschen, eine geeignete Grundlage zu schaffen, um nicht erst in unsern eignen Reihen darüber zu streiten, was richtig ist, sondern um gegenüber den bürgerlichen Forderungen unsre Forderungen einheitlich zu propagieren, bitte ich um einstimmige Annahme der Resolution. Die Schulreform zu dem A und O zu machen ist natürlich nicht unsre Aufgabe, aber das Komitee hat sich mit Recht gesagt, die Schulreform kommt, wir müssen uns rechtzeitig darauf einrichten, um allen Eventualitäten gewaffnet gegenüberzustehen. Wir werden die Schulreform erörtern vom Standpunkt der sozialistischen Auffassung und des sozialistischen Prinzips aus, und so glaube ich, biete auch für die Agitation die Resolution die nötige Grundlage. Nehmen Sie sie einstimmig an! Behalten Sie aber im Auge, daß die große Schulreform nur möglich ist, wenn wir die politische Macht erobert haben, wenn wir auf dem politischen Felde weiter unsere Pflicht tun. Darum wird auch die Agitation für die Schulreform unserer allgemeinen politischen Agitation nicht im Wege stehen. (Lebhafter Beifall.)

Illge zieht im Einverständnis mit Schöpflin mit Rücksicht auf die Erklärungen von Geyer, Sindermann und Schulz seinen Antrag zurück.

Die Resolution Schulz wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Castan wird den Komitees als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Lipinski: Die Eisenbahner sprechen der Landtagsfraktion für ihr Eintreten zugunsten der Eisenbahner schriftlich ihren Dank aus. (Bravo!)

Weiter ist uns mit Rücksicht auf die Ausführungen von Sindermann vom Sonntag über die Sportvereine folgendes Schreiben des Genossen Paul Dietrich zugegangen:

„Der heutige Bericht der Leipziger Volkszeitung über den Parteitag der sozialdemokratischen Partei Sachsens gibt in der Rede des Parteigenossen Sindermann einige Sachen wieder, die ich nicht umhin kann richtig zu stellen. Genosse Sindermann sagt nach dem Bericht unter anderm:

Aber nichtsdestoweniger hat man in einer ganzen Reihe von Turnvereinen den heftigsten Protest erhoben, man hat auch auf der allgemeinen Kreisturnkonferenz der sächsischen Turnvereine in Neugersdorf ein scharfes Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee angenommen.

Hierzu möchte ich als Vorsitzender der damaligen Kreisturnkonferenz der Arbeiter-Turnvereine Sachsens in Neugersdorf bemerken, daß dort irgendein Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee nicht zur Abstimmung gelangt und auch ein derartiger Antrag an die Konferenz nicht gestellt worden ist.

Ich füge einen Bericht der Arbeiter-Turnzeitung über den Kreisturntag bei, welcher objektiv das berichtet, was auf demselben gesprochen worden ist. Zu konstatieren ist dabei, daß einige Redner durch eine falsche Auffassung der auf der letzten Landeskonferenz geführten Worte sich eine falsche Ansicht gemacht hatten, die aber nach Richtigstellung einiger Redner sich dahin änderte, daß sie gegen die gemachten Ausführungen nichts einzuwenden hätten. Irgendein Beschluß ist nicht gefaßt worden, und ich möchte daher die Landeskonferenz bitten, dies als Erklärung zu Protokoll zu nehmen.“

Dem Schreiben ist ein Bericht der Arbeiter-Turnzeitung Nr. 8 vom 15. April 1910 über den 9. Kreisturntag des 4. Kreises, abgehalten am 28. März 1910 in Neugersdorf, beigefügt, worin es heißt:

„Einige Redner kamen auf die vom Genossen Sindermann auf der Landeskonferenz in Zittau gemachten Ausführungen über die „Klimbimvereine“ zu sprechen. Sie gaben unverhohlen ihrer Entrüstung Ausdruck; haben doch gerade die Arbeiter-Turnvereine jederzeit in der allgemeinen Arbeiterbewegung ihren Mann gestellt und Solidarität in jeder Beziehung geübt, haben doch auch wir unter den Drangsalierungen und der Nadelstichpolitik der Herrschenden gleich der Partei zu leiden; ist das nicht der beste Beweis, daß man uns nicht bloß als „Klimbimvereine“ seitens der gegenwärtigen Gesellschaft ansieht?! Genosse Sindermann wird, wenn er sich dies alles vor Augen führt, sich dieser Tatsache nicht entziehen können und uns künftig objektiver beurteilen.“

Sindermann: Es kann sich nur um einen Irrtum handeln insofern, als ich gesagt habe, es ist ein Mißtrauensvotum gegen das Zentralkomitee angenommen. In Wirklichkeit habe ich gesagt, man hat dem Zentralkomitee wegen meiner Aeußerung das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Das habe ich aus dem übereinstimmenden Bericht entnommen, der durch die Parteipresse gegangen ist. Wenn das nicht der Fall ist — ich habe den Bericht der Turnzeitung heute das erstemal vor Augen bekommen — und wenn von dem Turnverein die Kritiker selbst zurückgewiesen sind, so gebe ich mich zufrieden. Wir alle können erfreut darüber sein, wenn der Geist, der bei der Zurückweisung dieser Kritik zum Ausdruck gekommen ist, sich in den sächsischen Turnvereinen weiter betätigt.

Lipinski: Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Nitzsche: Aus den Zeitungsberichten sehe ich, daß Geyer gestern gesagt hat, ich hätte erklärt, daß in der Landtagsfraktion über die von mir berührten Fragen keine Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Ich habe das nicht gesagt, sondern im Gegenteil hervorgehoben, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. Allerdings ist die Behauptung gefallen, es waren keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden, aber das habe nicht ich, sondern das hat ein anderer gesagt.

Damit sind die Geschäfte der Landesversammlung erledigt.

Lipinski: Aus dem Berichte des Zentralkomitees haben wir entnehmen können, daß sich die Organisationsverhältnisse in Sachsen wesentlich gebessert haben, und daraus können wir die Hoffnung schöpfen, daß die Organisationen sich auch in Zukunft weiter stärken werden. Braune hat dann an der Hand seines Zahlenmaterials nachgeprüft, inwieweit materiell im Durchschnitt die einzelnen Mitglieder ihrer Pflicht gegen die Organisation nachgekommen sind. Ich möchte aber bitten, mit Rücksicht darauf, daß in der Diskussion Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Unterlage von Braune entstanden sind, bei der Berichterstattung kein allzu großes Gewicht darauf zu legen. Die Landesversammlung hat ferner den Komitees den Auftrag gegeben, der nächsten Versammlung eine Vorlage für ein neues Organisationsstatut zu unterbreiten. Wir werden dabei versuchen, das Rückgrat der Partei, das Organisationsgebilde, straffer, fester und umfassender zu gestalten.

Die Tätigkeit der Fraktion ist einhellig von der Landesversammlung gutgeheißen, man hat anerkannt, welche wichtigen Aufgaben die Fraktion erledigt hat und daß sie gearbeitet hat in der besten Absicht, zu erreichen, was unter den gegebenen Verhältnissen erreicht werden konnte. Die Landesversammlung hat zugleich zu zwei Fragen Stellung genommen und unzweideutig zum Ausdruck gebracht, wie sie darüber denkt. Es handelt sich einmal darum, daß die Fraktion von dem ihr zustehenden Recht bei der Besetzung des Präsidiums Gebrauch machen, daß sie sich aber nicht binden lassen soll durch die Verpflichtung der Uebernahme höfischer Handlungen. Auch die Stellung der Partei zur Ersten Kammer ist klar zum Ausdruck gebracht, die Partei lehnt eine Reform dieser Kammer ab, weil dadurch nur eine Bewegung dieses Instruments der Reaktion herbeigeführt würde. Damit ist in zwei Fragen Klarheit geschaffen, die eventuell zu unerquicklichen Diskussionen geführt hätten. Solche Diskussionen sind nun ausgeschlossen. (Sehr richtig!) So wie die Landesversammlung durch den Ausfall der letzten Landtagswahlen eine andre Physiognomie bekommen hat, so werden wir uns auch auf den nächsten Landesversammlungen noch mehr mit speziellen sächsischen Angelegenheiten zu befassen haben. Ein Vorspiel dafür war die Erörterung der Schulfragen. Wenn auch in Nebensächlichkeiten Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmäßigkeit des Beschlusses vorhanden waren, so sind wir doch über den Inhalt des Beschlusses, über den Weg, den wir zu beschreiten haben, alle einig, und darin ist ein wesentlicher Erfolg zu erblicken. (Bravo.)

Die Landesversammlung hat gründliche und gute Arbeit geleistet, kein Gegenstand ist in der Diskussion zu kurz gekommen, und ich kann nur hoffen und wünschen, daß unsere Arbeiten von Erfolg gekrönt sein mögen. (Lebhafter Beifall.) Ich schließe die Landesversammlung, indem ich Sie bitte, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf die internationale völkerbefreiende Sozialdemokratie. Sie lebe hoch! (Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in den Ruf ein.)

Die Landesversammlung ist geschlossen.

Schluß gegen 2 Uhr.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Werftarbeiterbewegung.

Die Aufregung in der bürgerlichen Presse darüber, daß die Arbeiterorganisationen in „frivoler Weise die Friedensbezeigungen der Werftbesitzer mit hochmütiger Ablehnung beantwortet haben“, ist auch noch von einem anderen Gesichtspunkt aus durchaus deplaciert.

Der Gesamtverband deutscher Industriellen hat nämlich vor einigen Jahren Grundsätze über die Form der Verhandlungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisation aufgestellt, in welchen strenge Parität gefordert wird, das heißt, es soll der einen Partei nicht das Recht zustehen, über die Zusammensetzung der Verhandlungsvertretung der anderen Partei irgend etwas bestimmen zu können. Das war wohl damals besonders für die Unternehmer bestimmt, darf nun aber doch auch für die Arbeiter gelten. Wenn jetzt die Arbeiterorganisationen bei Verhandlungen über die Forderungen der Werftarbeiter sich nicht dreinreden lassen wollen, wer oder welche Arbeiterkorporation an diesen Verhandlungen teilnehmen darf, so handeln die Arbeiterorganisationen lediglich im Sinne der angeführten Satzungen des Gesamtverbandes deutscher Industriellen.

Das mögen sich auch die Hirsch-Dunckerschen hinter die Ohren schreiben. Der Gewerkverein, das Organ der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, erhebt nämlich gegen den „Fanatismus“ der freien Gewerkschaften die Anklage, daß er verhütet habe, die Bewegung in das „einzig vernünftige Stadium der Verhandlungen“ zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen treten zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß es eine Reihe schwerwiegender Gründe gibt, die es den Zentralverbänden gebieten, einer gemeinsamen Verhandlung mit Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkvereinen, besonders aber mit dem Gelben mit einem gründlichen, durch bittere Erfahrungen diktierten Mißtrauen zu begegnen, mußte die einfache Erwägung der oben bezeichneten Unternehmerbeschlüsse die Gewerkschaften zu ihrem Standpunkte führen.

Aus der Umgebung.

Erfolg der Metall- und Holzarbeiter in der Bautzner Waggonfabrik.

Wir berichteten bereits über Differenzen in der Waggonfabrik (vormals Busch) in Bautzen, die zur Kündigung aller Arbeiter geführt hatten, so daß mit einer Aussperrung gerechnet werden mußte. Die bestehenden Differenzen konnten nun in letzter Stunde beseitigt werden, und zwar durch Verhandlungen mit der Direktion und den in Frage kommenden Organisationsvertretern. Das ist um so bemerkenswerter, als der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Aktiengesellschaft, der bekannte Berliner Scharfmacher Kühnemann, bisher jede Vereinbarung und Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen untersagte und demgemäß auch die Direktion bisher verfuhr. Der letztjährige Kampf der Stellmacher, der lange Wochen dauerte, scheint diese Wandlung der Anschauungen veranlaßt zu haben, und wenn damals auch der Kampf verloren ging, trägt er jetzt seine Früchte. Er ist also nicht vergeblich gewesen.

Durch Protokoll wurde vereinbart, daß an Stelle der 60stündigen die 57½stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt wird. Die Akkordpreise wurden neu vereinbart, damit diese einen entsprechend höheren Verdienst ergeben, auch alle künftigen Akkordtarife sollen im Beisein von Organisationsvertretern vereinbart werden. Ferner wird von jetzt an ein Aufschlag für Ueberstunden in Höhe von 10 Pf. pro Stunde gewährt. Weiter wurden Vereinbarungen über die Zuständigkeit des Arbeiterausschusses und der Regelung der sonstigen Verhältnisse getroffen. Bemerkenswert war das Eingeständnis des Direktors, daß der vorjährige Kampf der Firma einen Schaden von 120 000 M. zugefügt habe.

Die Lehre aus dieser Bewegung? Jeder Kampf, selbst wenn er verloren geht, trägt seine Folgen, wenn die Arbeiter, trotz der Niederlage, der Organisation treu bleiben!

Zum Streik der Steinmetzen!

Am Neubau der Roten Schenke in Döhlen betätigt sich der Inhaber eines Grabsteingeschäfts, namens Weinhold aus Döhlen, mit seinem Gehilfen als Arbeitswillige. Er scheint demnach in seinem eigenen Geschäft wenig Arbeit zu haben. Außerdem fungiert noch ein ganz junger Mann, namens Fischer, als Arbeitswilliger.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Inland.

Lohnbewegungen

Die städtischen Arbeiter in Köpenick sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Die Lohnbewegung der Stockarbeiter bei der Firma Rochel in Kassel-Bettenhausen ist mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet worden.

Bei der Firma Kremmener, Hutformenfabrik in Pankow, befinden sich die Former und Gießereiarbeiter im Streik.

In den Glashüttenwerken Ernst Witter (Aktiengesellschaft) in Unterneubrunn und Bodheim (Thüringen) haben sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht.

Der Streik der Steinmetzen bei der Firma L'hoest in Kupferdreh (Westfalen) ist nach eintägiger Dauer zugunsten der Arbeiter durch Verhandlungen beendet worden. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von wöchentlich 3 M. für jeden Arbeiter.

Ausland.

Zur Aussperrung der englischen Werftarbeiter.

Die Zahl der auf den Werften ausgesperrten Arbeiter dürfte rund 40 000 betragen. Die Unternehmer veröffentlichen eine Erklärung, in der sie aufs neue die plötzlichen Ausstände der letzten Zeit als Ursache der Aussperrung bezeichnen.

Former werden vor Arbeitsangeboten nach Australien gewarnt.

Das internationale gewerkschaftliche Sekretariat erhielt ein Telegramm von den australischen Gewerkschaften mit der Bitte, Former in den europäischen Ländern vor Zuzug zur warnen, da ein schwerer Konflikt mit den Unternehmern ausgebrochen ist und diese sich auf baldigen Ersatz durch Einwanderer verlassen. Es ist selbstverständlich, daß organisierte deutsche Arbeiter von australischen Magnaten sich nicht zum Streikbrecher machen lassen werden.

Dr. Thompson's Seifenpulver Marke [DR. THOMPSON'S SCHUTZ-MARKE SEIFENPULVER] Schwan

enthält laut Gutachten hervorragender Chemiker keinerlei schädliche Bestandteile und fördert die Haltbarkeit der Wäsche. Seit 30 Jahren überall erhältlich.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Die Pseudoehefrau. Ein lediger Beamter nahm sich zur Wirtschafterin die ehemalige Plätterin Marie Amalie geschiedene **Rothe**. Bei den umwohnenden Geschäftsleuten gab sie sich als Ehefrau des Beamten aus und erlangte durch diese Angaben bereitwillig Kredit. Diesen Umstand nutzte sie weidlich aus und borgte bei Bäckern, Fleischern und Produktenhändlern ganz hübsche Beträge. Als Entschuldigung gab sie an, der Beamte hätte ihr erlaubt, als seine Frau aufzutreten. Da sie schon mehrfach vorbestraft ist, erkannte das Gericht wegen Rückfalldiebstahls auf 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust.

Undank. Nachdem der 20jährige Malergehilfe Max Alfred Hollik eine einjährige Gefängnisstrafe verbüßt hatte, fand er zunächst bei seinem Stiefvater Aufnahme. Das hielt ihn aber nicht ab, dem Manne eine Taschenuhr und diverse Kleidungsstücke zu stehlen. Dann stieg er zusammen mit einem noch nicht ermittelten Komplicen bei seinem Stiefvater ein und entwendete nochmals mehrere Kleidungsstücke und zwei Paar Stiefel. In Blasewitz räumten sie die Schlafkammer eines Fleischergesellen aus. Hollik wurde festgenommen, während sich dessen Kumpan Stöckel noch der Freiheit erfreut. Der Angeklagte war geständig und wurde zu 2 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt, von denen ein Monat als verbüßt gilt.

Militärgericht.

Durch Leichtsinn in den Tod. Ein tragisches Ende hat ein leichtsinniger Scherz genommen. Am 23. Juni hatte eine Vorposten-Uebung des 177. Regiments in der Nähe von Boxdorf-Reichenberg stattgefunden. Als Patrouillenführer mußte der Gefreite Denkert von der 1. Kompagnie einen Rekognoszierungs-Rundgang unternehmen und traf bei dieser Gelegenheit auf den auf der Erde liegenden und von den Strapazen des militärischen Felddienstes ausruhenden Tambour Sehm. Da am Morgen schon verschiedentlich mit Platzpatronen geknallt worden war, glaubte Denkert seine Ration schon verschossen zu haben und das Gewehr ungeladen. Er trat auf den Tambour und Freund zu, setzte ihm den Gewehrlauf auf das Gesäß und meinte scherzhafterweise: „Soll ich mal schießen?" Sehm blieb, nichts Schlimmes ahnend, in seiner Stellung auf der Erde und rührte sich nicht. Darauf drückte Denkert ab, ein Schuß krachte und Teile der Platzpatrone drangen in Sehms Gesäß, eine schwere Verletzung verursachend. Der unglückliche Schütze war außer sich vor Verzweiflung, holte sofort einige Kameraden herbei und ließ dem Verwundeten jede Hilfe angedeihen. Nachdem man die Wunde mit frischem Wasser ausgewaschen hatte, wurde ärztliche Hilfe aus Moritzburg herbeigeholt und die Anbringung eines Notverbandes vorgenommen. Mittels eines Krankenwagens erfolgte die Ueberführung des Verwundeten ins Dresdner Garnisonlazarett. Da ein sofortiger operativer Eingriff nicht angängig erschien, entschlossen sich die Aerzte, den Lauf des Krankheitsprozesses noch abzuwarten. Dieses Warten scheint für den Verletzten verhängnisvoll geworden zu sein, denn nach einigen Tagen stellten sich Fiebererscheinungen ein und die Temperatur steigerte sich immer mehr. Die Operation konnte nun nicht länger aufgeschoben werden und ergab das Resultat, daß der Schuß zehn Zentimeter tief ins Gesäß eingedrungen war. Holzstückchen und andere Teile der Platzpatrone waren in die Wunde geraten und hatten eine schwere Eiterung, die bereits auf ein Hüftgelenk übergegangen und in einer Entzündung ausgeartet war, hervorgerufen. Nunmehr ging der körperliche Verfall des Bedauernswerten einen raschen Gang und am 23. August erlöste ihn der Tod von seinen schweren Leiden. Als ärztlicher Sachverständiger erklärte Stabsarzt Dr. Stölzner vor Gericht, daß die Eiterung zweifelsfrei als Folge der durch den unglücklichen Schuß hervorgerufenen Verletzungen angesehen werden müsse. Die Leiche ist vom Oberstabsarzt Dr. Stock seziert worden; das Gutachten des Arztes geht dahin, daß die Eiterung sehr weit vorgeschritten gewesen sei und Knochenfraß hervorgerufen habe. Der Tod sei infolge der durch die Eiterung hervorgerufenen Herzschwäche eingetreten. Der Verstorbene hat kurz vor seinem Tode noch um eine milde Bestrafung seines Kameraden gebeten und ihm den folgenschweren Scherz voll und ganz verziehen. Diesem Wunsch haben sich auch die Eltern Sehms angeschlossen. Der geständige Angeklagte erklärte in der Verhandlung vor dem Kriegsgericht, daß er gar nicht wisse, wie er zu der unseligen Tat gekommen sei und bat, Milde walten zu lassen. Das Gericht erkannte in Uebereinstimmung mit dem öffentlichen Ankläger auf 8 Wochen Gefängnis wegen unvorsichtigen Gebrauchs einer Waffe, wodurch der Tod eines Menschen herbeigeführt worden sei. Auf die Mindeststrafe von 43 Tagen hat man im Hinblick auf die in der Ausübung des Dienstes begangene grenzenlose Fahrlässigkeit nicht gegriffen.

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.
Sonn- und Feiertags, 3½ Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen zu ermässigten Preisen.

Bei
Magen- und Darmleiden
Blutarmut, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Nervenkranken, blutarmen Zuständen, bei denen eine Mehrung der Blutmenge und Besserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach Blutverlusten (Operationen, Wochenbetten usw.), nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten, z. B. Influenza, werden warm empfohlen Trinkkuren im Hause mit
Lamscheider Stahlbrunnen.
„Das Lamscheider Wasser hat ein sehr großes Heilgebiet. Von großer Bedeutung ist dieses Wasser zunächst bei der Chlorose (Bleichsucht) und Anämie (Blutarmut). Aber abgesehen von der Chlorose und Anämie zeigen solche milden Eisenwässer wie das Lamscheider **eine unzweifelhaft günstige Wirkung auf Magen und Darm.**" — „Die Versuche haben sehr befriedigt; besonders habe ich den Brunnen angewendet nach Magengeschwür-Kuren, und ich habe gefunden, daß er gerade hierbei vorzügliche Wirkung ausübt, nicht nur auf die Funktionen des Magens, sondern auch auf den Allgemeinzustand." — „Das Lamscheider Stahlwasser ist hochgradig eisenhaltig, leicht bekömmlich und gut verdaulich. Die Patienten, die es genommen haben, haben sich stets wohlgefühlt, haben es gern getrunken und haben an körperlichem und seelischem Wohlbefinden zugenommen." — Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge. Bezug des Brunnens kostenlos durch Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 131.

Krebsartige Geschwüre, Lupus
Flechten, Ausschlag, alle Fussgeschwüre, Knochenfrass, Gewächse verschiedener Art, Muttermale sowie Geschlechtskrankheiten behandelt seit über 30 Jahren nur persönlich, nicht schriftlich: **P. Semerak**, Niederlößnitz bei Dresden. Bahnstation Weintraube. Zillerstraße 3.
Sprechzeit täglich von 10—4 Uhr.

Reingefallen sind Sie, wenn Sie beim Einkauf von Veilchenseifenpulver nicht auf den Namen
„Goldperle"
und Schutzmarke Kaminfeger achten. Jedes Paket enthält eine entzückende Geschenkbeilage. — Alleiniger Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Anmut
verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz u. ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt:
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul
Preis à St. 50 Pf., ferner ist der **Lilienmilch-Cream-Dada** ein gutes vorzüglich wirkendes Mittel gegen Sommersprossen. Tube 50 Pf. bei
Bergmann & Co., König-Johann-Str.
Hermann Roch, Altmarkt 5
Weigel & Zech, Marienstr. 12
C. G. Kloppenbein, Frauenstr. 9
Max Harlig, Rosenstr. 24
Heinr. Otto, Annenstr. 31/32
Walter Hahn, Blasewitzer Str. 18
In Pieschen: Ernst Dressler.
In Trachau: Heinr. Berner.
In Plauen: Eugen Dittmar.
In Cotta: Wilh. Beymer.
In Löbtau: W. Franz.

Brillen, Klemmer
in Gold, Silber, Doublé, Nickel, Schildpatt, Hartgummi, Horn und Stahl, tadelloser Sitz, pa. Gläser v. 1.50 M. an. Reparatur sofort.
F. E. Zimmermann
Ostraallee 4, a. d. Herzogin-Garten.

Richard Heger, Theater-Friseur
Zwingerstr. 12 I. Rampische Str.
empfiehlt sich geehrten Vereinen.
Leihanstalt v. Perücken u. Bärten.

Marke Hörenz
ist der echte, milde Seift.

Postkarten
mit eigener Photographie
4 St. 1 M., Dutzend 1.80 M. liefert
Photograph **Richard Jähnig**
Marienstr. 11, im Hause v. Weigel & Zech

Frauen-Tee
Paket 75 Pf.
R. Freisleben
Postplatz.

Der menschliche Körper
(Anatomie)
Mit einem bunten, zerlegbaren Modell und 58 zum Teil farbigen Abbildungen
Von **Prof. Dr. Horn**
Preis 1.50
Neuer vollständiger
Taschen-Atlas
Mit 34 Haupt- und 18 Nebenkarten
Preis 1.60 M.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung**

Nochmals 7 Tage (bis 14. September) verlängert.
Hört! Seht! Staunt!
In Dresden!
Auf allgemeinen Wunsch!!
dauert der **Elberfelder Riesen-Emaille-Verkauf, Bautzner Straße 15,** nur noch bis Mittwoch den 7. September, abends 8 Uhr. Heute Sonnabend ist wieder ein Wagen mit sämtlichem Geschirr eingetroffen. Unter anderem: **Wäscheklammern**, à Schock **5** Pf., **Kleiderbügel 2** Pf., **lose Deckel** von **5** Pf. an, **Gassparkochtöpfe**, 2—3teilig, **1** M., solange der Vorrat reicht. Großer Posten **Maschinentöpfe** von **10** Pf. an, **Kochtöpfe** von **15** Pf. an, **Fischkocher**, bis 60 cm groß, **200** Pf. Sämtliches andere Geschirr zu nie wiederkehrenden Preisen. — Da der Andrang nachmittags sehr stark ist, bitte möglichst die Einkäufe morgens vorzunehmen. — **Um das Lager zu räumen, werden sämtliche Geschirre zu jedem annehmbaren Preise verkauft.** Es ladet zum Kauf ein
Fritz Klees, Elberfeld.
Nochmals 7 Tage (bis 14. September) verlängert.

Fahrräder
nur **45, 55, 65, 75—165** M.
Damenräder 60, 75—185 M.
Gebr. Räder 10, 15, 20—60 M.
2000 Fahrradmäntel
a **1.75, 2.25, 3.—** und **3.75** M.
Gebirgsreifen 3.75, 4.50, 5, 6.50, 8.50, 11 M.
Schläuche, 2.50, 3.—, 3.75, 4.50, 5.50 M.
Oellaternen, —.85, 1.25 b. 6.50 M.
Azetylenlat., 1.25, 2 bis 10 M.
Pedale, Paar 1.50, 1.75 b. 6.50 M.
Luftpumpen, 0.35, 0.65 b. 1.75 M.
Fußpumpen, 0.75, 1 b. 3.75 M.
Gamaschen, 0.45, 0.60, 1 b. 8 M.
Gepäckträger, 0.35, 0.85 b. 3.25 M.
Rucksäcke, 0.50, 0.75, 1 b. 5 M.
Wettermäntel, 3.85 bis 12 M.
Lenkstangen von 2.25 bis 5 M.
Netze f. Damenräd. 0.45 b. 3.50 M.
Glocken, 0.15, 0.30, 0.50 b. 1.50 M.
Kotschützer, Paar 0.75, 1 u. 1.25 M.
Fahrradständer, 0.45 u. 0.75 M.
Karbid, kg **30** und **35** Pf.
Freil.-Hinterrad, 12, 14, 16 M.
Stirl, Wettinerstr. 49.
Ziegelstr. 10.

Spanische Weine
insbesondere
Medizinische Weine
vorzügliche Qualität, empfiehlt zu billigsten Preisen
Marie Fischer, Trachenberger Str. 56.

Teilzahlung
gewähre ich Jedermann bei Entnahme von
MÖBEL
und
Polsterwaren
Grösste Auswahl
Wäsche, Gardinen, Teppiche
Ingetrennten Abteilungen:
Garderobe
für
Herren, Damen, Kinder usw.
10 Prozent
d. Anzahlung werden auf, bei Vorzeigung d. Annonce vergütet.
Otto Fietze
vorm. S. Gottlieb
Dresden-A.
2 Grunaer Strasse 2
1. Etage,
direkt am Pirnaischen Platz.

+ Endlich +
bin ich ihn los.
Bandwurm
mit **Kopf (Spul- und Madenwürmer)** beseitigt meist binnen zwei Stunden leicht und vollständig gefahrlos ohne Berufsstörung das unschädliche natürliche
Gloria-Bandwurmmittel
Keine unangenehmen Nachwirkungen, keine Hungerkur, nicht angreifend und ohne Nachteil, auch wenn Bandwurm nur vermutet wird. **Einfachste Anwendung!** Nur echt und wirksam mit Marke Gloria. Zu beziehen für M. 5.50 (Porto extra) durch **A. Lehmann, Dresden-A. 14,** Werderstraße 33.

Mutterspritzen

mit 2 Rohren von 1.75 M. an, Spülkannen, Leibbinden, Menstruationspulver, Vorfallbinden u. Pessare.
Frauen-Artikel
Preisliste gratis.
Frau Heusinger
37 Am See 37, Ecke Dippoldiswaldaer Platz.
Man achte auf die Firma.

Mutterspritzen

sowie sämtliche hygienischen
Frauen-Artikel
zu billigsten Preisen
Frau Hennig, Am See 24, I.

1000 Fahrradlaternen
von **70** Pf. bis **8** M.
Fahrräder, Mäntel, Schläuche usw., **Musik-Instrumente, Grammophone** und **Zonophon-Schallplatten.**
Joseph Stöhr, Coffebaude, Heinrichstr. 14

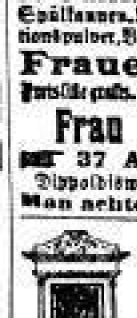
12 extra tiefe Schränke mit Stangen, 6 Bettstellen mit g. Matratz. spottb. bei **Möbel-Liebig, Cotta,** Pennricher Str. 32.

Mit **Erfolg** wird angewendet bei **Blasenleiden, Ausfluß** rc.
Männer-Tee
(Kein Geheimmittel)
pro **Paket 1 M.** nur echt zu haben bei
R. Freisleben
Postplatz.
Diskreter Versand.

Ein Laden
mit anstoßender großer schöner Wohnung zu vermieten **Fichtestraße 6** zum Preise v. 600 M. 12 Jahre war Buchhandlung darin.

Eleg. Sitz- und Liegewagen
bill. zu verk. **Liliengasse 8, pt.**

Brauerei Niederpoyritz
empfiehlt ihre anerkannt malzreichen, wohlschmeckenden und gut bekömmlichen Biere, hergestellt aus bestem Malz und Hopfen.
ff. Lager ✶ Münchner ✶ Einfach, hell und dunkel
sowie als Spezialität:
Ia. Pilsner
böhmisches Tafelbier, dem echten gleichwertig.

Moderne
Trumeaus

mit geschliff. Glas von **30** M. an.
Pfeiler-Spiegel
von **8** M. an.
Unerreichte Auswahl.
Tränkners Möbelhaus
Görlitzer Straße 21/23.

Musik-Instrumente aller Art
kauft, tauscht
und repariert
nur Ziegelstraße 13
Otto Friebel
Eckhaus Steinstraße.

Ausgekämmte Haare
verkaufen Sie schnell und am vorteilhaftesten zurück in der
Haar-Manufaktur
Schloss-Str. 19, I.

Einkauf von Lumpen, alt Eisen, Metall usw. bei **R. Vogt**, Trabantengasse 13.

Nehme die gegen Herrn **Karl Anders** ausgesprochene Beleidigung hiermit zurück.
Hermann Mösch
Schumannstraße.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, leider allzufrüh entschlafenen Gatten, Sohnes, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Neffen **Hermann Moritz Bachmann** drängt es uns, allen für den reichen und herrlichen Blumenschmuck sowie für die wohltuenden Beweise der Teilnahme durch Gaben, Wort und Schrift unseren herzlichsten und tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Für uns war dies alles in diesen schweren Stunden ein reicher Trost. Besonderen Dank Herrn Dr. Schmelz und der Schwester der Gemeindediakonie für ihre aufopfernden Bemühungen während seiner Krankheit. Dank seinen Arbeitskollegen sowie der Einwohnerschaft Gomsdorfs und Freunden und Bekannten für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte. Dank auch Herrn Pfarrer Dr. Türke für die wohltuenden und trostreichen Worte am Grabe, dem Herrn Kirchschullehrer Noak und dem Gesangverein Sängerkreis, unter Leitung des Herrn Lehrer Hannisch, für die erhebenden Gesänge. Alles hat uns getröstet und unserem Herzen wohlgetan.

Gomsdorf, 5. Sept. 1910. **Die trauernden Hinterbliebenen.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100907/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG